Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. März 1980
Jg. 8 Nr. 12

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Italienische Chemiearbeiter bekämpfen Lohnsenkungspolitik

z.ans.Rom. Die gewerkschaftlichen Fabrikräte in den italienischen Chemiebetrieben haben für die anstehenden Firmentarife ihre Forderungen aufgestellt. Nach dem niedrigen nationalen Tarifabschluß vom letzten Jahr (30000 Lire, 65 DM) fordern sie zwischen 50000 und 120000 Lire (108 bis 260 DM). ,,Abnorm", ,,absolut ungerechtfertigt", zetern die Chemiekapitalisten. Wenn auch noch betrieblich zersplittert, setzen sich die Arbeiter gegen die Lohnsenkungen zur Wehr. Die bürgerlichen Gewerkschaftsführer: Die Festgeldforderungen seien zu hoch und vor allem nicht geeignet, die ,,Professionalität" der Facharbeiter ,,anzuerkennen". Indem die Gewerkschaftsführung die Kluft zwischen den Facharbeitern und den unteren Lohngruppen vertiefen will, arbeitet sie den Lohnsenkungsplänen der Kapitalisten in die Hände.

Belgien: Mutiger Streik für Abschaffung unterster Lohngruppe

z.elb.Brüssel. Seit zwei Jahren fordern die 568 Arbeiter und Angestellten des Elektrobetriebes GAF in Sint-Niklaas die Streichung der untersten Lohngruppe. Am 25.2. begannen 150 Arbeiterinnen und einige höher eingestufte Arbeiter, unterstützt von der gesamten Belegschaft, zu streiken, nachdem sie eine Woche lang jeden Tag Kurzstreiks von einer Stunde durchgeführt hatten. Diese Arbeiterinnen verdienen 153 bfr/Stunde (9,42 DM); vor einigen Wochen setzten ihnen die Kapitalisten die Stückzahlen um *63%* herauf. Das Angebot der Kapitalisten, die den Streik mit Polizeieinsatz zu brechen versuchten, über eine Lohnerhöhung von 5,45 bfr/Stunde statt Streichung der Lohngruppe, lehnten die Arbeiterinnen ab. Mit einer Demonstration zum Bürgermeister setzten sie die Forderung nach Abzug der Polizei durch.

schaffung unterster Lohngruppe

z.elb.Brüssel. Seit zwei Jahren fordern die 568 Arbeiter und Angestellten des Elektrobetriebes GAF in Sint-Niklaas die Streichung der untersten Lohngruppe. Am 25.2. begannen 150 Arbeiterinnen und einige höher eingestufte Arbeiter, unterstützt von der gesamten Belegschaft, zu streiken, nachdem sie eine Woche lang jeden Tag Kurzstreiks von einer Stunde durchgeführt hatten. Diese Arbeiterinnen verdienen 153 bfr/Stunde (9,42 DM); vor einigen Wochen setzten ihnen die Kapitalisten die Stückzahlen um *63%* herauf. Das Angebot der Kapitalisten, die den Streik mit Polizeieinsatz zu brechen versuchten, über eine Lohnerhöhung von 5,45 bfr/Stunde statt Streichung der Lohngruppe, lehnten die Arbeiterinnen ab. Mit einer Demonstration zum Bürgermeister setzten sie die Forderung nach Abzug der Polizei durch.

Französische Stahlarbeiter erringen Erfolge im Lohnkampf

z.pel.Paris. Am 8. März nahmen die 750 Stahlarbeiter von Pompey, einem Werk, das Spezialstähle für die Nuklearindustrie herstellt, nach sechs Wochen Streik die Arbeit wieder auf. Die Direktion hatte einen Mindestlohn von 2650 FF – ein angelernter Arbeiter verdiente bisher ca. 200 FF weniger –, 5% Lohnerhöhung sowie die Umwandlung der als Antistreikprämie gezahlten Jahresprämie von 3500 FF zugestanden. Pro Streiktag waren 10% der Prämie abgezogen worden. Die Transportarbeiter von Usinor-Mardyck bei Dünkirchen konnten ebenfalls am 8.3. nach fünfwöchigem Streik eine Lohnerhöhung von 70 FF und 2% Produktionsprämie erkämpfen. 3200 Arbeiter von Usinor Neuves Maisons stehen noch im Lohnstreik. Diese Siege verbessern die Kampfbedingungen gegen die für Sommer geplante Einstellung der Rohstahlproduktion in Denain erheblich.

Australische Stahlarbeiter bekämpfen Conti-Schicht

z.cht.Sydney. Seit dem 21.2. streiken im Stahlwerk in Port Kembla, Neusüdwales, die 600 Arbeiter an der Walzstraße gegen die Einführung eines Conti-Schicht-Plans. Bis 1977 hatten sie nach einer 7-Tage-Schicht gearbeitet, die ein freies Wochenende pro Monat, eine Woche extra Urlaub im Jahr und 60 Dollar pro Woche Zulage einschloß. Mit dem Rückgang der Aufträge wurde die 5-Tage-Schicht mit entsprechenden Lohnsenkungen eingeführt. Die ab 24.2. geplante 6-Tage-Wechselschicht, die den Arbeitern außer dem mörderischen Schichtplan nur sechs bis acht Dollar Zulage bringen soll, sollte die Produktion wieder steigern. Seit dem Bekanntwerden des Schichtplans führten die Arbeiter Versammlungen und Bummelstreiks durch, und sie legten die Arbeit nieder, als die Kapitalisten weiterhin auf Annahme der Conti-Schicht bestanden.

EG-Imperialisten drängen nach Mittelost und Afrika

Giscard sucht am Golf vom Machtkampf der Supermächte zu profitieren / Krach um US-Märkte

z.pel. Er habe nicht den Eindruck, daß seine Gesprächspartner die Ankündigung des amerikanischen Präsidenten Carter, notfalls Truppen zur Verteidigung der Golfregion zu entsenden, begrüßten, bemerkte der französische Präsident Giscard d'Estaing nach seinen Gesprächen in Abu Dhabi gegenüber dem französischen Fernsehen. In den gemeinsamen Erklärungen zum Abschluß der Besuche in Kuweit, Bahrain, Qatar und den Vereinigten Arabischen Emiraten wird die sowjetische Invasion in Afghanistan jeweils als unannehmbar verurteilt, der Abzug der sowjetischen Truppen gefordert und unterstützen die französischen Imperialisten die Golfstaaten in der ,,Zurückweisung jeder ausländischen Einmischung und jeglicher ausländischer Militärbasen in der Region".

Während der insgesamt zehntägigen Reise, die mit Besuchen in Jordanien und Saudi-Arabien abschloß, hat Giscard immer wieder sein Projekt einer engeren Zusammenarbeit zwischen Europa, den arabischen Staaten und Afrika propagiert. Im Sommer 1979 auf einer Konferenz mit afrikanischen Staaten in Kigali aus der Taufe gehoben, war diser ,,Trilog" bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen. Der direkte Zusammenprall der Supermächte über Afghanistan und ihre Kriegsdrohungen gegenüber den Staaten der Region ließ ihm jetzt eine eigenständige imperialistische Initiative günstig erscheinen. Dabei war der harte Geldkern des Unternehmens durch das geschwollene Gerede von ,,dem politischen Ausdruck der Solidaritäten, die gleichzeitig historischen, geographischen aber auch kulturellen Ursprung haben", kaum verhüllt. Die Ergänzungsmöglichkeiten auf wirtschaftlichem Ge-

Reise, die mit Besuchen in Jordanien und Saudi-Arabien abschloß, hat Giscard immer wieder sein Projekt einer engeren Zusammenarbeit zwischen Europa, den arabischen Staaten und Afrika propagiert. Im Sommer 1979 auf einer Konferenz mit afrikanischen Staaten in Kigali aus der Taufe gehoben, war diser ,,Trilog" bisher auf wenig Gegenliebe gestoßen. Der direkte Zusammenprall der Supermächte über Afghanistan und ihre Kriegsdrohungen gegenüber den Staaten der Region ließ ihm jetzt eine eigenständige imperialistische Initiative günstig erscheinen. Dabei war der harte Geldkern des Unternehmens durch das geschwollene Gerede von ,,dem politischen Ausdruck der Solidaritäten, die gleichzeitig historischen, geographischen aber auch kulturellen Ursprung haben", kaum verhüllt. Die Ergänzungsmöglichkeiten auf wirtschaftlichem Ge-

biet seien offensichtlich, meinte der französische Präsident und verwies auf eine Reihe schon begonnener gemeinsamer Projekte wie die Staudämme am Senegalfluß (Investitionskosten ca. 800 Mio. DM), wo französische Monopole in einem Unternehmen erkleckliche Profite zu realisieren gedenken, das von arabischen Krediten finanziert wird und zudem – geht es nach Giscard – vor allem den französischen Agrarkapitalisten zugutekommen soll. Die ,,Ergänzungsmöglichkeit", an die vor allem gedacht ist, betrifft die Sicherung der strategischen Basis der Ausbeutung durch die EG-Imperialisten durch Aneignung von Öl und Bodenschätzen Afrikas.

So gedenken die westeuropäischen Imperialisten, sich in Afrika und Nahost eine eigenständige Einflußsphäre zurechtzuzimmern, die es ihnen erlaubt, den Supermächten in der Konkurrenz weitere Märkte abzujagen. Ihre Ausgangsposition dazu ist nicht so schlecht. Die EG steht heute im Handel mit den afrikanischen Staaten bei weitem an erster Stelle. Knapp 14% ihrer gesamten Exporte flossen 1977 und 1978 nach Afrika; Werte für 26 Mrd. $ 1977 und knapp 30 Mrd. $ 1978. Zum Vergleich: Die US-Imperialisten exportierten 5,6 Mrd. $, 4,6% ihrer Gesamtexporte. Anders verhält es sich bei den Golfstaaten und Saudi-Arabien. Die Handelsbilanz der EG-Imperialisten ist weit negativ – die Ausfuhren decken 1979 die Einfuhren gerade zu 45% –, die Exporte der US-Imperialisten liegen nur knapp unter denen der EG, und die US-amerikanischen Ölmonopole kontrollieren zum Teil die Ölverteilung. Die Erpressungsmöglichkeiten gegenüber den Golfstaaten werden zudem noch durch deren Schuldenfreiheit geschmälert.

Entsprechend dieser Lage haben sich die EG-Imperialisten für Anbiederung mittels verdeckter Hetze gegen die Supermächte und scheinbarer Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes entschieden. Mit großem Pomp und kräftig unterstützt von den 137 Journalisten in seinem Troß, verkündete Giscard in Kuweit zunächst das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und ein Heimatland, um sodann in Jordanien die PLO als unabdingbaren Gesprächspartner bei jeder Friedenslö-

1979 die Einfuhren gerade zu 45% –, die Exporte der US-Imperialisten liegen nur knapp unter denen der EG, und die US-amerikanischen Ölmonopole kontrollieren zum Teil die Ölverteilung. Die Erpressungsmöglichkeiten gegenüber den Golfstaaten werden zudem noch durch deren Schuldenfreiheit geschmälert.

Entsprechend dieser Lage haben sich die EG-Imperialisten für Anbiederung mittels verdeckter Hetze gegen die Supermächte und scheinbarer Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes entschieden. Mit großem Pomp und kräftig unterstützt von den 137 Journalisten in seinem Troß, verkündete Giscard in Kuweit zunächst das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und ein Heimatland, um sodann in Jordanien die PLO als unabdingbaren Gesprächspartner bei jeder Friedenslö-

sung zu bezeichnen. Die genaue Untersuchung der Texte von Reden und Kommuniqués läßt den Lack jedoch schnell abblättern. Weiterhin sollen die Palästinenser *zunächst* die Existenz des Siedlerstaates Israel garantieren. Mit der Formulierung, daß die PLO *ein* Vertreter des palästinensischen Volkes sei, soll sogar direkt dessen Abspaltung von seiner Führung betrieben werden. Die wohltönenden Reden erweisen sich als der abgezirkelte Versuch, gegen verbale Zugeständnisse die Sicherung der Ölimporte einzuhandeln und gleichzeitig dem US-imperialistischen Konkurrenten, der mit seiner Camp David-Lösung immer stärker isoliert ist, einen Schlag zu versetzen, ohne die gemeinsame Unterstützung des Siedlerstaates Israel aufzugeben.

Die Vorschläge Giscards haben die ausdrückliche Unterstützung seiner europäischen Spießgesellen gefunden. Schmidt hat zur gleichen Zeit in Washington darauf hingewiesen, daß sich doch die vereinbarte ,,Arbeitsteilung" bisher bewährt habe, wobei offenblieb, ob er dies nur auf die westdeutsche ,,Militär- und Wirtschaftshilfe" für Türkei und Pakistan sowie die Erhöhung des Verteidigungsbudgets beziehen oder den EG-Vorstoß im Nahen Osten einschließen wollte. Meinungsverschiedenheiten solle man zudem nicht hochspielen. Im gemeinsamen Kommuniqué findet sich sodann der Satz von der Abneigung gegen handelsprotektionistische Maßnahmen. Zur gleichen Zeit leiten die US-Stahlkapitalisten Antidumpingverfahren gegen die EG-Konkurrenten ein, die ihren Stahlexport in die USA trotz hindernder Mindestpreise seit 1976 auf knapp 8 Mio. t fast verdreifacht haben und 45% des US-Importes halten. Bei PKWs werden solche Verfahren vorbereitet. Die massive Dollaraufwertung in den letzten Wochen deutet an, daß die US-Imperialisten den Kapitalexport verstärken wollen. Zudem erhöhen sich so die Ölrechnungen ihrer europäischen Konkurrenten. Der Kampf der Supermächte um Hegemonie verschärft alle innerimperialistischen Widersprüche. Ein größerer Krach deutet sich an. Die Völker der Dritten Welt und die Arbeiterklasse können diesen beschleunigen und nutzen, ohne es mit einem der Konkurrenten zu halten.

Die DARS besteht vier Jahre – Das saharauische Volk erringt weitere Siege



Die DARS besteht vier Jahre – Das saharauische Volk erringt weitere Siege



Am 27. Februar 1976, am Tag des Abzuges der spanischen Kolonialmacht, hatte der Präsident des saharauischen Nationalrates die Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara proklamiert. Seitdem hat das saharauische Volk gegen die Besetzung seines Territoriums durch Marokko und Mauretanien kämpfen müssen. Auf der Feier des 4. Jahrestages der Staatsgründung gab Iran die Anerkennung der DARS bekannt. Mauretanien übergab am 5. März, sieben Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages, die ehemals besetzt gehaltenen Gebiete. Auf die provokative Reise Hassans von Marokko in die Südsahara antwortete die FPolisario am 1. – 10.3. mit Angriffen auf Ametti in Südmarokko. Hassans Armee erlitt schwere Verluste.

Die Sowjetunion verschärft den Aggressionskrieg gegen Afghanistan

Einsatz von Luftlandetruppen und Giftgas – Widerstand ungebrochen

z.ges. Trotz abgeschirmter Informationslage ist sicher, daß die Sowjetunion ihre Truppen in Afghanistan laufend verstärkt. Nach dem Generalstreik in Kabul ist die Luftbrücke aus der Sowjetunion nach Afghanistan ausgebaut worden. Es sollen jetzt 80000 Mann in Afghanistan stationiert sein. Dazu kommen um die 10000 Zivilbesatzer. Diese Truppen reichen nicht aus, um das ganze Land unter Kontrolle zu bringen. Sie reichen knapp, um die Städte und Hauptverbindungswege zu kontrollieren. Einen Vorstoß haben die sowjetischen Aggressoren in der Provinz Khunar, die an Pakistan grenzt, unternommen. Dabei wurden Luftlandetruppen und Panzer eingesetzt. Bei Kämpfen um Ortschaften wurden der Bevölkerung und den afghanischen Widerstandskräften schwere Verluste zugefügt, aber auch die Verluste der Aggressionstruppen sind hoch. Es gelang den Aggressionstruppen, die Straße im Talgrund zu öffnen. Die Berge zwischen dem Tal und der Grenze nach Pakistan konnten sie nicht unter Kontrolle bringen. Nach Aussage von pakistanischen Militärs befinden sich sämtliche Bergpässe an der Grenze weiterhin in der Hand der Guerillaeinheiten. Die afghanische reguläre Armee konnte in diesen Kämpfen nicht eingesetzt werden. Sie wird weiterhin durch Desertion dezimiert. Die Marionettenregierung ist jetzt zu neuen Rekrutierungen gezwungen. Die Soldaten, deren Entlassung ansteht, werden nicht entlassen. Von den Widerstandseinheiten sagen pakistanische Militärs: ,,Sie sind sehr gute Kämpfer, aber sie haben weder die modernen Waffen noch die militärische Organisation, die sie bräuchten, um die sowjetischen Luftlandeeinheiten aufzuhalten." Die Widerstandsgruppen berichten von Giftgaseinsatz durch die sowjetischen Aggressoren: ,,Nachdem sie das Dorf Sheegal mit Maschinengewehren angegriffen hatten, haben zwei gepanzerte Hubschrauber einen weißen Nebel gelegt, der bis zu drei Metern über dem Boden stand. Jene, die erfaßt wurden, schrien, daß ihre Augen brennen und starben in kurzer Zeit."

In einer Resolution der Marionettenregierung wird erklärt, daß die sowjetischen Truppen im Land blieben, bis der Beweis vorliege, daß die ,,Intrigen und Initiativen der reaktionären Kräfte der Region und der expansionistischen und kriegstreiberischen Imperialisten vollständig, absolut und ein für allemal" beendigt seien: Solange es Widerstand gegen Aggression und Besatzung gibt, wird die Aggression und Besatzung fortgesetzt. Aus eigener Kraft könnten sich die Marionetten keinen Tag halten. Die gegenwärtigen Militäraktionen der Besatzungstruppen sind noch nicht die geplante sowjetische Frühjahrsoffensive. Sie bereiten diese erst vor.

Wirtschaftlich wird das Land durch den Aggressionskrieg vollends zugrundegerichtet. Schon im letzten Jahr sind die bebauten Flächen um 8 bis 9% zurückgegangen. Die offene sowjetische Aggression hatte aber erst im Dezember begonnen. Jetzt ist eine Hungersnot schon sicher.

Die EG jagt weiterhin ihren ,,Neutralisierungs"-Plänen nach. In Rom führen Beauftragte der Außenministerien Beratungen durch. Der chinesische Ministerpräsident Hua Guofeng sagte auf einem Bankett zu Ehren Khieu Samphans, daß die inneren Angelegenheiten Afghanistans nur durch das afghanische Volk gelöst werden dürften. Er rief die Völker zur Unterstützung des Widerstandes auf.

Kundgebung der HBV gegen Verlängerung der Ladenschlußzeiten



500 Beschäftigte vor allem aus den großen Kaufhäusern beteiligten sich an der Kundgebung der HBV am Mittwoch in Bremen. Der Sprecher der HBV griff die Auswirkungen der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit der Beschäftigen an.

z.eve. **Einige Wochen nachdem der Koordinator für die „Türkeihilfe“ Bundesfinanzminister Matthöfer in der Türkei das Gelände sondiert hat, soll am 26. März in Paris die „Türkei-Hilfe-Konferenz“ stattfinden.** Allein im Jahr 1980 muß die Türkei 800 Mio. Dollar an Kreditzinsen und Tilgungen zahlen. Das Leistungsbilanzdefizit beträgt insgesamt ca. 3 Mrd. Dollar. Die Bundesrepublik Deutschland und die USA wollen je 300 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe leisten, der Rest soll durch Umschuldung, durch Kredite der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds und die restlichen OECD-Länder aufgebracht werden. Die Zahlungsbedingungen werden sicherlich in Paris ausgehandelt werden. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformation bemängelte schon im Januar in ihren Mitteilungen, daß die Staatsunternehmen zu hohe Lohnzahlungen „infolge personell überbesetzter Betriebe“ haben und daß die Exporte, zum Beispiel von Weizen, gesunken sind, weil die Behörden aufgrund „der von den Landwirten als zu niedrig angesehenen Basispreisen“ nicht die zum Export nötigen Mengen aufkaufen konnten. Auch im „Europa-Archiv“ schreibt ein Herr Hottinger, daß Hilfsgelder vom IWF allein nichts nützen, daß eine „tiefgreifende Verbesserung der Wirtschaftslage“ erreicht werden müsse. Und das auf der Ebene der Produktion und wirtschaftlichen Rentabilität.

z.bil. **Zeitgleich mit der Forderung auf Erweiterung des Einflusses in der Golfregion, die beifällig auf der außenpolitischen Fachtagung der CDU/CSU behandelt wurde, hat der Verteidigungssprecher der CDU Wörner die Forderung nach Erhöhung des Verteidigungshaushalts, den Bau von 14–16 Fregatten, den Ausbau der Transportkapazität der Bundeswehr und die Beseitigung des Beförderungsstaus für Offiziere gefordert.** – 6 Fregatten sind bislang in Auftrag gegeben; eine Fregatte des Typs F 122 kostet 320 Mio. DM. Als Ausblick auf die 80iger Jahre hat Admiral Luther bereits im Januar auf ein „verändertes Bedrohungsspektrum“ hingewiesen, das nicht mehr die alleinige Präsenz der Marine in Nord- und Ostsee erfordert. Die „extreme Abhängigkeit von der Rohstoffversorgung“ ... rücke maritime Abhängigkeiten und weltweite Interessen im Frieden, wie in Spannungszeiten stärker in den Blickpunkt (Truppenpraxis 1/80).

kapazität der Bundeswehr und die Beseitigung des Beförderungsstaus für Offiziere gefordert. – 6 Fregatten sind bislang in Auftrag gegeben; eine Fregatte des Typs F 122 kostet 320 Mio. DM. Als Ausblick auf die 80iger Jahre hat Admiral Luther bereits im Januar auf ein „verändertes Bedrohungsspektrum“ hingewiesen, das nicht mehr die alleinige Präsenz der Marine in Nord- und Ostsee erfordert. Die „extreme Abhängigkeit von der Rohstoffversorgung“ ... rücke maritime Abhängigkeiten und weltweite Interessen im Frieden, wie in Spannungszeiten stärker in den Blickpunkt (Truppenpraxis 1/80).

z.sak. **Vor überfülltem Gerichtssaal wurde am Freitag das erste Urteil gegen die Germanistikfachschaftsvertreter vor der Großen Strafkammer in Heidelberg gesprochen: 1 Jahr, 1 Monat und 5600 DM gegen S. Schmitt, 1 Jahr, 5 Monate und 4400 DM gegen C. Koepsell und 1 Jahr und 5 Monate und 4500 DM gegen H. Sautmann.** 10 der 47 Anklagepunkte wurden von dem Verfahren abgetrennt und werden jetzt noch weiter verhandelt. Dort, wo die Willkürrechte der Professoren im Streik angegriffen wurden, wie die Abhaltung von privaten Lehrveranstaltungen oder die Durchführung von Seminaren mit Streikbrechern, wurden Gefängnisstrafen von 3 und 4 Monaten verhängt. „Vollkommen schief“ liege die Auffassung, so Richter Brunn, „die in Rundfunk und Medien laut wurde, daß dieses Verfahren gegen das Vertretungsrecht der Studenten gerichtet sei. Streikrecht für Studenten würde bedeuten, daß es dem Streikrecht der Arbeitnehmer gleichkommt. Das trifft aber nicht zu. Der Student ist kein Arbeitnehmer und der Dozent kein Unternehmer.“ Zum Tatbestand der Nötigung: „Selbst wenn die Angeklagten legale Fachschaftsvertreter gewesen wären, hätten sie nicht das Recht gehabt, gegen den erklärten Willen der Dozenten zu handeln.“ Ab Montag, den 17.3. werden die abgetrennten Anklagepunkte weiterverhandelt. Für den Termin der endgültigen Urteilsverkündung wird die Verteidigung eine Pressekonferenz vorbereiten.

z.brb. **Arbeitslosengeld für arbeitslose Zeitsoldaten hat für die Bundesregierung nach den bisher erforschten Modellen noch zu hohe finanzielle Auswirkungen.** Das war die Antwort des Staatssekretär von Bülow auf eine Anfrage der CDU, warum es nicht möglich ist, arbeitslose Zeitsoldaten wie Entwicklungshelfer nach dem Entwicklungshelfer-Förderungsgesetz zu behandeln. Arbeitslose Entwicklungshelfer haben bei Entwicklungsdienstzeiten von weniger als 9 Monaten bis zu 2 Jahre Anspruch auf Arbeitslosenhilfe für 2½ Monate bis zu einem Jahr. Arbeitslose Zeitsoldaten erhalten lediglich eine einmalige Zahlung die „Übergangsbeihilfe“, die nach der Länge der Dienstzeit gestaffelt wird. Gerade etwas mehr als 2000 DM ist das für einen 22jährigen unverheirateten Obergefreiten nach 2 Jahren. Ein über 30jähriger Hauptmann kann nach 12 Dienstjahren mit Zuschlägen für Kinder etc. dann auf ca. 40000 DM kommen. Mindestens 4 Jahre muß sich ein Jugendlicher verpflichten, will er, um wenigstens nicht ganz mittellos dazustehen, eine Fachausbildung bekommen. 6 Monate Ausbildungszeit mit monatlich 75% seines letzten Soldes können ihm dann gewährt werden. Für 3 Jahre Ausbildung muß er mindestens 12 Jahre dienen.

z.haj. **Dickes Lob der „Bild-Zeitung“ für Verkehrsminister Gscheidle.** Ergebnis seines „Unfallverhütungsberichts Straßenverkehr 1979“: Obwohl Anstieg der Sachschadensunfälle auf 1,24 Mio. (8,2%) sank die Zahl der Getöteten auf 14662 (–2,1%) im Jahr 1978. Diese Ergebnisse „staatlichen Handelns“ sollten „durch weiteres beständiges Werben um die Einsicht in die Notwendigkeit sicheren Verhaltens ausgebaut werden“. – Offenbar muß dieser „Werbeaufwand“ – Strafzettel, Polizeiverwarnung, Strafunterricht, Führerscheinentzug, Einsitzen – sich nach dem Einkommensstand richten. Wer zum Beispiel in den letzten zehn Jahren als Geldmangel auf ein motorisiertes Zweirad umsteigen mußte oder sich von vornherein damit begnügen mußte, läßt am meisten „Einsicht“ vermissen: 3,6 Getötete je Tsd. Krafträder stehen 0,4 Getötete je Tsd. Personenkraftwagen gegenüber. – Ohne Regierungskommentar bleibt auch die Tatsache, daß das persönliche Unfallrisiko in der BRD – bei einer der höchsten Raten für „staatlichen Werbeaufwand“ – im europäischen Vergleich 1977 mit am größten ist:

Land	KFZ		Verunglückte	
	je Tsd. E.	in %	je Tsd. E.	in %
BRD	356	100,0	852	100,0
Frankr.	364	102,0	692	81,2
Niederl.	298	83,7	485	56,9
Italien	317	89,2	384	45,1

z.güv. **Die CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Bundestages hat vorgeschlagen, im Verfassungsrecht die „sog. passive Bewaffnung und die Maskierung oder Unkenntlichmachung von Versammlungsteilnehmern“ zu verbieten.**

Land	KFZ		Verunglückte	
	je Tsd. E.	in %	je Tsd. E.	in %
BRD	356	100,0	852	100,0
Frankr.	364	102,0	692	81,2
Niederl.	298	83,7	485	56,9
Italien	317	89,2	384	45,1

z.güv. Die CDU/CSU-Fraktion im Innenausschuß des Bundestages hat vorgeschlagen, im Verfassungsrecht die „sog. passive Bewaffnung und die Maskierung oder Unkenntlichmachung von Versammlungsteilnehmern“ zu verbieten.



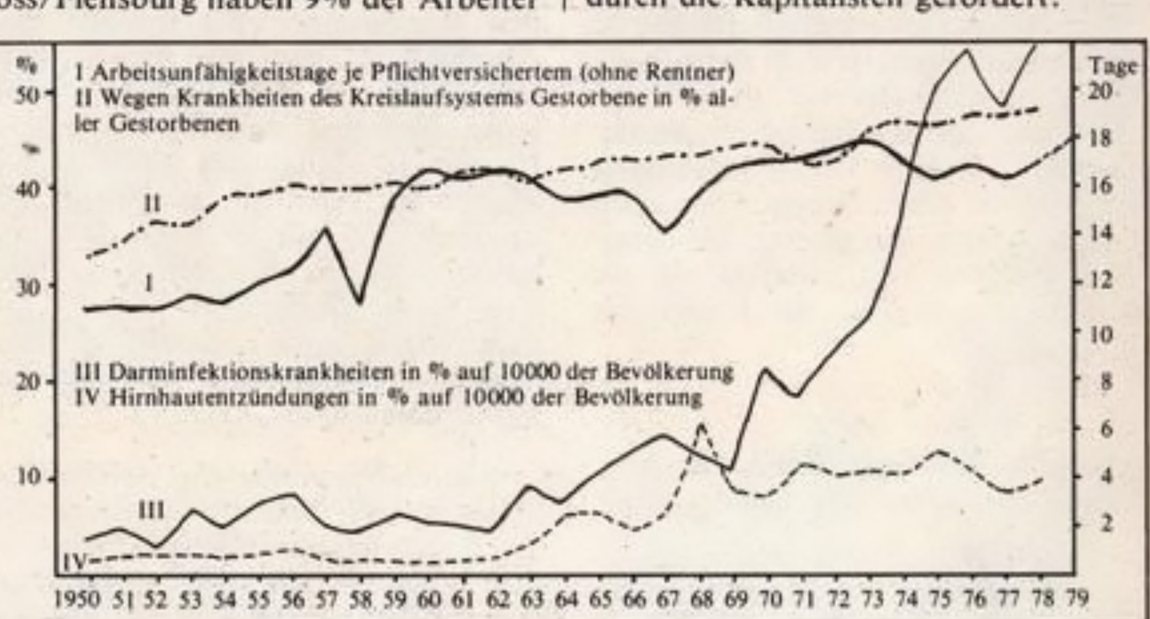
Der Krankenstand in den Betrieben steigt

Kapitalisten gehen gegen Fehlzeiten vor / Wachsender Verschleiß der Arbeitskraft

z.gug. Der Krankenstand der Pflichtversicherten in den Krankenkassen ist heute so hoch wie nie zuvor. Rückgang des Krankenstandes gibt es nur in den Krisen des Kapitalismus, die steigende Arbeitslosigkeit wirkt quasi wie eine Erholpause. Resultat dieser in der Krise scheinbar besser gewordenen Gesundheit der Arbeiter ist eine nur umso schnellere Verschlechterung des allgemeinen Gesundheitszustandes, Ergebnis der ständig wachsenden Schweißauspressung durch die Kapitalisten.

Aus den Fabriken häufen sich jetzt die Meldungen, daß die Kapitalisten den häufigen Krankheiten mit Zwangsmaßnahmen beizukommen versuchen. Bei Gildemeister/Hannover erhielten ausländische Arbeiter, die während ihres Heimaturlaubs krank geworden waren, Telegramme nach Hause mit der Aufforderung, bis zu einem gesetzten Termin zur Arbeit zu erscheinen. Entlassungen bei Karmann/Osnabrück haben die Kapitalisten mit Fehlzeiten begründet, und sie lassen Listen aufstellen, auf denen alle Arbeiter mit mehr als 25 Krankheitstagen im letzten Jahr aufgeführt sind. Ein erkrankter ausländischer Arbeiter bei KHD-Fahr/Gottmadingen erhielt eine Verwarnung. Als er sich beim Betriebsrat beschwerte, kam heraus, daß die Betriebskrankenkasse bei der Baumwollspinnerei Volkertshausen angerufen hatte, um zu überprüfen, ob die Krankheitstage der Frau mit seinen zusammenfielen. Siemens/München verschickte an alle Arbeiter Briefe, in denen alle Fehlzeiten aufgegliedert waren nach Krankheit, unentschuldigtem Fehlen, Tarifurlaub und unbezahltem Urlaub. Die Kapitalisten der Kammgarnspinnerei in Delmenhorst haben nach Verschickung von Drohbriefen an kranke Arbeiter im Werk einen Aushang gemacht mit der Bekanntgabe, daß 25% aller Arbeiter krank gemeldet seien, daß, wer zu oft fehle, entlassen werde und daß sie beabsichtigten, eine Kommission einzurichten, die kontrolliert, wer warum fehlt. Bei Bosch/Stuttgart wurde eine Anweisung an Abteilungsleiter bekannt, wie sie Kündigungen wegen Krankheit vorzubereiten hätten. Der Krankenstand bei Bosch in der Endmontage für Dieseleinspritzpumpen liegt bei 50%, 1978 war der durchschnittliche Krankenstand der Gesamtbelegschaft bei 8,65%. Bei Danfoss/Flensburg haben 9% der Arbeiter Magengeschwüre oder Magenschleimhautentzündung. Nach jetzt bekanntgegebenen Zahlen waren bis Mai 1978 fast 1,3 Mio. Personen in Westdeutschland an Rheuma erkrankt.

Die Kapitalisten, Verursacher des schlechten Gesundheitszustandes der Massen, kennen keine Rücksicht, nur ihren Profit. In dem Nürnberger Maschinen- und Apparatewerk starb Anfang des Monats ein Arbeiter im Umkleideraum an einem Herzanfall. Er hatte, obwohl er wegen Herzschwäche nicht mehr in der Stanzerei hätte arbeiten können, dort weiter in Schicht arbeiten müssen. Wegen des steigenden Krankenstandes werden erneut auch die bürgerlichen Parteien tätig. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Cronenberg hat vor zwei Wochen die Abschaffung der Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten gefordert.



Schöffen für 1981 – 1984 werden neu erwählt

Nur „bewährte Bürger“ werden Schöffe / In großen Strafsachen entscheiden sie nicht

z.frb. Gegenwärtig wird in den Gemeinden die Auswahl der Schöffen für 1981 bis 1984 vorbereitet. Ein fader Abklatsch der von der bürgerlichen Revolution geforderten Geschworenengerichte, sollen die Schöffengerichte, wie es der Gesetzeskommentar Löwe-Rosenberg ausdrückt, „Das Vertrauen der Allgemeinheit (des Volkes) in die Strafrechtspflege erhalten und stärken“. Weder werden die Schöffen

rung bestellter Verwaltungsbeamter und zehn „Vertrauenspersonen“ an. Letztere sind von der Gemeindevertretung mit ⅔ Mehrheit erwählt.

Ist so bei der Auswahl dafür gesorgt, daß nur solche Personen auf die Schöffenliste finden, die den dann verlangten Eid auf Grundgesetz und Strafrecht ehrlich und wahrhaftig leisten können, so sorgen Gerichtshierarchie und Besetzung der Gerichte dafür, daß

einsicht, nicht einmal in die Anklageschrift) sondern auch die Mehrheit bei der Fällung des Urteils: drei Berufsrichter und zwei Schöffen bilden das Gericht.

Alle bedeutenden Angelegenheiten des Staatsschutzes wie Hochverrat, Straftaten gegen ein Verfassungsorgan usw. werden in erster Instanz am Oberlandesgericht von fünf Berufsrichtern abgeurteilt. Sonst tagt das Oberlandes-

Schöffen für 1981 – 1984 werden neu erwählt

Nur „bewährte Bürger“ werden Schöffe / In großen Strafsachen entscheiden sie nicht

z.frb. Gegenwärtig wird in den Gemeinden die Auswahl der Schöffen für 1981 bis 1984 vorbereitet. Ein fader Abklatsch der von der bürgerlichen Revolution geforderten Geschworenengerichte, sollen die Schöffengerichte, wie es der Gesetzeskommentar Löwe-Rosenberg ausdrückt, „Das Vertrauen der Allgemeinheit (des Volkes) in die Strafrechtspflege erhalten und stärken“. Weder werden die Schöffen vom Volk gewählt, noch sind sie in den entscheidenden Punkten an der Rechtsprechung beteiligt.

Laut Gerichtsverfassungsgesetz erstellen die Gemeindevertretungen alle vier Jahre eine Vorschlagsliste für die zu wählenden Schöffen. Für die Aufnahme auf die Liste ist die Zustimmung von ⅔ der gesetzlichen Mitglieder der Gemeindevertretung erforderlich. Bis 1950 war stattdessen noch eine Liste erstellt worden, die alle schöffenfähigen Einwohner ohne Vorauswahl enthielt.

Aus der Vorschlagsliste wählt nun ein bei jedem Amtsgericht einzurichtender Wahlausschuß die für Amts- und Landgericht notwendige Zahl von Schöffen aus. Vorsitzender des Ausschusses ist ein Berufsrichter, sodann gehören ihm ein von der Landesregierung bestellter Verwaltungsbeamter und zehn „Vertrauenspersonen“ an. Letztere sind von der Gemeindevertretung mit ⅔ Mehrheit erwählt.

Ist so bei der Auswahl dafür gesorgt, daß nur solche Personen auf die Schöffenliste finden, die den dann verlangten Eid auf Grundgesetz und Strafrecht ehrlich und wahrhaftig leisten können, so sorgen Gerichtshierarchie und Besetzung der Gerichte dafür, daß die „rechtsprechende Gewalt“, wie in Artikel 92 des Grundgesetzes verlangt, „den Richtern anvertraut“ bleibt. Das Amtsgericht ist erste Instanz für Straftaten, die mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht sind. Bis zu einer Strafandrohung von 1 Jahr urteilt ein Berufsrichter allein, in den anderen Fällen das Schöffengericht mit einem Berufsrichter als Vorsitzendem und zwei Schöffen. Am Landgericht urteilt die Kleine Strafkammer bei Berufungen gegen Urteile eines Strafrichters am Amtsgericht, die Große Strafkammer bei Berufungen gegen Urteile eines Schöffengerichts und in erster Instanz, soweit nicht das Amtsgericht zuständig ist. Die Kleine Strafkammer tagt unter Vorsitz eines Berufsrichters mit zwei Schöffen. Ab der Großen Strafkammer haben die Berufsrichter nicht nur die Leitung des Verfahrens in der Hand (Schöffen haben keine Akteneinsicht, nicht einmal in die Anklageschrift) sondern auch die Mehrheit bei der Fällung des Urteils: drei Berufsrichter und zwei Schöffen bilden das Gericht.

Alle bedeutenden Angelegenheiten des Staatsschutzes wie Hochverrat, Straftaten gegen ein Verfassungsorgan usw. werden in erster Instanz am Oberlandesgericht von fünf Berufsrichtern abgeurteilt. Sonst tagt das Oberlandesgericht als Revisionsinstanz mit drei Berufsrichtern.

Mit diesen Zuständigkeits- und Besetzungsregeln fällt die westdeutsche Bourgeoisie noch hinter ihre eigene Jugendzeit zurück. Die Nationalversammlung von 1848 hatte für alle schweren Straftaten und insbesondere alle politischen und Presse-Angelegenheiten Geschworenengerichte, in denen ausschließlich Geschworene über die Schuld zu urteilen hatten, gefordert. 1974 wurde der letzte Überrest der Geschworenengerichte beseitigt, indem die Zuständigkeit der Schwurgerichtskammern (seit 1924 mit drei Berufsrichtern und sechs Schöffen) an die Große Strafkammer des Landgerichts (drei Berufsricher, zwei Schöffen) übertragen wurde. In allen bedeutenden Strafsachen entscheiden jetzt Berufsrichter.

z.löh. **Mit Vertrauensleuten und einem Gewerkschaftssekretär aus englischen Stahlbetrieben in Sheffield (Yorkshire), die bestreikt werden, fand am letzten Donnerstag in Dortmund eine Solidaritätsveranstaltung statt.** Die Delegation, die sich gegenwärtig auf einer Rundreise durch Westdeutschland befindet und noch an weiteren Veranstaltungen teilnehmen wird, berichtete den rund 200 Teilnehmern der Veranstaltung einerseits von der aktuellen Lage im Streik der englischen Stahlarbeiter: die Kapitalisten haben nun ihr ehemaliges Angebot von 2% fallengelassen und sind auf 14% gegangen, allerdings gekoppelt an eine sogenannte „Produktivitätsprämie“. Dieses Angebot wurde von den 18 Gewerkschaften, die sich im Streikausschuß zusammengeschlossen haben, einmütig abgelehnt. Allein die Inflationsrate in England beträgt 17,5%. Die Angriffe des Staatsapparates konzentrieren sich zunehmend darauf, die Streikposten vor den Betrieben zu beseitigen. Die Delegation ging davon aus, daß der Streik jetzt in eine entscheidende Phase getreten ist. Andererseits berichteten sie von den Anstrengungen der englischen Kapitalisten, Stahl aus Ländern Westeuropas zu bekommen. Anscheinend schleusen diese den Stahl in England ein, indem sie die Aufschriften der Lieferungen fälschen, damit es bei Ladung und Löschung nicht auffällt. Die Delegation ist deswegen kürzlich mit Hafenarbeitern der ÖTV aus Hamburg sowie Hafenarbeitern aus Rotterdam zusammengetroffen. Ausgemacht wurde, in Zusammenarbeit die Stahllieferungen ausfindig zu machen und ihren Transport nach England zu verhindern. Es ist klar, daß die englischen Kapitalisten den Streik unterlaufen wollen mit diesen Lieferungen. Umso wichtiger ist es, daß verhindert wird, daß die englischen Kapitalisten diesen Stahl bekommen. Das war auch die einheitliche Auffassung der Veranstaltung. Das hohe Sammlungsergebnis – über 4000 DM – zeigt, daß die Unterstützung für den Streik unter den westdeutschen Arbeitern breit ist. Schon im Februar war eine Delegation von Mannesmann-Huckingen nach Sheffield und Rotherham gefahren, um dort 9000 DM zu übergeben, die von Vertrauensleuten der IG Metall gesammelt wurden.

z.frb. **Forschungsminister Volker Hauff hat sich jetzt zur Vorstellung seines Thermobils dem Fotografen gestellt.** Seit 1975 läßt das Forschungsministerium an einem Wagen bauen, der allerorten und überraschend mit dem Scharfblick eines Hühnerhabichts Wärmeverluste an Gebäuden auskundschaftet. Ein solcher Energiesünder-Spion ist unerläßlich für den Minister, wie sonst sollte er die kostspieligen Umbauten, die seine Verordnung zur Verbesserung des Wärmeschutzes verlangt, und deren Kosten auf die Mieten aufgeschlagen werden, durchsetzen können.



z.löh. **Mit rund 130 Mio. DM will die Bundesregierung in die „Wohnungsförderung“ für Bergarbeiterwohnungen im Ruhrgebiet einsteigen, so jedenfalls kündigte es Wohnungsbauminister Haak an.** Er folgt damit dem Diktat des Bergbaumonopols Ruhrkohle AG (RAG). Es geht um die Anziehung von Arbeitskräften, möglichst jungen und billigen. Die RAG verfügt heute über mehr als 210000 Bergarbeiterwohnungen. Davon sind bloß 30% mit Bergarbeitern, die noch in den Zechen arbeiten, belegt. Knapp 50% aber von alten Bergarbeitern und teilweise deren Familien. Diese letzteren Wohnungen sollen umgerüstet und modernisiert werden, oft existiert in den alten Zechenwohnungen z.B. keine Heizung und kein Bad. Zielgruppe der RAG für diese Wohnungen sind „niedrig verdienende junge Leute, die der Bergbau braucht.“ Dafür sollen die 130 Mio. DM fließen. Der RAG wird ein Großteil der Kosten für die Modernisierung erspart. Andererseits ist dadurch gewährleistet, daß trotz relativ niedriger Mieten keine Verluste vom Profit entstehen, und diese „niedrigen“ Mieten müssen dann als Begründung herhalten, um den Lohnstandard zu drücken, weil ja die Bergarbeiter „weniger brauchen“.

z.frb. **Die Erhöhung der Leitzinsen durch die Bundesbank hat auch die Zinssätze für Konsumentenkredite nach oben getrieben.** Für Überziehungskredite beträgt der Effektivzins (einschl. Bearbeitungsgebühr) zwischen 14,13 (Bayrische Hypo) und 14,6% (Deutsche Bank, Dresdner, Commerzbank). Vor einem Jahr lag der letztere noch unter 11%. – Immer vollständiger beherrschen die Banken

Vorwahlbeginn für die USA-Präsidentschaft

Fundament des Sozialchauvinismus: Druck auf Arbeitslose und Löhne

z.haj. Für die Journalisten im Tross der ,,Wahlmaschinen" der Bewerber für die Kandidatur zum Präsidentenamt der Vereinigten Staaten sind mit Carter und Reagan die beiden Kandidaten bereits ausgemacht, die sich im November gegenüber stehen sollen. In der Vorwahl der Demokratischen Partei in New Hampshire erhielt Carter 49% der abgegebenen Stimmen, Kennedy brachte es auf 38% und gilt damit bereits als aus dem Rennen geworfen. Bei den Republikanern kam der ehemalige Filmschauspieler Reagan, der sich inzwischen als Gouverneur von Kalifornien durch den höchsten Zuwachs der Steuereinnahmen dieses Bundesstaates der Finanzbourgeoisie empfohlen hat, auf die Hälfte der Stimmen der für die Vorwahl registrierten republikanischen Wähler. Sein wichtigster Konkurrent für die Kandidatur in der Republikanischen Partei ist George Bush. Er kommt direkt aus dem Management der großen Ölkonzerne der USA und war von 1976–77 CIA-Chef. Mit 23% erhielt er knapp die Hälfte der Stimmen.

Die politische Eröffnung dieser Vorwahlen bildete die an die Sozialimperialisten gerichtete Erklärung über die Interessengebiete der US-Imperialisten insbesondere im Mittleren Osten, in Südostasien und in der Karibik und die ausgesprochene Kriegsdrohung für den Fall, daß die Sozialimperialisten weiterhin versuchen sollten, diese imperialistische Aufteilung der Welt zu ändern. Die bis zur Kandidatenaufstellung der beiden Parteien im Juli und August reichenden Vorwahlen kommen der US-Finanzbourgeoisie gerade recht, um einen riesigen Werbefeldzug für ihre Entschlossenheit zu veranstalten, den Kampf um die imperiale Vorherrschaft mit dem sozialimperialistischen Konkurrenten auszufechten.

Außen- und Militärpolitik:

Am deutlichsten ist dies Ziel der US-Finanzbourgeoisie in der Propaganda für die Erhöhung des Militärhaushalts. Kennedy, der in diesem Wahlkampf als liberaler Schatten der Carterschen Po-

Kennedy, der in diesem Wahlkampf als liberaler Schatten der Carterschen Po-

litik antritt, mußte seine Vorbehalte gegen die Erhöhung des Militärbudgets von jetzt 127,4 auf 142,7 Mrd. Dollar, und damit fast ein Viertel des gesamten Haushalts, gegen den von Carter betriebenen Ausbau der militärischen Präsenz im Indischen Ozean und gegen verschiedene jetzt forcierte Rüstungsprojekte bereits offiziell zurücknehmen. Reagan, der ausgemachte Gegenkandidat Carters, hat mit Eröffnung seiner Wahkampagne erklärt: ,,Wir müssen endlich damit aufhören, uns über unser Ansehen in der Welt Sorgen zu machen. Es ist höchste Zeit, wieder Stärke zu demonstrieren." Ebenso wie Bush tritt er für die Ablehnung von SALT II auf. Und während Bush etwas mehr die Notwendigkeit des Drucks auf die US-Alliierten betont, sind Reagan vor allen Dingen die US-Flotten auf den Weltmeeren zu klein.

Energiepolitik:

1979 hat die Bilanz ihres Außenhandels den US-Imperialisten erneut ein Defizit gebracht, und es soll sich in diesem Jahr noch ausweiten. Ursache: Während die Ausfuhr von US-Industrieerzeugnissen mit doppelter Rate wie die Einfuhr solcher Güter in die USA steigt und gegenüber 1978 mit 4,4 Mrd. Dollar Überschuß wieder positiv ist, ist es den US-Imperialisten trotz Dollar-Abwertung und militärischer Erpressung nicht gelungen, die Steigerung der Ölpreise durch die Förderländer der dritten Welt zu verhindern. Carters Reaktion: Ablösung der Preiskontrollen und Rationierungsmaßnahmen durch verstärkte Förderung in den USA zu einem Viertel der Kosten des Weltmarktpreises, also horrende Extraprofite für die US-Ölmonopole und durch Extra-Besteuerung dieses Ölumsatzes auf Kosten der Lohnabhängigen zugleich die Deckung der Kriegskasse – hat die Unterstützung aller Kandidaten und soll demnächst als Gesetz verabschiedet werden. Während Kennedy mit dem Eintreten für die Wiederherstellung der Ölpreiskontrollen und dem Versprechen eines auf zwei Jahre befristeten Bausstopps für neue Kernkraftwerke vor allem auf Unterstützung in den Gewerkschaften spekuliert, tritt Reagan unumwunden für die Verdoppelung der US-Ölförderung und gegen jeden staatlichen Eingriff in den Ölmarkt auf. Bush fügt noch so etwas wie einen Heizölkostenzuschuß für die Ärmsten der Armen hinzu, und das Gespann steht bereit, um diesen auf einen Ertrag in Höhe von etwa 1000 Mrd. US-Dollar im Laufe der nächsten zehn Jahre geschätzten Räuberplan durchzusetzen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik:

Indem die US-Finanzbourgeoisie mit diesen Maßnahmen zielstrebig die Weichen für den schließlich militärischen Waffengang mit der sozialimperialistischen Supermacht stellt, richtet sich die ganze Aufmerksamkeit auf die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung der USA. Carters Konzept: der Propaganda des Sozialchauvinismus einen kräftigen Unterbau schaffen durch Druck auf den Lohnstandard und zu diesem Zweck auf das Heer der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenrate liegt bei gegenwärtig offiziell 6% auf 90 Mio. Beschäftigte. Bereits vor knapp einem Jahr hat Carter zwei Gesetze zur Reform der Sozialhilfe und der Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsdienstmaßnahmen vorgelegt. Zweck der Sozialhilfereform ist u.a.: Ausbau der Verwaltung zu einem einheitlichen und wirksamen Kontrollinstrument; Registratur der Sozialhilfeempfänger bei den Arbeitsämtern; monatliche Meldung und Überprüfung der Einkommensverhältnisse; Entzug der Sozialhilfe bei fehlender Meldung oder Verweigerung einer Arbeitsannahme. Im Vorgriff auf das Gesetz zur Arbeitsbeschaffung kürzte der Kongreß bereits Anfang des Monats die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosengeld von 26 auf 13 Wochen, wenn wie gegenwärtig die Arbeitslosenrate 4,5% übersteigt. Nachdem die Inflationsrate jetzt bereits auf über 16% geklettert ist, hat Carter u.a. eine Beschränkung der ,,Einkommensverteilung" durch seinen gerade erst vorgelegten Haushalt 1981 angekündigt. Kennedy macht sich für einen zumindest halbjährigen Lohn-Preis-Stopp stark, mit dem die gegenwärtige Beschleunigung in der Absenkung der Löhne festgeschrieben würde. Reagan tritt für eine Einfrierung sämtlicher Ausgaben des Staatshaushalts mit Ausnahme der Militärausgaben sowie eine drastische Kürzung der Sozialleistungen ein und will diese Politik ebenso wie Bush durch das Versprechen einer zeitlich begrenzten Steuersenkung abrunden. – Erfolg oder Scheitern dieses Kriegsvorbereitungskurses der US-Finanzbourgeoisie hängen offensichtlich nicht an der Auswahl der Kandidaten: entscheidend ist, ob die Gewerkschaftsbewegung ihre starke wirtschaftliche und politische Kraft zusammenfassen kann und organisiert gegen diese Politik einsetzt.



New York. Seit mehreren Wochen streiken die Krankenhausangestellten gegen die von den Banken erzwungenen Schließungen und Entlassungen

USA: Zahlreiche Streiks gegen Lohnsenkung, für Versicherungszahlung der Kapitalisten

z.mif. Seit dem zweiten Weltkrieg weist die Zahl der Streiks der Arbeiter in den USA eine steigende Tendenz auf. Ende der 40er Jahre waren es 3000 bis 4000 Streiks pro Jahr, Ende der 50er Jahre 5000 bis 6000. Demgegenüber schwankt die Zahl der beteiligten Arbeiter von Jahr zu Jahr, ebenso die Streikdauer. 1979 stieg gegenüber 1978 die Zahl der Streiks und die Zahl der beteiligten Arbeiter; die Zahl der Streiktage nahm dagegen ab.

Streikstat. 1977	Zahl der Streiks	Arbeiter (in 1000)	Streiktage (in 1000)
USA	5506	2040	35822
GB	2703	1166	10142
BRD '78	1239*	487	4281

* Zahl der bestreikten Betriebe

Anders als in der BRD drückt die Zahl der Streiks in den USA eine Vielzahl einzelner, oft zersplitterter Kämpfe aus, auf Basis einzelner Betriebe oder kleinerer Branchen geführt. Die Lohnsenkung durch Preistreiberei und erhöhte Steuerlast wird an zahlreichen Fronten bekämpft, jedoch ohne schlagkräftige Ordnung der Kräfte, die ihr Einhalt gebieten könnte.

Der gewerkschaftliche Dachverband AFL/CIO mit heute 110 Einzelgewerkschaften, 1955 durch Zusammenschluß der Berufsverbände und Industriegewerkschaften entstanden, vertritt 13,9 Mio. Mitglieder. Die größten Einzelgewerkschaften des Verbandes sind die Stahlarbeiter mit 1,3 Mio., die Elektroarbeiter (1 Mio.) und Maschinenarbeiter (940000). Nicht dem Verband angeschlossen sind die Transportarbeiter (Teamster) mit 2 Mio. Mitgliedern, die Autoarbeiter (1,5 Mio.) und Lehrer (1,4 Mio.).

Die amtliche Statistik, die nur Tarifverträge für mindestens 1000 Arbeiter erfaßt, weist insgesamt 9,253 Mio. Arbeiter aus, deren Lohn in 2009 Verträgen geregelt ist. Davon laufen in diesem Jahr 876 Verträge für 3,7 Mio. Arbeiter aus, 1981 und 1982 laufen jeweils Verträge für etwa 2 Mio. Arbeiter aus. Dies deshalb, weil oft die Laufzeit drei Jahre beträgt. Die meisten Verträge enthalten Lohngleitklauseln, durch die die Löhne halb- oder vierteljährlich der amtlichen Inflationsrate nachträglich angeglichen werden. Die Lohnsenkungswirkung ist beachtlich. Ein Teil der Verträge – 1980 für 104000 Arbeiter – enthält Klauseln zur Neueröffnung der Lohnverhandlung nach einem Jahr.

Als wichtigste Tarifauseinandersetzung schätzt das Amtsblatt des US-Arbeitsministeriums für 1980 die der Stahlarbeiter ein, ,,sowohl wegen der strategischen Bedeutung des Stahls in der Wirtschaft als auch deshalb, weil die Verträge für zahlreiche andere Branchen u.U. dem Stahlabschluß folgen". Ist bis 20. April keine Einigung erzielt, muß nach dem ,,experimentellen Verhandlungsabkommen" von 1973 die Schlichtung angerufen werden. Das Abkommen ist ,,experimentell" und kann 1980 gekippt werden. Dafür hängt viel von dem seit 8. Januar geführten Streik der Arbeiter der Ölraffinerien ab (vgl. KVZ 4/80). Die Zeitung des AFL/CIO unterstützte den Streik in ihrer Ausgabe vom 12. Januar unter der Überschrift ,,60000 in den Raffinerien im Streik – es geht um Gesundheitsversorgung und Lohn". Die Gewerkschaft hatte letztes Jahr für 1980 eine Öffnung der Lohnklausel durchgesetzt. Sie fordert eine ,,substantielle" Lohnerhöhung, einheitliche, voll von den Kapitalisten gezahlte Krankenversicherung sowie mehr Urlaub. Am 4. Januar boten die Ölmonopole 9%, staatliche Schlichter waren bei den Verhandlungen anwesend – ohne Erfolg. Die Gewerkschaftszeitung berichtet, daß die Lohnkosten der Raffinerien weniger als einen Cent pro Gallone Benzin (3,5 Liter) ausmachen, und schneidet damit chauvinistische Spaltungsversuche der Bourgeoisie ab. Am 13. März mußte der US-Militärsender AFN den Streik melden: die Gewerkschaft habe das ,,letzte Angebot der Gesellschaft, um 10 cts erhöhtes Lohnangebot, 200 Dollar Versicherungsbeiträge pro Monat, plus Zahnersatz", abgelehnt. ,,Es ist eine Situation Gewehr bei Fuß, keine Seite läßt Anzeichen für einen baldigen Abschluß erkennen."

ge enthalten Lohngleitklauseln, durch | Abschluß erkennen."

Durchschnittswochenlöhne USA, brutto und netto (außer Landwirtschaft) 1967 – 1979

	Bruttolohn in $	Bruttolohn in $ '67	Verfügbares Nettoeinkommen ledig in $	ledig in $ '67	verheiratet, 3 Kinder in $	verheiratet, 3 Kinder in $ '67
1967	101,84	101,84	83,38	83,38	90,86	90,86
1968	107,73	103,39	86,71	83,21	95,28	91,44
1969	114,61	104,38	90,96	82,84	99,99	91,07
1970	119,83	103,04	96,21	82,73	104,90	90,20
1971	127,31	104,95	103,80	85,57	112,43	92,69
1972	136,90	109,26	112,19	89,54	121,68	97,11
1973	145,39	109,23	117,51	88,29	127,38	95,70
1974	154,76	104,78	124,37	84,20	134,61	91,14
1975	163,53	101,45	132,49	82,19	145,65	90,35
1976	175,45	102,90	143,30	84,05	155,87	91,42
1977	189,00	104,13	155,19	85,50	169,93	93,63
1978	203,70	104,30	165,39	84,69	180,71	92,53
1979:						
Januar	210,14	102,66	170,88	83,48	187,22	91,46
Februar	212,40	102,56	172,53	83,31	188,97	91,25
März	214,91	102,68	174,35	83,30	190,93	91,22
April	211,65	99,93	171,98	81,20	188,39	88,95
Mai	215,20	100,89	175,29	81,80	191,93	89,56
Juni	219,71	101,30	177,85	82,00	194,67	89,75
Juli	221,76	101,08	179,35	81,75	196,26	89,45
August	222,84	100,60	180,13	81,32	197,11	88,99
September	225,54	100,82	182,10	81,40	199,15	89,03
Oktober	224,64	·	181,45	·	198,46	·

Quelle: Arbeitsstatistik des US-Arbeitsministeriums, Dezember 1979

den gesamten Zahlungsverkehr. Im Dezember 1979 führten sie erstmals in einem Monat Überweisungen, Lastschriften und Scheckverrechnungen über mehr als eine Billion DM aus, und auch die Ausgaben der Volksmassen werden immer mehr von den Banken vermittelt. Die Veränderungen in der Reproduktion verlangen Aufschatzung von Lohngeldern einerseits, Verschuldung andererseits. 1970 betrug der Bestand aller Lohn- und Gehaltskonten 86% aller Nettolöhne eines Monats, 1979 bereits 14,3%. Diese Gelder – für deren Verwaltung erst jetzt die Gebühren erhöht wurden – verleihen die Banken wieder an andere Lohnabhängige, die sich immer mehr verschulden müssen, verdienen so kräftig an der Einengung der Reproduktion und beschleunigen sie gleichzeitig.

Kredite an Privatpersonen

	Mio. DM	% Nettolohnsum.
1970	29678	12,1
1971	35979	13,3
1972	44968	15,2
1973	49186	15,2
1974	49906	14,2
1975	56224	15,5
1976	69149	18,3
1977	81252	20,0
1978	97030	22,7
1979	115150	25,0

edv: 6055, 11.03.80, KBW Ffm
aus: Bonn AA, *nachrichtlich: Innenministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, Vertreteung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Bonn, BMZ, Bonn, SPD-Bt-Fraktion, Bonn, Vorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, Stuttgart*

betr.: Sammlungswesen

Bezug: fs nr. 9999 vom 6.3.1980 des KBW Frankfurt

An den
Kommunistischen Bund
Westdeutschland

Sehr geehrte Herren

1. die Erklärung des Auswärtigen Amts vom 23.3.1978 lautete wie folgt: ,,Die Außenpolitik der Bundesregierung verfolgt das Ziel einer friedlichen Lösung der Probleme im südlichen Afrika. Dazu gehört auch die Unabhängigkeit Zimbabwes und die Überwindung der Politik rassischer Diskriminierung in diesem Gebiet. Die Politik der Bundesregierung, diese Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen, würde beeinträchtigt durch die Förderung bewaffneter Auseinandersetzungen. Aus diesem Grunde stellt das Auswärtige Amt fest, daß durch die Zielrichtung der Sammlung außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland berührt werden." Die Erklärung der Bundesregierung vom 4.3.1980 lautet u.a. wie folgt:

,,Für die Zukunft des Landes und seinen inneren Frieden ist von großer Bedeutung, daß die Bevölkerung Rhodesiens Gelegenheit gehabt hat, ihrem politischen Willen freien Ausdruck zu verleihen. Die Bundesregierung respektiert diesen Willen. Es wird jetzt darauf ankommen, daß die gewählten Vertreter des Volkes im Geist nationaler Versöhnung handeln. Die Bundesregierung ist bereit, mit einem unabhängigen Zimbabwe und seiner Regierung partnerschaftlich zusammenzuarbeiten und zum Aufbau des neuen Staates beizutragen." Zwischen diesen beiden Erklärungen besteht kein Widerspruch.

2. Ob eine Änderung der Zweckbestimmung der gesammelten Gelder für den friedlichen Aufbau Zimbabwes möglich ist und wie sie sich gegebenenfalls auf die Beschlagnahme und das Verwaltungsgerichtsverfahren auswirken würde, ist von hier aus nicht zu übersehen.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Wersdörfer
(Bonn, Auswärtiges Amt)

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

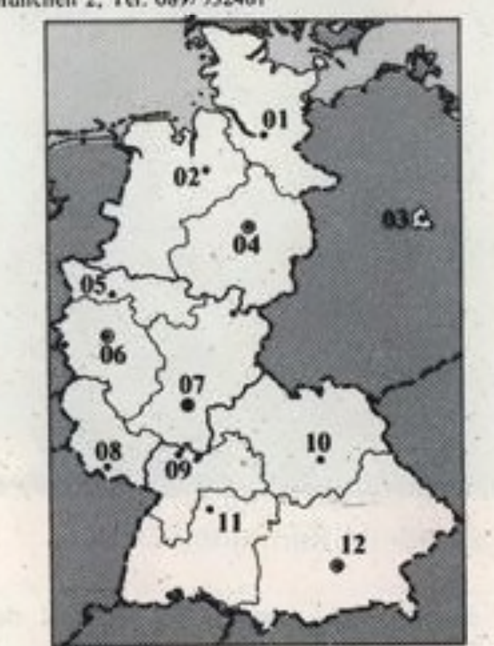
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.evg. **Die Ilseder Hütte soll 1983 endgültig stillgelegt werden.** Der Aufsichtsrat von P + S wollte schon November 1978 darüber beschließen. Ein kurzer Streik der Ilseder Arbeiter, der Zusammenschluß der Arbeiter in allen drei Werken und die Empörung in Peine und Ilsede über diese Pläne nötigten den Aufsichtsrat bis jetzt abzuwarten und die Pläne zu ändern. Nun soll niemand entlassen werden, die Kokerei (400 Arbeiter) bleibt „zunächst" bestehen. Den 400 überflüssig gemachten Arbeitern werden „gleichwertige Ersatzarbeitsplätze" angeboten – zumeist in Salzgitter; Fahrtkostenentschädigung wird gezahlt. Als der Eisenerzschacht „Emilie", der letzte der in Betrieb war, Juli 1979 geschlossen wurde, wurden die Arbeiter auch nicht entlassen. Ihre „gleichwertigen Arbeitsplätze" waren dann in der Hütte die niedrigsten Lohneinstufungen, Verlust zwischen 500 und 600 DM monatlich, Lohnausgleichszahlungen für 30 Monate. In den letzten 10 Jahren sind im Ilseder Raum von 4000 Arbeitsplätzen, 2500 beseitigt worden. Die Salzgitter AG hinterläßt ruinierte Arbeitskraft, schlampig verfüllte Schächte, einen riesigen lebensgefährlichen Schlammteich, „Rekultivierungs"gelände, auf dem nichts wächst.

r.ruo. **Hamburg. Alle Schiffe ohne ITF-Karte können oder müssen damit rechnen, daß sie boykottiert werden.** Eine entsprechende Informationsschrift kündigte M. Rosenberg vom ÖTV-Hauptvorstand auf der Hafenfunktionärskonferenz für das 2. Halbjahr 1980 an. Außerdem sicherte er allen Besatzungen von Festmacherbooten und Schleppern, ohne deren Hilfe Seeschiffe den Hafen weder anlaufen noch verlassen können, die infolgedessen zuvorderst verantwortlich für Streikmaßnahmen gegen Billigflaggenschiffe sind, vollen Rechtsschutz bei ihrer Streikunterstützung zu.

b.thc. **Klinikum: In einem Jahr Schließung zweier Intensivstationen.** Im März 1979 wurde die Intensivstation der Neurochirurgie wegen Klebsiellen (Hospitalismuskeime)geschlossen und umgebaut. Wegen dieser lebensgefährlichen Keime mußte nun auch die asep-



tern. Hauptsächlich geht es um Klagen gegen die öffentlichen Versicherungskassen. Steil ist der Anstieg bei Verfahren aus der Arbeitslosenversicherung (Linie). Die Ehrenberg'sche Gesetzgebung zwingt die Betroffenen zur Gegenwehr. Der bürgerliche Staat will den Widerstand auf den Rechtsweg binden. In „gerecht" erscheinenden Verfahren wird ein hoher Teil der Klagen durch Vergleich, Zurücknahme oder abweisende Urteile 'erledigt' (dunkles Raster). Abgelenkt werden soll vom betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf um die Versicherungskassen.



b.alb. **Falsche Ansichten über die Ursachen der niedrigen Erzeugerpreise für Milch** hat Sönke Paulsen, Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes auf einer Bezirksbauernversammlung bei Flensburg geäußert. Er nannte den „Gesundheitsrummel gegen die Butter" und die „Bierkiste, die die Milchflasche ... zum Teil verdrängt" habe und leitete daraus ab, daß nur „gezielte Werbung" helfen könne. Warum dann der reißende Absatz von billiger „Weihnachtsbutter" trotz ihrer schlechten Qualität? Warum nimmt der Frischmilchabsatz der Molkereien, der Käse-, Joghurt-, Sahneverbrauch zu? Nur der Haushalteigenverbrauch in den Erzeugerbetrieben ist drastisch gesunken! Der „Milchberg", den Sönke Paulsen meint, ist tatsächlich Produkt kapitalistischer Politik. Niedrige Erzeugerpreise zwingen den Bauern zu hoher Produktivität. Er muß viel hochwertige Milch anliefern, um sich zu halten. Hohe Marktpreise für meist noch minderwertige Molkereiprodukte schließen den Arbeiter von deren Nutzen gerade aus. Was dabei stimmt, ist allein der Profit. Er ist notfalls aus dem EG-Haushalt und der „Mitverantwortungsabgabe" der Bauern garantiert. Erörterung von Maßnahmen des Bauernverbandes zur Durchsetzung der Erzeugerpreiserhöhung wären da wirklich nützlicher gewesen.

„5-Jahresplan" der Landesregierung Niedersachsen

Ausbau von Polizei und Strafvollzug / mehr Steuern / Bettenstreichungen in Krankenhäusern

r.wer. Am Freitag der vorletzten Woche wurde die Mittelfristige Planung Niedersachsen (Mipla) für die Jahre 79–83 veröffentlicht. Seit die Krise 66/67 die kapitalistische Produktion ins Stocken brachte, wurden staatlicherseits Gesetze für eine mehrjährige Planung verabschiedet. Die Planungen des Bundes wirkten sich auf die Länder ebenso aus wie die Steuergesetzgebung, der Finanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen an die Länder. Politische Vereinheitlichung – Ausrichtung aller staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Interessen der Finanzbourgeoisie ist der Zweck der Planung, die der Bund gegenüber den Ländern und die Länder gegen die Gemeinden durchsetzen. Die Mipla sieht für Investitionen und investitionsfördernde Ausgaben im Durchschnitt der Jahre 81–83 3,6 Mrd. DM (14,3% der Gesamtausgaben) vor und betont den Vorrang der Förderung privater Investitionen, um dem Kapital günstige Verwertungsbedingungen zu schaffen. Die Opposition will die Regierung noch etwas treiben, Ravens forderte am Freitag, 14.3.80, im Landtag weitere Mittel für Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Damit die Ruhe an der Investitionsfront nicht gestört wird, soll der Staatsapparat ausgebaut werden. Von 81–83 450 neue Stellen bei der Polizei, 125 im Strafvollzug sowie 733 im Bereich der Rechtspflege. Weil die Millionen hierfür erst einmal eingetrieben werden müssen, wird die Zahl der Stellen der Finanzverwaltung um 354 auf 14293 im Zeitraum von 79–83 erhöht. Die Zahl der Krankenhausbetten soll verringert und bis 1981 alle landeseigenen Krankenhäuser (außer LKH Brauel) auf kaufmännische Buchführung umgestellt werden. Dadurch, daß die Landesfrauenklinik und Landeskrankenhäuser ab 1981 nicht mehr im Landeshaushalt ausgewiesen werden, entsteht ein Einnahmeausfall von 172 Mio. DM. Bis 1982 soll ein flächendeckendes Netz von 300 Sozialstationen die Kostendämpfungspläne Schnipkoweits voranbringen. Das Berufsgrundbildungsjahr soll ausgebaut bzw. weiter eingeführt werden, um den Kapitalisten die Zufuhr billiger Arbeitskraft zu gewährleisten. Dem gleichen Zweck dienen weitere 25-Mio.-Programme bis 82, die insbesondere auf jugendliche Arbeitslose abzielen. Demagogisch klagte der Oppositionsführer Ravens im Landtag, die Arbeitslosen würden von der Regierung allein gelassen, er will noch umfangreichere Mittel für arbeitsdienstähnliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt wissen.

Die „ordentlichen Einnahmen" des Landes betragen laut Mipla in Mrd. DM rund 20,6 (1980), 21,5 (1981), 22,8 (1982), 24,1 (1983). Die Steigerung der erwarteten Einnahmen beträgt von 80–83 16,7%. Um mehr als das Doppelte der Gesamteinnahmen (34,9%) sollen die von der Arbeiterklasse gezahlten Lohnsteuern steigen, die ohnehin schon die größte Einnahmequelle des Landes sind, während bei der von Kapitalisten gezahlten Körperschaftsteuer nur eine unterdurchschnittliche Steigerung von 15% veranschlagt ist. Mit hauptsächlich den Lohnabhängigen abgepreßten Steuern, fällt es den Bourgeoispolitikern leicht, Schulden zu machen. Von 80–83 liegen die geplanten Gesamtausgaben durchschnittlich jährlich 10,7% über den erwarteten Einnahmen. Seit 1970 haben sich die Schulden des Landes alle 5 Jahre ca. verdoppelt. Der für 1983 geplante Schuldenstand beträgt mehr als 25 Mrd. DM. Die Zinszahlungen des Landes an das Finanzkapital sind ständig gestiegen. Im Verhältnis zu den Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen betrugen die Zinsausgaben 1973 3,66%, 1983 werden 9,9% erwartet. Wechselseitig werfen sich die bürgerlichen Politiker die steigende Staatsverschuldung vor. Für den Zeitraum von 72–75 – Regierungszeit Kubel – wuchsen die Schulden um jährlich durchschnittlich 22,2% an. In fast gleichem Maß (20,3%) wuchsen die Schulden unter der von Albrecht geführten Regierung (von Febr. 76 – Ende 79). Die wachsende Staatsverschuldung ist in erster Linie ein Stachel für weitere Ausplünderungsfeldzüge gegen die Volksmassen.

Prozentabschluß im Einzelhandel wird keine Änderung bringen

r.jöd. Für die Beschäftigten bei den Banken in der BRD und Westberlin ist es zum reinen Prozentabschluß von 6,8% und 1 Tag Urlaub sowie zwei Freischichten im Jahr für Drei-Schicht-Betriebe gekommen. Für die Beschäftigten im Einzelhandel würde ein derartiger Abschluß nicht reichen. Das Lohnniveau ist sehr niedrig und die Anhebung der unteren Lohngruppen dringlich. In unserem Schaubild kann beim Lohnvergleich 1970 und 1979 gesehen werden, daß zwar die unteren Lohngruppen ein wenig abgebaut wurden, daß aber das Lohnniveau im Ein-



ten und Schleppern, ohne deren Hilfe Seeschiffe den Hafen weder anlaufen noch verlassen können, die infolgedessen zuvorderst verantwortlich für Streikmaßnahmen gegen Billigflaggenschiffe sind, vollen Rechtsschutz bei ihrer Streikunterstützung zu.

b.thc. **Klinikum: In einem Jahr Schließung zweier Intensivstationen.** Im März 1979 wurde die Intensivstation der Neurochirurgie wegen Klebsiellen (Hospitalismuskeime)geschlossen und umgebaut. Wegen dieser lebensgefährlichen Keime mußte nun auch die asep-



tische Intensivstation geschlossen und desinfiziert werden. Erst nachdem der Protest gegen diese Zustände bis in die Reihen der leitenden Ärzte reichte, kam es zur Schließung. Ursachen für die Klebsielleninfektionen sind veraltete Gebäude, mangelnde Hygiene und zu wenig Personal, das den Anforderungen an eine optimale Patientenversorgung überhaupt nicht gerecht werden kann. Auf Normalstationen ist keine Zeit, die Zimmer und erst recht nicht die Stationen zu desinfizieren. Um dies zu erreichen, muß mehr Personal angestellt werden.

b.msk **'Kein Raubbau am Grundwasser in der Heide'** forderten 700 Bewohner der Samtgemeinde Hanstedt in einer geschlossenen Demonstration zur Bezirksregierung in Lüneburg am 14.3.80. Der Industriewasserkreislauf soll aus der Elbe kommen und vom Trinkwasser aus der Heide getrennt werden.

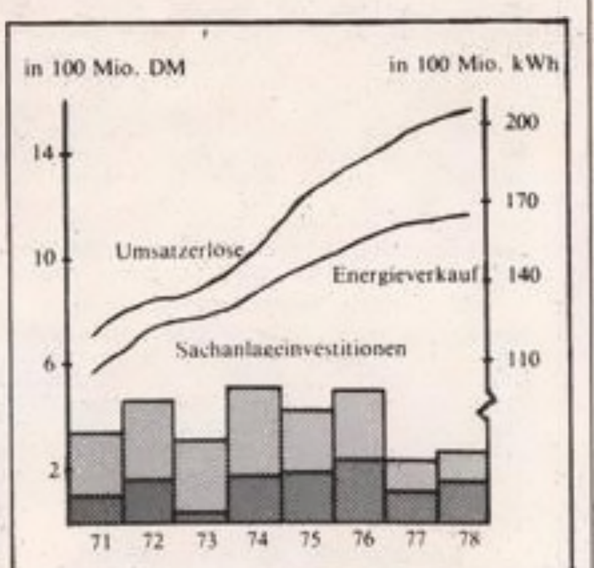


'Waternot ist Burn doot'

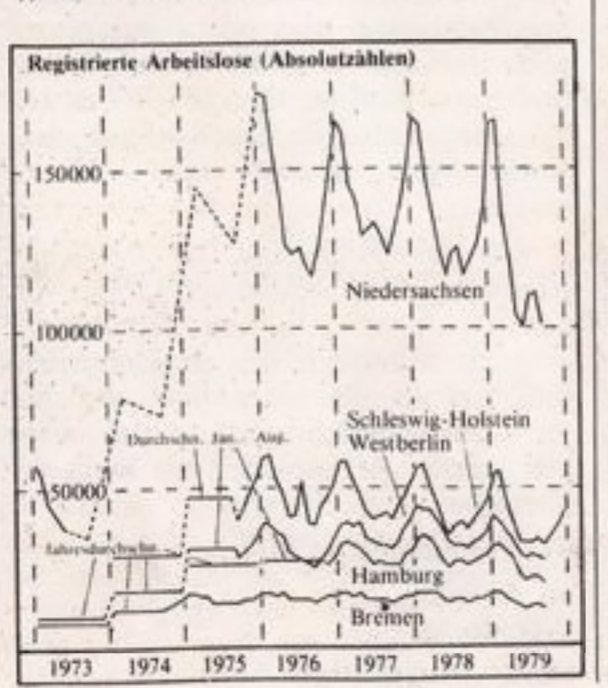
b.has **Der Hamburger Senat will das Sozialgericht um zwei Kammern erwei-**

der Käse-, Joghurt-, Sahneverbrauch zu? Nur der Haushalteigenverbrauch in den Erzeugerbetrieben ist drastisch gesunken! Der „Milchberg", den Sönke Paulsen meint, ist tatsächlich Produkt kapitalistischer Politik. Niedrige Erzeugerpreise zwingen den Bauern zu hoher Produktivität. Er muß viel hochwertige Milch anliefern, um sich zu halten. Hohe Marktpreise für meist noch minderwertige Molkereiprodukte schließen den Arbeiter von deren Nutzen gerade aus. Was dabei stimmt, ist allein der Profit. Er ist notfalls aus dem EG-Haushalt und der „Mitverantwortungsabgabe" der Bauern garantiert. Erörterung von Maßnahmen des Bauernverbandes zur Durchsetzung der Erzeugerpreiserhöhung wären da wirklich nützlicher gewesen.

b.bab. **HEW erhöht Preise ab 1.7.80 um 10%.** Begründung: "Steigende Brennstoffkosten beeinträchtigen die Ertragslage". Das Schaubild zeigt deren Entwicklung. Von 1971 bis 1978 stieg der Energieverkauf (Strom/Fernwärme) um 52,9%, der Umsatzerlös um 119,86%. 12-13% Dividende zahlte die HEW jedes Jahr. Die Preiserhöhung wird mind. 160 Mio. DM Mehreinnahmen einbringen. Verantwortlich für die Gebührenplünderung ist der mit 72% an der HEW beteiligte Hamburger Senat. 1974-78 stieg der Stromverbrauch der Tarifkunden (wesentlich Privathaushalte) um 19,59% (von 3025 auf 3833 Mio kWh), der von Industrie/Öffentlicher Dienst mit bedeutend billigeren Sondertarifen um 47,77% (von 4363 auf 6424 Mio kWh). Seit 71 investiert die HEW verstärkt in KKW's (Anteil: dunkles Raster). Daß diese Investitionen 77 um fast 50% sinken, ist dem Kampf der Volksmassen geschuldet.



r.scm. **Von dem stärksten Rückgang der Arbeitslosenzahlen in einem Februar seit zwölf Jahren spricht der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit.** Die Bildzeitung macht daraus gleich: „So wenig Arbeitslose hat es seit zwölf Jahren nicht gegeben." Überschrift: „Wirklich, unsere Wirtschaft dampft" (6. März, Bild-Kommentar). 154000 Arbeitslose wurden in Niedersachsen und Bremen Ende Februar registriert, Februar 1974 waren es 93000, das Jahr vorher weit weniger. In Hamburg und Schleswig-Holstein waren es jetzt 73000. Das Schaubild zeigt, daß die tendenzielle Verringerung der Arbeitslosenzahlen seit 1974 geradezu unbedeutend gegenüber den Schwankungen innerhalb eines Jahres ist und daß diese Schwankungen klein sind gegenüber dem rasanten Anstieg 1973/74. Das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist allerdings durch die offiziellen Arbeitslosenzahlen nur unvollkommen dargestellt. Lediglich das Statistische Landesamt Bremen gibt zu, daß die Zahl der „Arbeitsuchenden" höher (durchweg ¼ – ⅓) ist als die Zahl der offiziellen „Arbeitslosen".



Prozentabschluß im Einzelhandel wird keine Änderung bringen

r.jöd. Für die Beschäftigten bei den Banken in der BRD und Westberlin ist es zum reinen Prozentabschluß von 6,8% und 1 Tag Urlaub sowie zwei Freischichten im Jahr für Drei-Schicht-Betriebe gekommen. Für die Beschäftigten im Einzelhandel würde ein derartiger Abschluß nicht reichen. Das Lohnniveau ist sehr niedrig und die Anhebung der unteren Lohngruppen dringlich. In unserem Schaubild kann beim Lohnvergleich 1970 und 1979 gesehen werden, daß zwar die unteren Lohngruppen ein wenig abgebaut wurden, daß aber das Lohnniveau im Ein-

zelhandel weiter niedrig ist. Wie die unteren Lohngruppen im Einzelhandel angehoben wurden, können wir am Schaubild sehen. Die durchgezogene Linie ist die Tariflohnsteigerung von 1970 auf 1979. Sie liegt bei den unteren Lohnbereichen bei 120% senkt sich dann auf 110% und steigt bei 2100 wieder rasch an. Die Punkte geben die Steigerung der Tarifgruppen an, die durchgezogene Linie bildet die durchschnittliche Verlaufsform. Für den Effektivlohn (Tariflohn plus außertarifliche Zulagen) haben wir es ebenso gemacht. Die Kreuze sind die Steigerung der Effektivlohngruppen (oder auch Leistungsgruppen genannt) von 1970 nach 1979, die gestrichelte Linie die durchschnittliche Verlaufsform.

Die Tariflohnsteigerung ist ausschlaggebend. Die Effektivlohnsteigerung setzt sich aus zwei Veränderungen zusammen: Durchsetzung von außertariflichen Zulagen und Umgruppierungen.

Tariflohnsteigerung
120%
100%
80%
Bruttolohn 512 1024 2048 4096 8192 DM

Forderungen der HBV-Tarifkommissionen: *Versicherungsgewerbe*: (200000 Beschäftigte) Gesamtvolumen 10,5%. 8,7% Gehaltserhöhung, Streichung der Gehaltsgruppe I. Streichung unterer Berufsstaffeln, Einbau der Sonderzahlungen als Urlaubs- und Weihnachtsgeld in den Tarifvertrag, Mindesturlaubsgeld 1350 DM, Ausbildungsvergütung 65 DM mehr. *Einzelhandel Niedersachsen*: (182100 Beschäftigte) Korrektur der Tarifstruktur, Verkürzung der Berufsjahrstaffel, nicht mehr Lebens-, sondern Tätigkeitsjahre, Gehaltserhöhungen zwischen 150 und 257 DM. Wegfall der Lohngruppe I, Lohnerhöhungen zwischen 155 und 218 DM, Ausbildungsvergütung 90 DM mehr. *Groß- und Außenhandel Hamburg*: (69900 Beschäftigte) Strukturverbesserungen bei Gehalt und Lohn mit einem Volumen von 12,5%, das sind Erhöhungen von 31 DM bei den höheren Gehaltsstufen und bis zu über 200 DM bei den unteren und mittleren Gehaltsstufen. Auf die Strukturveränderung werden 9,5% gefordert. Gehen die Kapitalisten nicht auf die Strukturforderung ein, wird eine neue Forderung aufgestellt. *Ausbildungsvergütung Großhandel Nordmark*: Abschluß zwischen 30 und 45 DM, Laufzeit 10 Monate.

r.hek. **Am 14.3.1980 streikten auf dem Bremer Vulkan die Gerüstbauer.** Sie hatten ermittelt, daß während ihrer Kurzarbeitszeit von der Betriebsführung Fremdfirmen mit Gerüstbauarbeiten beschäftigt wurden. Dagegen forderten sie die sofortige Einstellung der Fremdarbeit, die Beschäftigung der Vulkan-Gerüstbauer und die Bezahlung der Kurzarbeitstage durch die Kapitalisten. Die Sitzung der Vertrauensleute, die am selben Tage stattfand, stimmte diesen Forderungen zu. Um 12.30 Uhr versammelten sich vor dem Magazin 1 ca. 2000 Arbeiter. Sie erklärten sich mit den Forderungen solidarisch. Auf dieser Versammlung wurde zusätzlich gefordert, daß die Sparmaßnahmen der Betriebsführung (Entzug des halben Liter Milch, der kostenlosen Sicherheitsschuhe, sowie Abbau des Sanitätsdienstes von Samstags bis Montag früh) zurückgenommen werden. Um 13.30 Uhr zeigte sich die Betriebsführung verhandlungsbereit. Daraufhin löste sich die Versammlung auf. Die Gerüstbauer bleiben jedoch bis zur Verkündung des Verhandlungsergebnisses im Streik. Als Unterstützung forderten die 2000 Arbeiter den Betriebsrat auf, bis auf weiteres der Samstags- sowie Überstundenarbeit nicht mehr zuzustimmen. Der Betriebsrat faßte einen entsprechenden Beschluß. Ende Februar hatten die Schiffbauer in einem viertägigen Streik die Abgruppierung eines Arbeiters zurückgeschlagen.

b.hör. **Das preisbewußte Verhalten der Verbraucher trage zur Stabilisierung des Geldes bei.** So der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Westphal bei der Eröffnung der Verbraucherberatungsstelle Schenefeld am 5.3.80. In den letzen Jahren hat die Landesregierung die Verbraucherberatung zu einem „flächendeckenden Beratungsnetz" ausgebaut. Neben den 5 Zentren in Kiel, Lübeck, Norderstedt, Heide und Flensburg gibt es 11 Beratungsstellen. Nachdem im Jahre 1970 die Landesregierung Zuschüsse in Höhe von 90000 DM gewährte, waren es 1979 620000 DM und für 1980 730000 DM vorgesehen. Zusätzlich wurden 1979 150000 DM für eine Energieberatungsorganisation gegeben. Nicht durch Lohnkampf, sondern durch Preisbewußtsein und Selbsthilfe auf dem Gebiet der „einzusparenden Maßnahmen" („'Ziehen Sie das Duschen dem Baden vor", aus einem Energiesparfaltblatt) sollen die Volksmassen der wachsenden Verelendung begegnen.

Bundesfrauenkongreß der Postgewerkschaft erhebt Forderung nach Betriebskindergärten

r.kok. Die Deutsche Bundespost hatte am 31.12.78 509278 Beschäftigte, darunter befanden sich 167182 Frauen. Die Tabelle zeigt die Entwicklung auf:

Frauenanteil bei der Post (BRD und Westberlin)

Vollbeschäftigte	1977	1978	1979
Angestellte	19465	19322	26136
Arbeiterinnen	11038	11989	13218
Beamtinnen	55737	57634	57666
Posthalterinnen	2371	2324	2279
Auszubildende/Post-Jungboten usw.	1261	2149	1856
Gesamt	88872	93418	101155
Teilzeitbeschäftigte	**1977**	**1978**	**1979**
Angestellte	13319	13353	14451
Arbeiterinnen	47911	50000	52724
Beamtinnen	3757	4436	4469
Posthalterinnen	6044	5831	5676
Gesamt	71031	73620	77320

Quelle: Geschäftsbericht der Abteilung Frauen der DPG von 1977 - 1979

Frauenarbeit bei der Post ist überproportional gegenüber Männerarbeit gestiegen, nämlich um 4,7 % bei Frauen und 1,8 % bei Männern. 50 % der Frauen sind in Nacht- und Schichtarbeit und 44 % in Teilzeitarbeit gepreßt. Vielfach fällt beides zusammen. Zum Beispiel im Brief- und Paketverteildienst wird in den späten Abend- und in den frühen Morgenstunden gearbeitet. So liegen beim Postamt Münster die Frühschichten von vier bis acht Uhr und von fünf bis neun Uhr. Dort arbeiten im Briefeingang wie im Briefabgang ca. 200 Arbeiterinnen in Teilzeit. Die meisten arbeiten, um etwas dazu-
Die meisten arbeiten, um etwas dazu-
zuverdienen, denn sie haben Familie. Für die meisten ist das die einzige Möglichkeit das Familieneinkommen aufzubessern, da tagsüber die Kinder versorgt werden müssen. Diese Möglichkeit wird ihnen doch 1981 noch genommen, wenn beim Postamt Münster die neue Briefverteilungsanlage aufgebaut wird, denn die Frauen, die eine wöchentliche Arbeitszeit unter 20 Stunden haben, können jederzeit entlassen werden, weil sie nicht unter das Rationalisierungsschutzabkommen fallen.

Beim Fernmeldeamt Münster ist der Frauenanteil bei den Arbeiterinnen am größten im Reinigungsdienst. Das sind gleichzeitig die Beschäftigten, die sich in den niedrigsten Lohngruppen befinden. Der Höchstlohn ist in dieser Lohngruppe 1798 DM bei einer vollen Stelle; die Mehrheit arbeitet jedoch in Teilzeit. Bei den Angestellten befinden sich in den hohen Lohngruppen fast ausschließlich Männer. Die weiblichen Angestellten sind genauso wie die Beamtinnen des mittleren Fernmeldedienstes hauptsächlich in zwei Bereichen eingesetzt. ⅓ der ca. 500 Frauen arbeitet rund um die Uhr in der Fernsprechauskunft und in Schichten von 6 bis 21 Uhr in der Telegraphie. Die Mehrheit ist im Bereich der Teilnehmerdienste (Anmeldestelle, Rechenstelle, Buchstelle) eingesetzt. Hier wird im Moment noch die normale Bürozeit von 7.15 bis 15.45 Uhr gearbeitet. Im Anmeldedienst versucht der Dienstherr die Zeiten auf die Geschäftsöffnungszeiten auszudehnen. Es soll ein Telefonmobil in die verschiedenen Stadtteile fahren. Daß das aber nicht im Interesse der Beschäftigten ist, zeigt sich daran, daß die Verwaltung seit Wochen eine Kollegin für diese Tätigkeit sucht, aber nicht findet.

Bei insgesamt 32,8 % Frauenanteil fragt man sich, wo und wie eigentlich die Kinder versorgt werden. Besonders im einfachen Dienst, wo 59,9 % der weiblichen Beschäftigten Kinder haben und sich normalerweise keine Kinderfrau leisten können, ist es klar, daß die Forderung nach Betriebskindergärten auf den Tisch kommt. Der Kampf darum wurde auch auf der Bundesfrauenkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft am 27./28. Februar in Koblenz geführt. Der Bezirk Münster hatte folgenden Antrag vorgelegt: „In Verhandlungen mit der DBP ist zu erreichen, daß bei allen Ämtern, wo Bedarf besteht, Betriebskindertagesstätten, einschließlich Krabbelstuben und Kinderhorten, eingerichtet werden.“ Der Bundesfrauenausschuß hatte aber den Beschluß gefaßt, öffentliche Einrichtungen von den Kommunen und keine betrieblichen Einrichtungen vom Dienstherrn zu fordern. Von daher empfahl auch die Antragskommission den Antrag von Münster abzulehnen.

Dagegen wurde entwickelt, daß Betriebskindertagesstätten nützlich sind. Kritisiert wurde an öffentlichen Einrichtungen, wenn es sie überhaupt gab, die Wartelisten, die Auswahlkriterien, die schlechten Öffnungszeiten und die langen Wegezeiten. Der Bundesfrauenausschuß wäre sicherlich auch noch gerne mit dem Argument aufgetreten, daß die Kindertagesstätte der Post in
daß die Kindertagesstätte der Post in
Berlin zu wenig Kinder hat. Aber das ging nicht, weil es in Berlin auch wieder Wartelisten gibt, obwohl nach Aussagen von Kommunalpolitikern für jedes Kind von berufstätigen Eltern in Berlin ein Tagesstättenplatz zur Verfügung steht. Außerdem hat die Stadt Berlin für die Unterbringung von Kindern in Tageseinrichtungen den Nulltarif beschlossen. Somit muß sich auch der Dienstherr Deutsche Bundespost an diesen Tarif halten und ist gezwungen, die Reproduktionskosten der Familien zu zahlen. Die Kindertagesstätte der Post in Berlin sollte 1977 sogar wegen Kindermangel geschlossen werden, doch der Druck der Betroffenen, die DPG und die Personalräte haben das im Interesse der Beschäftigten verhindert. Daran wird ganz deutlich, daß die Betriebskindertagesstätten unter die Kontrolle der Personalräte gehören.

Diese Überlegungen und Diskussionen führten in der Abstimmung zu einer deutlichen Mehrheit, den Antrag von Münster anzunehmen. Da, wo schon konkrete Kämpfe stattfinden, z.B. beim Fernmeldeamt Münster, muß man diesen angenommenen Antrag nutzen, um weitere Fortschritte zu machen. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen haben über die gewerkschaftlichen Gremien einen Antrag auf Einrichtung einer Betriebskindertagesstätte an die Oberpostdirektion Münster gestellt. Jetzt muß man die Bedingungen, die die Beschäftigten für die Kinderaufzucht haben, genau untersuchen und daraus die richtigen Forderungen entwickeln. Dies wird auch in Hinsicht auf den 1. Mai günstig sein.

Stadthaus im Hollandstil: Für die Massen zu teuer

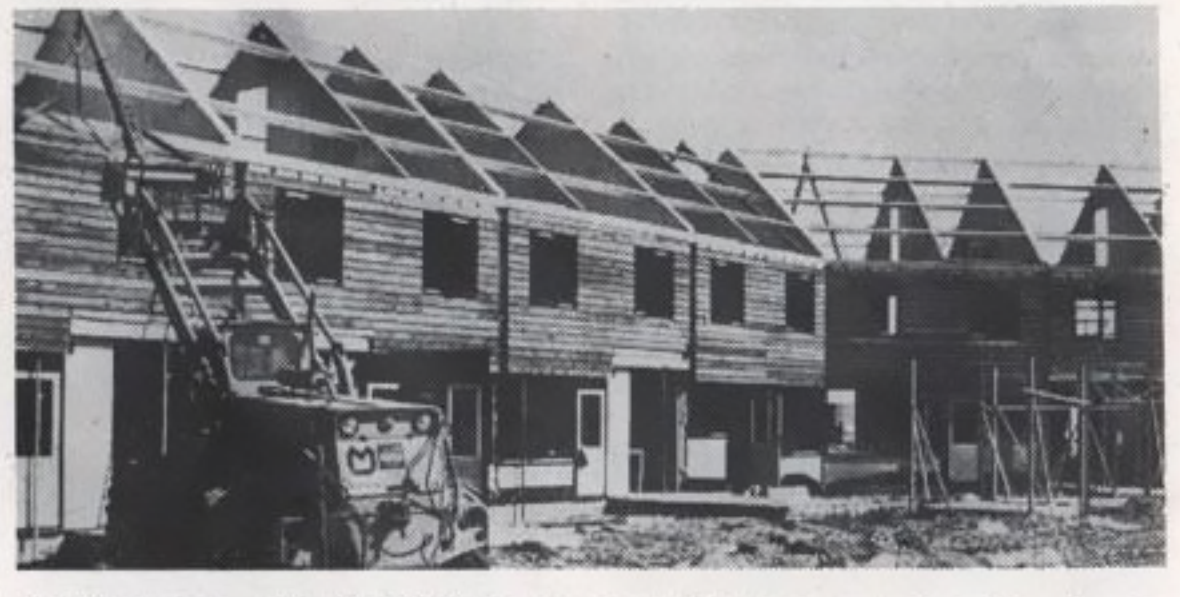
Rationalisierung im Baugewerbe, Steigerung der Grundstückspreise

b.jkr. Unter dem Stichwort „Das variable Stadthaus“ wirbt die Öffentliche Bausparkasse Hamburg, der Bauherr für das von Senat und bürgerlicher Presse groß propagierte Projekt von 100 Serienhäusern im „Hollandstil“. Das Ziel der Planung: „für weite Bevölkerungskreise erschwingliches Wohneigentum...(zu)schaffen“. Für welche „Kreise“ dies Projekt gedacht ist, wird deutlich an genauen Kostenfinanzierungsberechnungen in der BILD vom 5.3.80, wonach monatliche Belastungen zwischen 1010,50 DM und 1575 DM für Zeiträume von bis zu 50 Jahren durch vielerlei Möglichkeiten der Verschuldung der Bewohner durch Aufnahme von Hypotheken, Darlehen usw. entstehen. Dazu kommen Betriebskosten von derzeitigen Berechnungen von mindestens 300 DM monatlich. Als Grundlage für die verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten wurde jeweils der billigste Typ des Häuserprogramms genommen: In 2 Geschossen 100 m² Wohnfläche (einschließlich Terasse), keinen Keller, billigste Ausführung der Innenausstattung, Grundstücksgröße: 150 - 200 m² = 210500 DM bei derzeitigen Bau- und Grundstückspreisen.

Diesen ersten 100 Wohnungen in Sasel sollen 70 weitere in Bramfeld folgen. Hier sollen laut Bausenator Lange Erfahrungen gesammelt werden, um das „bewährte Prinzip der kostensparenden Serienfertigung...auf größere Baugebiete wie Allermöhe und die Billhuder Insel“ zu übertragen. Als Vorbild gilt die verdichtete Flachbebauung in Holland. Durch gewaltige Rationalisierungen im gesamten Baugewerbe werden inzwischen in Holland jährlich zwischen 1200 und 3000 Wohneinheiten in einem Projekt in verdichteter Flachbebauung produziert. Die Bauzeit für die 100 Serienhäuser in Sasel, die noch in konventioneller Bauweise erstellt werden, wird nach Auskünften des Planungsbüros ca. 2 Jahre betragen.

Die holländische Konstruktions- und Bauweise macht es möglich, in großen Serien fabrikmäßig produzierte Fertigteile für alle Wände, Decken, Schornsteine, Dachteile, Installationen usw. unter Einsatz großer Maschinen am Bau fertig zu montieren, was in diesem Ausmaß bisher im Wohnungsbau der BRD nur beim Bau von Hochhäusern angewendet wird.

Dazu kommt eine erheblich höhere Bruttodichte pro ha Bauland, was in Holland durch im Schnitt kleinere Wohnflächen und vor allem kleinere Grundstücke erreicht wird, was die Grundstückspreise hochtreibt. Die durchschnittliche Wohnfläche im verdichteten Flachbau in Holland liegt zwischen 60 und 90 m², in entsprechenden Reihenhäusern in Hamburg zwischen 80 und 110 m². Die Grundstücksgröße beträgt in Holland im Mittel 150 m², in Hamburg zwischen 250 und 300 m². Dazu Senator Lange: „bei der Übertragung dieses Baustils wird es insbesondere Schwierigkeiten machen, Grundstücke mit derart kleinen Abmessungen zu relativ hohen Preisen marktfähig zu machen.“



Verdichteter Flachbau in Holland: nur noch Montage von industriellen Fertigteilen unter Einsatz großer Baumaschinen

Die Stadt Husum kann den Straßenbau aus dem Stadthaushalt zahlen

b.wik. 1,6 Mio DM soll nach dem jetzigen Stand der Planung der Ausbau der Straßen und ihre Entwässerung in der Fischersiedlung kosten. 1 Mio DM sollen davon die Anwohner selbst zahlen, pro Anwohner 12000 bis 15000 DM. Die Anwohner rechnen damit, daß die realen Kosten auf 18000 bis 20000 DM oder noch mehr steigen, zumal die Stadt bereits vor einigen Jahren die tatsächlichen Kosten mit 18000 DM angegeben hat. Gebühren, durch die die Stadt viele Anwohner zwingen würde, ihr Haus zu verkaufen und aus der Siedlung wegzuziehen.

Dabei haben die Anwohner der Fischersiedlung bereits vor 20 Jahren, als die Siedlung gebaut wurde, Anliegergebühren von durchschnittlich 2000 DM für den Straßenausbau an die Stadt zahlen müssen. Bürgermeister Schlüter hat dazu in den Husumer Nachrichten erklärt: dieser Beitrag verpflichte die Stadt lediglich dazu, in entsprechenden Abständen die Kiesdecke auf den Wegen der Siedlung auszubessern. Die Bewohner hätten damals den Wunsch geäußert, die Wege in der Siedlung zu befestigen, nicht aber zu teeren. Dementsprechend seien auch niedrigere Anliegergebühren erhoben worden. In Wahrheit hat die Stadt die Straßen in der Fischersiedlung teeren lassen und von den Anwohnern die entsprechenden Gebühren verlangt. Nur hat die Stadt im weiteren notwendige Reparaturen an der Straßendecke nicht mehr durchführen, sondern einfach eine Kiesdecke auftragen lassen. Das verschweigen Bürgermeister Schlüter und die Husumer Nachrichten, um von den Bewohnern der Fischersiedlung noch einmal das 9 bis 10-fache der damaligen Gebühren einigermaßen plausibel verlangen zu können.

Nach der Anwohnerversammlung hat die FDP eine Subventionierung der Anliegergebühren für die Fischersiedlung gefordert. Die SPD hat darauf erklärt, dies sei eine „Ungerechtigkeit gegenüber anderen Bürgern“. Wer könnte denn dafür garantieren, daß die Anwohner in anderen Stadtteilen nicht auch eine Senkung ihrer Anliegergebühren fordern würden und wie wolle man ihnen das dann noch verweigern. Das scheint auch die FDP überzeugt zu haben, denn von einer „entsprechenden parlamentarischen Initiative“ der FDP ist seitdem nichts mehr bekannt geworden. Dabei drängt doch die unverschämte Höhe der Anliegergebühren zu der Forderung, die Stadt solle diese ersatzlos streichen und die Kosten für den Straßenbau vollständig aus dem Stadthaushalt zahlen.

Gewiß, die Verschuldung der Stadt Husum ist beim Bankkapitalist rapide gestiegen. Im Haushalt 1977 betrug der Gesamtbetrag der Kredite, die neu aufgenommen wurden, 145 Mio DM, und 1,55 Mio DM waren für die Tilgung von Krediten zu zahlen. Mit jeder Investition gerät die Stadt stärker in die Zinsknechtschaft und die Abhängigkeit der Banken. Andererseits ist die gesetzliche Aussaugung der Gemeindefinanzen so weit gediehen, daß keine Gemeinde mehr Rücklagen in der Höhe bilden kann, um große Investitionen selbst zu tragen. Jedoch: trotz Empfehlung von Bundes- und Landesregierung hat die Stadt Husum die Gewerbesteuer bisher nicht gesenkt. Bleibt also ein gewisser Spielraum, zumal das Gesetz den Gemeinden nicht zwingend die Erhebung von Anliegergebühren vorschreibt.

1980 hat die Stadt 1,07 Mio DM für den Ausbau der Südermarsch-, Iven-Agßen-Str., des Ochsenkamp, der Schleswiger Chaussee und der Wiederherstellung des Alten Kirchweges eingeplant. Für 1981 sind bisher 2,5 Mio DM geplant. Angenommen, die geplanten Beträge seien der Anteil der Stadt von durchschnittlich 30 % der Straßenbaukosten. Dann betrügen die Gesamtkosten 11,9 Mio DM, wovon die Anwohner 8,33 Mio DM zahlen müßten. Allein 7 Mio DM soll nach groben Schätzungen der Bau des neuen Rathauses kosten. 10 Mio DM sind bisher für eine neue Kläranlage für den Schlachthof geplant und 2,4 Mio DM für die Fußgängerzone in der Innenstadt. Zahlen kann die Stadt also, wenn sie dazu gezwungen wird.

b.maa. **Die Lehrerkollegien mehrerer Schulen Flensburgs** haben die Einladung der Briesenkaserne zur Besichtigung und zum Experimentieren ihrer Einrichtungen einschließlich des Schiessens auf dem Kleinkaliberstand durch Schulklassen abgelehnt und das Schreiben an die Bundeswehr zurückgesandt. Die Bundeswehrführung plant, diese Einflußnahme auf die Schüler parallel zur öffentlichen Vereidigung am 25.3. vorzunehmen.

b.heu. **Kinderschutztelefon – keine Hilfe, sondern Kontrolle.** Mit dem Kinderschutztelefon hat der Senat 1977 ein Mittel der Bespitzelung eingerichtet, an der sich Polizei, Jugendämter und sogar die Bevölkerung beteiligen soll. „Hilfsmaßnahmen“ sind u.a. Heimerziehung und Aberkennung des elterlichen Sorgerechts. Die Meldungen aus der Bevölkerung sind gering: 500 Anrufe pro Jahr.

Kindesmißhandlung? wir gehen der Sache nach...
Hallo, Revierwache 52? – ja, ich, – mit sofortiger Anordnung, Einweisung in ein Erziehungsheim..
Ich hab' ein ♥ für Kinder

r.clm. **Die Fährarbeiter der Linie Römö-Sylt haben am 3.3.80 die Blockade gegen die Flensburger Förde-Reederei abgebrochen.** In einer Erklärung schreiben sie dazu: „Nach über zehn Monaten Kampf ist der Sieg errungen. Wir haben den Kampf gewonnen. Es war ein harter und zäher Kampf. Zusammen mit der dänischen Arbeiterklasse haben wir gezeigt, daß es mit Zusammenschluß und Solidarität möglich war, der Förde-Reederei das Genick zu brechen, so daß unsere Forderungen nach kollektivem Arbeitsvertrag erfüllt werden mußten, und es gelang uns, die deutsche Piratenreederei zu zwingen, die zypriotische Billigflagge zu streichen ... Wir wollen Euch danken, allen, die uns geholfen haben, moralisch und ökonomisch, allen, die an unseren Sieg geglaubt haben, aber wir finden, daß es noch viele ungeklärte Punkte gibt, z.B. keine Verträge für das Personal an Land ...“ Blockadewacht Römö-Sylt.

Veranstaltungskalender

Seminarwoche 17. bis 21. März 1980

Flensburg, 20 Uhr, „Apenrader Hof“, Apenrader Straße

Husum, 20 Uhr Bahnhofsgaststätte

Kiel, 20 Uhr, Goethe-Schule, Eingang Westring

Neumünster, 20 Uhr, Hotel „Stadt Rendsburg“, Rendsburger Straße

Lübeck, 20 Uhr, Franke-Schule, Schildstraße

Hamburg, 19.30 Uhr, Wirtschaftswissenschaftliches Institut, Von Melle Park 5, Raum B1, gegenüber der ESG, Veranstalter: KHG

Lüneburg, 20 Uhr, 17.3. und 19.3. bis 21.3., Stucksaal, Vortragssaal An der Münze / 18.3., Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor

Erarbeitungsthemen:

17.3.: Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien: umfassend plündern, gezielt spalten.

18.3.: Kindergeld. Wenn es für alle gleich und entsprechend der Höhe im öffentlichen Dienst durch die Sozialversicherung bezahlt wird, hört es auf, als Zuchtrute und Zuchtprämie zu wirken. Die Löhne sichern die Reproduktion jedenfalls nicht.

19.3.: Die Intensivierung der Arbeit unterhöhlt die Reproduktion der Arbeiterklasse. Wenn Akkord Mord ist, dann ist Schichtarbeit und Akkord zweimal Mord.

20.3.: Rentenpolitik der bürgerlichen Parteien. Eine Mindestrente würde die Schikane einschränken. Die Verwaltung und Verteilung der Renten gehört in die Hand der Versicherten.

21.3.: Das soziale Netz und was darin hängen bleibt. die Landesregierungen ziehen die Maschen nach.

Wehrkraftzersetzungsprozeß

Flensburg, 19.3., 9.15 Uhr, Langericht Flensburg, Südergraben, Zimmer 58.

Prozeß wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz gegen Dirk Meyer

Oldenburg, 18.3., 10.30 Uhr, Amtsgericht, Zimmer III.

Demonstration gegen die Verschlechterung der Ausbildung an Berufsschulen und Gymnasien

Kiel, Samstag, 22.3., 14.30 Uhr, Wilhelmsplatz. Zur Demonstration rufen auf: LSV der Berufsschulen und Gymnasien und die DGB-Jugend

Schwimmkurs

Hamburg, 22.3., 18 Uhr, Schwimmoper, Lübecker Straße

Zeichenkurs

Hamburg, Plastische Übung: Köpfe. 21.3., 18 Uhr, Universität, Phil-Turm, Raum 964.



Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), Reihe: KVZ Kommunismus und Klassenkampf, Quellenheft Kühl KG (32 S. Best. Nr. 1750 1,50 DM)

Hochsicherheitstrakt Lauerhof wieder belegt
Landesregierung legt Verhandlungsangebot vor

b.kaq. Lübeck Seit dem 5. März sind die gefangenen Frauen der RAF, Christine Kuby, Christa Eckes, Inga Hochstein, Annerose Reiche, und die Gefangenen Brigitte Asdonk aus dem Untersuchungsgefängnis Hamburg wieder in den Hochsicherheitstrakt der Gefängnisanstalt Lauterhof verschleppt worden. Sie hatten mit einem Hunger- und Durststreik ihre Verlegung aus dem Hochsicherheitstrakt erreicht. Ihnen war zugesichert worden, daß sie nicht wieder nach Lübeck zurückverlegt werden.

Die Hochsicherheitstrakte sind die Spitze der Grausamkeiten, die die Bourgeoisie jenen zufügen können will, die sie in den Gefängnissen eingesperrt hat. Völlige Isolierung, geräuschisolierte Zellen, Sichtblenden, Mattglas an den Fenstern, Trennscheibe bei Besuchen, Besuchsreduzierung, ständige Schikanierung der Gefangenen mit Durchsuchungen und Zellenverlegungen, innerhalb des Trakts. Die Gefangenen sollen dahinvegetieren, zeit- und geschichtslos wie Pflanzen.

In Lübeck hatten Professoren, Ärzte, Krankenschwestern und Studenten der MHL in Briefen an den Justizminister ihre Bedenken gegen den Hochsicherheitstrakt zum Ausdruck gebracht und eine Besichtigung gefordert, die bisher verwehrt worden ist.

Von der Landesregierung ist den Frauen jetzt ein Verhandlungsangebot gemacht worden, daß sofort Hafterleichterungen mit Öffnen der Zellentüren von 8.00 bis 18.00 Uhr vorsieht und die Übernahme der Frauen in den Normalvollzug, „soweit dem nicht unüberwindliche, in der Person der jeweiligen Gefangenen liegende Hindernisse entgegenstehen.“ Dies soll aber erst in einigen Monaten geschehen und auch nicht für alle Gefangenen gleichzeitig. In einem Punkt des Verhandlungsangebotes droht die Landesregierung an, den Hochsicherheitstrakt mit in den Normalvollzug einzubeziehen und mit Gefangenen zu belegen, „für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind.“

Die Frauen haben mit ihrem Hunger- und Durststreik erste Zugeständnisse erreicht. Die Landesregierung versucht mit ihrem Angebot zu spalten und den Hochsicherheitstrakt funktionsfähig zu erhalten. Die Forderungen der Frauen sind damit noch nicht erfüllt. Die Lübecker Initiative gegen Hochsicherheitstrakte hat zur weiteren Unterstützung der Forderungen der Frauen und Abschaffung aller Hochsicherheitstrakte aufgerufen.

Lastkraftwagenfahrer streikten wegen Lohnverlust
Anrechnung der Stand- und Wartezeiten

b.dam. Drei Tage lang wurden die deutsch-dänischen Grenzübergänge Padborg, Ellund, Harrislee und der Fährübergang Puttgarden-Rödbyhavn von Lastwagenfahrern bestreikt. Dänische LKW-Fahrer hatten am 9.3. gegen die Verschleppung der Zollabfertigung und gegen das Warten bei Sonntagsfahrverbot mit dem LKW die Grenze gesperrt. Deutsche und internationale Fahrer erklärten sich mit dem Streik solidarisch, die dänische Transportarbeitergewerkschaft unterstützte den Streik der dänischen Arbeiter.

Der Grund für diesen Streik, der nach Aussagen der Zollarbeiter „schon lange schwelt“, ist Lohnausfall für die Fahrer während der Wartezeiten an der Grenze. Die „erstaunliche Solidarität“ der Fahrer anderer Nationalitäten, wie das Flensburger Tageblatt vermerkt, hat seine Grundlage darin, daß die grundsätzliche Anrechnung der Stand- und Wartezeiten bei Lastkraftfahrern noch nicht durchgesetzt ist. Dies ist Gesetzessache der Mitgliedsstaaten durch Ratifizierung einer Konvention. Die Sektion Straßentransport der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft (ITF) hat 1974 ein Übereinkommen ausgearbeitet, deren abschließende Lesung im Juni 1979 für die Definition der Arbeitszeit beinhaltet: § 4.2. Die Zeiten bloßer Anwesenheit und die Warte- und Bereitschaftszeiten im Fahrzeug, während denen die Fahrer nicht frei über ihre Zeit verfügen können, können in einem Verhältnis, das in jedem Land durch die zuständige Stelle oder das zuständige Organ, durch Gesamtarbeitsverträge, . . . als Arbeitszeit angesehen werden. Dieses Übereinkommen haben die nationalen Gesetzgeber noch nicht ratifiziert. Ein Teil der dänischen Arbeiter fährt nach festem Stundenlohn von 40,15 Kronen. Ein Teil aber auch nach festem Tourenlohn, der z.B. für die Tour Dänemark England 2400 Kronen beträgt. Das sind ca. 800 DM umgerechnet für eine Tour, die über 8 Tage dauert ohne Unterbrechung. Ein Tag Warten an der Grenze bedeutet für jene Arbeiter einen Tag Verlust der Reproduktion. Der andere Teil der Fahrer bekommt Tagesgeld, für 24 Stunden 416,35 Kronen und Essenszulagen, der Verlust eines Tages wirkt für sie direkt als Lohneinbuße. Viele Fahrer arbeiten jedoch zu einem geringen Grundlohn und erhalten eine Leistungszulage als 87 Öre/km und eine Tonnenzulage von 4,5 Kronen/t. Diese übertariflichen Bestandteile des Lohnes werden bei der Wartezeit aber nicht gezahlt. Die dänischen Fahrer haben sich beraten und gleichzeitig mit der Forderung nach schnellerer Abfertigung, Forderungen nach Wartegeldern und Lohnerhöhungen an den Kapitalistenverband gestellt.

Durchgesetzt wurde folgendes: 1. Die Schnellspuren werden reserviert für Transitfahrzeuge. 2. Der Zoll erlaubt versuchsweise die Abfertigung außerhalb der Abfertigungszeiten. 3. Kontrollzettel werden abgeschafft. 4. Beide Abfertigungsluken werden geöffnet. 5. Das Personal der Zollkammer soll in den Spitzenzeiten vollständig sein. Darauf brachen die Lastwagenfahrer ihren Streik ab, aber auch erst, nachdem die Entlassung eines dänischen Arbeiters wieder aufgehoben worden war. Lohnforderungen gegenüber dem Kapitalistenverband werden jetzt in der Transportarbeitergewerkschaft beraten.



Angriff auf öffentliche Vereidigung
und gegen die Kriegsvorbereitungen

b.clm. Am 25. März führt das Jägerbataillon 381 die erste öffentliche Vereidigung seit 1945 auf dem Flensburger Südermarkt durch. Unter den Forderungen „Gegen Gästeschießen und Vereidigung auf dem Südermarkt! Für einseitige Abrüstung! Gegen die Stationierung von Nuklearwaffen und US-Einheiten in Schleswig-Holstein! Für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa! Für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!“ haben sich zahlreiche Organisationen und Leute aus Flensburg dagegen zusammengeschlossen und Aktionen beraten. Auf den Leserbriefseiten des Flensburger Tageblattes ist eine heftige Debatte um die öffentliche Vereidigung in Gang gekommen. Ursache dafür ist, daß von vielen die wachsende Kriegsgefahr erkannt und die Sehnsucht nach Frieden dagegengesetzt wird.

Doch woraus entsteht die Kriegsgefahr? Aus der Aufrüstung und den Waffen oder aus den Interessen und der Politik der beiden Supermächte und der übrigen Imperialisten einschließlich der Westdeutschen? Und wie kann man sie bekämpfen? Indem man Abrüstung und das Verbot von Kinderspielzeug fordert und den Kriegsdienst verweigert? Oder indem man die Politik der beiden Supermächte und der Bundesregierung bekämpft und den Abzug aller fremden Truppen, den Austritt aus der NATO und den Abschluß eines Friedensvertrages fordert? Ist der Militarismus häßlicher Auswuchs der „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ oder ist der Ausbau eines bewaffneten Gewaltapparates unerläßlich zur Sicherung der Herrschaft der Kapitalisten? Alle diese Fragen sind in der Debatte noch nicht ausreichend geklärt und insbesondere „kirchliche Kreise“ versuchen, die Bewegung auf Pazifismus festzulegen. Alle Erfahrungen sprechen gegen den Pazifismus, der die Arbeiterklasse und die Volksmassen der Politik der Bourgeoisie immer wehrlos ausgeliefert hat. Die Friedensbewegung der fünfziger Jahre hat die Remilitarisierung und den Wiederaufbau des Kapitalismus nicht verhindert, alles Gerede von Entspannung und Abrüstung hat den Frieden nicht sicherer gemacht, sondern die tatsächlichen Kriegsvorbereitungen nur verdeckt. Einer der Hauptredner für Entspannung und Abrüstung, Egon Bahr, ist Bestandteil der öffentlichen Vereidigung und wird dort die „Zusammenhänge der Sicherheitspolitik erläutern“. Die Bevölkerung entlang der dänischen Grenze kann diese Zusammenhänge zum guten Teil mit eigenen Augen betrachten. Kiessling, Befehlshaber der alliierten Landstreitkräfte Schleswig-Holsteins und Jütland, Comlandjut, kritisierte auf einer Rede am 21.2. in Rendsburg die dänische Regierung, daß sie die Verhandlungen über zusätzliche Depots in Jütland in die Länge ziehe und sich weigere, der Stationierung ausländischer Truppen und von Atomwaffen zuzustimmen. Er kündigte dagegen den Ausbau der Nordseehäfen und eine Vergrößerung der Zahl der Depots entlang der dänischen Grenze an. In Meyn sind schon Atomsprengköpfe gelagert und der Flugplatz Leck wird ausgebaut. Bauern bekommen ihre Pachtverträge nicht mehr verlängert und aus örtlichen Detailplänen geht hervor, daß 300 amerikanische Soldaten dorthin versetzt werden sollen. Die Forderungen des Zusammenschlusses gegen die öffentliche Vereidigung sind insbesondere auch gegen diese Pläne gerichtet.

Lohnbewegung im Öffentlichen Dienst
Gute Gründe, den Kampf gegen die Rationalisierung mit dem Lohnkampf zu verbinden

b. brb. In den Betrieben des öffentlichen Dienstes werden derzeit überall heftige Kämpfe gegen die Rationalisierung geführt, für mehr Planstellen, gegen die Schichtarbeit und z.T. gegen die Nachtarbeit. Erforderlich ist, jetzt im Lohnkampf die Bedingungen dafür zu schaffen, daß es dem staatlichen Dienstherrn nicht noch weiter gelingt, durch niedrigen Lohn die Beschäftigten zur Annahme unzumutbarer Arbeitsbedingungen zu zwingen. Das ist aber sein Ziel und so ist er auch am 2. Verhandlungstag wieder gegen einen Mindestbetrag aufgetreten. Eine Anhebung der unteren Lohngruppen würde zu einer Nivellierung führen und das Leistungsprinzip durchbrechen. Die Behauptung, die unteren Lohngruppen würden weniger leisten als die hohen, ist schon ziemlich dreist, wenn man die Verausgabung von Muskelkraft, Nerven- und Hirnanspannung z. B. einer Stationshilfe, die sich den ganzen Tag die Hacken abrennt, einer Wäscherin, die den ganzen Tag an der Bügelmaschine steht, einer OP-Schwester, die 4 bis 6 Stunden ohne Pause am OP-Tisch arbeitet, mit dem vergleicht, was die Dienstaufsicht „leistet“, wenn sie am Schreibtisch Rationalisierungspläne ausbrütet. Der Lohn steht da genau im umgekehrten Verhältnis zur Leistung. Ohne Anhebung der unteren Lohngruppen ist zum anderen deren Reproduktion kaum mehr gewährleistet. Das zeigt die Differenz allein der festen Ausgaben für Miete, Heizung und Benzin vom Januar 1979 zum Januar 1980 nach den Angaben des Statistischen Landesamts Schleswig-Holsteins (in DM):

	Jan.79	Jan.80	Diff.
Kaltmiete Soz.-wohng./Bad,Hzg.	254	273	19
freifin. Wohng. 3 Zi.Bad,Hzg.	440	464	23
Heizöl 170 l (abn. 5000 l)	67	112	45
Benzin 80 l	73	84	11

Die Mehrbelastung durch diese festen Kosten, an denen nichts mehr gespart werden kann, beträgt also allein ohne Nahrung, Kleidung, Möbel usw. schon 74, 55 bzw. 79,06 DM. Der Anteil dieser Kosten macht bei einem Lohn von 1080 DM im Jan. 79 36,5% aus, im Jan. 80 schon 43,45%. Bei einer Krankenschwester mit 1508,70 DM netto beträgt die Belastung 26% und heute 31% und bei einem Assistenzarzt mit ca. 2300 DM netto 25% und heute 28% (alle Löhne ohne Zusatzvergütung für Nachtdienste u.ä.).

Das zeigt, daß die Lohnforderung des Hauptvorstandes, die durch zahlreiche Beschlüsse und Briefe unterstützt wurde, ihre volle Berechtigung hat. An der Psychiatrischen Klinik Häcklingen/Lüneburg hat am Freitag eine Betriebsversammlung stattgefunden, die v.a. von den unteren Lohngruppen besucht war und in einem Telegramm die Verhandlungskommission aufgefordert hat, unbedingt an den 180 DM festzuhalten. Anhand einer Lohnverteilung, die die Betriebsgruppe der ÖTV erstellt hatte, wurde die Notwendigkeit der Lohnerhöhung besprochen und die Hetzargumente des Dienstherren zurückgewiesen. Ein gutes Beispiel, dem man in Hinblick auf den nächsten Verhandlungstag und die Vorbereitung des 1. Mai folgen sollte.

Kostendämpfung in Dithmarschen:
1979 waren 73 Krankenhausplanstellen unbesetzt

b.sal. Schon Ende letzten Jahres hat Landrat Buhse wegen angeblich geringerer Belegung Rationalisierungsmaßnahmen am Krankenhaus Heide angekündigen lassen. Inzwischen wird unter den Kollegen über eine „geheime“ Studie diskutiert, nach der umfangreiche Stationszusammenlegungen und Stationsschließungen stattfinden sollen. 24 Pflegekräfte, 5 Putzfrauen, 2 Ärzte und 10 Schülerinnen sollen dabei eingespart werden.

Während die Verwaltung ein immer rosigeres Bild von der Arbeitssituation malt, hat sich die Hetze in den letzten Jahren immmer spürbarer verschärft. Fast ständig sind die Stationen überbelegt; bei einer Verweildauer von 10 - 12,8 Tagen hat sich die Zahl der aufzunehmenden und zu entlassenen Patienten erhöht, was mit Bettenreinigen, Blutabnehmen usw. besonders viel Arbeit macht. Für die Erfüllung einfacher Bedürfnisse besonders bettlägeriger Patienten (wie z.B. Haarewaschen) usw. bleibt fast keine Zeit. Grundlage dafür sind heimliche Rationalisierungsmaßnahmen während der letzten Jahre. Während es in der Allgemeinen Stationspflege 1975 121,5 Schwestern (ohne Stations- und Seitenschwestern) gab, waren es 1979 nur noch 84,5, und das nach der Schließung von vier Krankenhäusern in Dithmarschen. Insgesamt sank die Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum von 467 auf 441.

Gleichzeitig hat der Kreis die Zahl der Planstellen von 500 auf 522,7 erweitert, allerdings eben, ohne sie zu besetzen. Festzustellen ist eine Ausdehnung von Funktionsdiensten wie EKG, Aufnahmezimmer, usw. während immer weniger examinierte Kräfte auf den Stationen arbeiten. Vergleicht man die Zahlen, die die Verwaltung den Kollegen präsentiert, mit den amtlichen Zahlen der Kreishaushalte, riecht es offensichtlich nach Betrug. Mit falschen Zahlen sollten die Rationalisierungen verdeckt werden. Die Kollegen haben jetzt dafür gesorgt, daß die bisher versteckt gehaltene Wibera-Studie veröffentlicht wurde. Von einem Vertrauensmann wurde ein Aushang an das Brett der ÖTV angebracht, der sich gegen diese Maßnahmen richtet.

Zivildienstleistende erkämpfen Wohngeld
Bundesweiter Aktionstag der Selbstorganisation am 15.3.

b.mah. Falls die Unterhaltsbehörde nicht zahlt, müssen die Dienststellen nach geltenden Richtlinien die Miete und Nebenkosten der ZDL tragen, vorausgesetzt: Unterbringung in „Dienstunterkunft“ ist unmöglich. Viele Dienststellen versuchen die Nichtgewährung des Wohngelds durch erzwungene Verzichtserklärungen der ZDL oder Androhung meist heimatferner kasernenmäßiger „Dienstunterkunft“ durchzusetzen. Dagegen und für die Nachzahlung vorenthaltener Gelder kämpfen die ZDL an mehreren Dienststellen, beim Arbeiter-Samariter-Bund in Altona z. B. seit über 3 Monaten. Auf einer Vollversammlung, auf der der Geschäftsführer und 2 Vorstandsmitglieder Stellung nehmen mußten, forderten die ZDL ein sofortiges Angebot, ansonsten könne bei den steigenden Fehlzeiten nichts mehr garantiert werden. Dies zeigte Wirkung, denn der ASB wird fast nur mit ZDL aufrechterhalten. Der ASB bot an: Keine Reverse, Zahlung des laufenden Wohngelds, Nachzahlungen aber erst bei entsprechendem Urteil in dem von einigen ZDL angestrengten Prozeß. Die ZDL sollten dafür gute Arbeitsmoral zeigen und auf weitere Verhandlung über Nachzahlungen verzichten. Die ZDL lehnten ab und stellten ein Ultimatum zur Anerkennung aller Forderungen. Aufgrund der Geschlossenheit der ZDL mußte der ASB klein beigeben. Die Nachzahlung (inzwischen 28000 DM) erfolgt in Raten.

Die ZDL beim ASB haben sich außerdem gegen die geplante Ersetzung Festangestellter durch ZDL mit dem Betriebsrat zusammengeschlossen. Bisher konnten Entlassungen verhindert werden.

So kann die bundesweite Kampffront gegen das Zivildienstgesetz erfolgreich aufgebaut werden.



15.3.: Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden informiert über das neue Zivildienstgesetz und die Kämpfe beim Arbeiter-Samariter-Bund.

IGM Funktionärskonferenz berät Lage nach 6,8% Abschluß

b.uwz. Die meisten der 52 Redner auf der 4½ stündigen Funktionärsversammlung der Hamburger IG Metall griffen den 6,8% Abschluss an, weil er für die unteren Lohngruppen als auch für den Reallohn nicht ausreichend ist.

Angegriffen wurde das Fallenlassen der Mindestforderung insbesondere von Sprechern der Betriebe, wie C.H.F. Müller, mit großem Frauenanteil. Das anwesende IGM Vorstandsmitglied wurde aufgefordert nicht wie Jantzen „*Scheiße für Edelsteine zu verkaufen*". W. Engelmann, 2. Bevollmächtigter der IGM Hamburg, forderte das Festhalten am Kampf gegen die unteren Lohngruppen. Gegen die Vertrauensleute, die meinten, in Satzungsänderungen das Allheilmittel im Kampf gegen die Kapitalisten gefunden zu haben, erklärte er: „*Unsere Gegner sind nicht in der Gewerkschaft sondern in den Konzernetagen*". Über die konkreten Aufgaben gegen die Niedrigstlöhne wurde wenig gesagt. Ein VK-Sprecher von NRI erhielt viel Beifall über den Bericht vom Kampf gegen die unteren Gruppen, der zu einer Betriebsvereinbarung führte. Dyckerhoff erklärte, die IGM müsse auch auf die Steuern achten. Ein Redner griff an, daß mit Afghanistan jetzt die Steuersenkung vom Tisch soll, forderte, die Gewerkschaft müsse gegen und nicht für die SPD-Regierung sein. Ein Sprecher des AEG VK berichtete über die Forderung von 25% vom Durchschnittslohn als Grundsteuerfreibetrag.

Daß die Versammlung weiter am Kampf gegen die unteren Lohngruppen festhalten, dabei den internationalen Lohnstandart beachten will, wurde in 3 einstimmig verabschiedeten Entschließungen deutlich: 1. ÖTV wurde unterstützt und ermutigt, nicht vom Mindestbetrag 180 DM abzurücken, 2. Britische Stahlarbeiter sollen mit Informationsveranstaltung, Geldsammlung und Verhinderung von Streikbruch unterstützt werden, 3. der Kampf der IGM im Heizungsbereich wird begrüßt. Konkrete Kampfschritte müssen jetzt betrieblich festgelegt werden.

Tarifnachrichten Handwerk – Hamburg

Heizungsindustrie/Handwerk. Nachdem die Innung und der Industrieverband für diesen Bereich die Forderung der IG Metall nach 10% Erhöhung der Löhne und Gehälter, bei Vorweganhebung der Gehaltsgruppen K und T2 und 3 um 75 DM, Stufenplan für 30 Tage Urlaub bis 1983 einfach ablehnten und nur 1 Tag Urlaub und 5,4% anboten, beschloss die Tarifkommission einstimmig die Urabstimmung. Der Hauptvorstand der IGM hat diese genehmigt und auf den 21. bis 24.03. festgelegt. Mit einer Erhöhung des Angebots auf 6,36% haben die Krauter reagiert und die IGM „gebeten", die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Dies hat die IGM abgelehnt, 6,36% sei kein Ergebnis, bei dem verhandelt werden kann, außerdem habe man wegen der Organisierung der Urabstimmung keine Zeit. Am 17.03. findet eine Branchenversammlung Heizung statt.

KFZ Handwerk. Tariferhöhung ab 1. März von 6,9% beschlossen. Die Ecklohngruppe 3 und die Lohngruppe 4 werden vorweg um 10 Pf angehoben. Damit liegt der Ecklohn bei 10,29 DM. Die Hilfsarbeiterlohngruppen I und II werden nur prozentual angehoben. (Es gibt nur in größeren Buden wie Opel Dello KFZ Helfer in größerem Umfang, mehrheitlich sind die in der KFZ-Branche beschäftigten Arbeiter entweder Auszubildende oder Facharbeiter). Auch hier muß der Kampf um die Überwälzung in den Effektivlohn geführt werden, da der Landesverband des Kraftfahrzeuggewerbes in einem Rundschreiben an die Betriebe aufruft: „...*Beachten Sie, daß die Tariferhöhung nicht die efffektive Erhöhung darstellt. Damit könne sie ...die tarifliche Lohn- und Gehaltserhöhung ganz oder teilweise auf die Zulagen anrechnen.*"

Elektrohandwerk. Tarifloser Zustand. Verhandlungen abgebrochen durch die IGM, da die Innung sich weigert einen Tarifvertrag für Auszubildende zu unterschreiben. Vertreterversammlung der IGM Verw. Hamburg unterstützt den einstimmigen Beschluß der Tarifkommission. IGM bietet allen Betrieben Haustarife an, um ihre Front zu spalten. IGM Handwerksjugend bereitet Kundgebung gegen die Innung vor.

den kann, außerdem habe man wegen des Kraftfahrzeuggewerbes in einem

Schwieriger Kampf für MTV Anhang V – Metallkapitalisten mußten Verhandlungen anbieten!

b.uwz. In dieser Woche sahen sich die Kapitalisten der norddeutschen Metallindustrie gezwungen der Bezirksleitung der IG Metall Verhandlungen über den Manteltarif Anhang V für Auszubildende in der Metallindustrie Bezirk Hamburg anzubieten. Bereits im Jahre 1968 hatte die IGM den Vertrag gekündigt und 1972 ihre Forderungen überreicht. Seitdem haben diejenigen, die immer fast weinen, wenn sie von ihrer „Fürsorge" für „ihre" Auszubildenden in den Hochglanzbroschüren schreiben, versucht, die IGM einfach auflaufen zu lassen. Denn die Forderungen der IGM setzen ihnen Schranken:

DOKUMENTATION einiger Forderungen der IGM Bezirk Hamburg zum MTV Anhang V:

Einhaltung der 40 Stundenwoche, Verbot von Überstunden! Verbot aller Arbeiten in jeglichen Akkordsystemen! Übernahme nach der Ausbildung in unbefristetes Arbeitsverhältnis! Alle Auszubildenden in der Stufenausbildung müssen die Möglichkeit haben alle Stufen zu durchlaufen! Erstattung aller Fahrkosten zum Betrieb und zur Berufsschule. Bezahlung aller Ausbildungsmittel und aller Körperschutzmittel durch die Kapitalisten!

In der Hoffnung die IG Metall dadurch in die Knie zu zwingen, daß unter dem alten Schlichtungsabkommen verhandelt wird und erst 1983 für den Vertrag gestreikt werden kann, daß sich mit der Zeit die Bedingungen ändern und die IGM ihre Forderungen nicht verändern kann, haben sie jahrelang nicht verhandelt. Noch während der Tarifbewegung hieß es „*dazu bestünde keine Veranlassung*"(Dr. Müller).

Diese Veranlassung spüren die metallindustriellen Lohnsenker jetzt immer mehr in dem erfolgreichen Vorgehen der IGM Jugend und der Betriebsräte, betriebliche Kämpfe für die Forderungen zu führen. So werden in den Betrieben AEG, Blohm und Voss, Siemens, Still die Kapitalisten durch Betriebsvereinbarung gezwungen Essengeldzuschüsse auch während der Berufschulzeit zu bezahlen, ganz abgesehen von den jährlich wiederkehrenden, immer stärker werdenden Kämpfen gegen die Stufenausbildung in allen Elektrokonzernen. Bei AEG mußte Dr. Elsbrook (selber in der Verhandlungskommission für den MTV Anhang V) eine Fahrgeldregelung unterzeichnen.

Auch die Jugendfunktionärsversammlung der Hamburger IGM bekräftigte, nach dem auch für Auszubildende besonders harten 6,8% Abschluß daran festzuhalten, daß die Kapitalisten alle Ausbildungskosten zahlen müssen (für die Tarifrunde 81 wurden 60% vom Ecklohn gefordert). Die Kapitalisten spekulieren auf Folgendes: Die betriebliche Durchsetzung der Forderung verhindern mit dem Hinweis auf die zentralen Verhandlungen, die sie verschleppen. Wohlwissend daß sie bei zentralen Verhandlungen ohne die Betriebsvereinbarungen zu nichts gezwungen werden können. In verschiedenen Betrieben stehen die Forderungen für den MTV weiter auf der Tagesordnung der Jugendversammlung. Die IGM Bezirksleitung will eine Kampagne für den MTV machen. Dr. Müller wird nicht nur A (Anbieten von Verhandlungen) sondern auch B (Bezahlen) müssen.

Delegiertenversammlung Druck HH: Keine Einführung des BGJ zum jetzigen Zeitpunkt

b.hej Der Delegiertenversammlung lag ein Antrag der Grafischen Jugend vor, die für 1981 geplante Einführung des BGJ im Berufsfeld Druck abzulehnen. Eingeladen waren Vertreter der IG Metall, GEW und des DGB.

Die Grafische Jugend schrieb in ihrem Antrag: „Wenn unter den gegenwärtig in Hamburg vorgesehenen Bedingungen das BGJ flächendeckend eingeführt wird, besteht die Gefahr, daß die Ziele, die die Gewerkschaften mit der Forderung nach dem BGJ erreichen wollen, nicht erreicht werden und die Berufsausbildung sich sogar verschlechtert...es ist nicht sichergestellt, daß alle Jugendlichen, die das BGJ besuchen werden, anschließend auch einen Ausbildungsvertrag bekommen... den Unternehmern wird dadurch ermöglicht, eine verstärkte Auslese durchzuführen... Betriebsrat und Gewerkschaft sind als Interessenvertreter nicht vorgesehen...es ist nicht sichergestellt, daß genügend Räume und genügend Lehrer zur Verfügung stehen...die Auszubildenden erhalten im ersten Ausbildungsjahr keine Ausbildungsvergütung mehr...die Eltern müssen die Auszubildenden in jedem Fall länger unterstützen."

DGB und GEW-Vertreter sprachen sich für die Einführung des BGJ aus, die Forderungen der IG Metall und der Grafischen Jugend seien zwar berechtigt, aber auch nach der Einführung durchzusetzen. „Besser den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach..." war ein Zitat des Kollegen Lemke (GEW). Daß dieser „Spatz" eine „Giftige Schlange" wird, wiesen Kollegen aus der Grafischen Jugend an konkreten Beispielen nach. Die Bedenken einiger Kollegen gegen die Ablehnung des BGJ resultierten vor allem aus der Befürchtung, daß dann die Forderung der Gewerkschaften nach einer breiten und umfassenden Grundausbildung innerhalb eines gesamten Berufsfeldes ganz vom Tisch ist. Eine wesentliche Verschlechterung der Ausbildung, ohne daß die elementaren Forderungen der Gewerkschaften erfüllt sind, sahen aber alle Kollegen. Zum Antrag der Grafischen Jugend wurde deshalb ein Änderungsvorschlag gemacht, der sich am Anfang ausdrücklich für die Einführung des BGJ ausspricht, dieses aber von der vollständigen Erfüllung der Forderungen abhängig macht.

1. Die Inhalte beruflicher Grundbildung dürfen nicht an Unternehmerinteressen ausgerichtet sein, sondern sie müssen im Rahmen der Neuordnung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften einvernehmlich festgelegt werden.

2. Die breite berufliche Grundbildung muß gesichert werden. Schwerpunkte im ersten Jahr der Berufsbildung sind abzulehnen.

3. Die volle Anrechnung des BGJ muß uneingeschränkt für alle Berufe erhalten bleiben, die Ausbildungszeit darf nicht ohne erkennbare Verbesserung der Abschlußqualifikation verlängert werden.

4. Die Fortsetzung der Ausbildung in der Fachbildung muß durch Einstellungszusagen der Betriebe – vor Eintritt in das BGJ – gesichert werden.

5. Das Familieneinkommen darf nicht durch den Wegfall der Ausbildungsvergütung reduziert werden. Deshalb muß der Besuch des BGJ in die Ausbildungsförderung einbezogen werden.

6. Die Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften müssen auch im Lernort Schule gesichert werden.

Bis auf eine Gegenstimme wurde der Antrag von allen Delegierten angenommen.

13 Stunden Vorbereitungszeit in der

13 Stunden Vorbereitungszeit in der 40-Stunden-Woche für Erzieher in Kindergärten

b.kio. Kiel hat 57 Kindergärten und -tagesstätten, bei 25 ist die Stadt Kiel Träger. Sie beschäftigt in ihren Einrichtungen 84 Erzieher, 23 Erzieher mit Teilzeitverträgen von 22 Stunden und 26 Sozialpädagogen. Bisher werden ihnen von der Stadt 2 Stunden für Mitarbeiterbesprechungen und Elternabende zugestanden, die restlichen 38 Stunden arbeiten sie im Gruppendienst. Eine Umfrage der ÖTV ergab, daß 2 Stunden Vorbereitungszeit ständig zu Überstunden zwingt. Aufgaben wie Kinderfeste, Ausflüge, Beschaffung von Spiel- und Bastelmaterial, inhaltliche Vorbereitung der Gruppenarbeit und eigene Weiterbildung fallen als unbezahlte Mehrarbeit in die Freizeit. Nach Auswertung des Fragebogens stellten die Erzieher und Sozialpädagogen mit GEW und ÖTV die Forderung nach ⅓ der tariflichen Arbeitszeit als Vorbereitungszeit auf, was 13 Wochenstunden entspricht. Dies bedeutet, daß die Stadt Kiel 33 neue Planstellen (26 für Erzieher, 7 für Sozialpädagogen) einrichten müßte. Zur Durchsetzung der Forderung führten GEW und ÖTV bereits 2 Veranstaltungen durch.

Gegen die Forderung trat der jugendpolitische Sprecher der SPD, Raupach, mit der Begründung der hohen finanziellen Belastung der Stadt Kiel an. Dies würde der Forderung der Eltern nach Nulltarif in den Kitas entgegenstehen. Sein Vorschlag: 6 Stunden Vorbereitungszeit und Anrechnung der Berufspraktikanten auf die fehlenden Planstellen. Gegen die Spaltungsversuche sind von Seiten der Erzieher und dem Stadtelternbeirat Bestrebungen im Gange, die Forderungen zu vereinheitlichen und gemeinsam durchzusetzen. Die Eltern erheben u.a. die Forderungen nach Nulltarif, Herabsetzung der Gruppenstärke von 20 auf 15 Kinder, keine Reduzierung der Hortplätze. Der Stadtelternbeirat plant für April mit der ÖTV und Erziehern eine Veranstaltung, die der Vereinheitlichung dienen soll. Gegen die Spaltungsversuche der Stadt mit dem Argument der Finanznot kann man nur die Forderung nach Finanzhoheit der Kommunen erheben. D.h. ausschließlicher Steuereinzug und uneingeschränkte Kontrolle der Kommunen über ihren Haushalt. Jährlich Bewilligung der Steuern an Bund/Länder auf dem Gesetzgebungsweg. Recht auf Steuerverweigerung. Bestreitung der öffentlichen Ausgaben ausschließlich durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Sofort 25 % des Durchschnittslohnes als Grundfreibetrag steuerfrei.

BGJ-Bautechnik: Grundlagen zur Vernutzung der Arbeitskraft ohne qualifizierte Ausbildung

b.kaq. Laut Erlaß des Kultusministers soll ab dem kommenden Schuljahr in Schleswig-Holstein das Berufsgrundbildungsjahr im Bereich Bautechnik flächendeckend eingeführt werden. Auf Grundlage der Beschlüsse der Kultusministerkonferenz vom 19. Mai 1978 hat die Landesregierung bereits einen Lehrplanentwurf für das BGJ-Bautechnik veröffentlicht.

Die Ausbildung ist geteilt in 320 Stunden fachtheoretischen Unterricht: Fachkunde, Physik, Chemie, fachbezogene Mathematik und Fachzeichnen, sowie 800 Stunden fachpraktischen Unterricht, bestehend aus Steinbau und Ausbau, Beton- und Holzbau sowie Tief- und Straßenbau. Der Lehrplan für das BGJ ist fast identisch mit dem Stoff, der bisher in der 2-jährigen ersten Stufe des im Baugewerbe bereits eingeführten Stufenausbildung vermittelt wird. So werden als Lernziele im fachtheoretischen Unterricht, Fachkundeunterricht, der untergliedert ist nach allgemeiner Bautechnik, Tief- und Straßenbau, Stein- und Plattenbau, Beton und Mörtel, Holzbau, Metallbau sowie Kunststoffe und bituminöse Stoffe als Lernziel angegeben: Einblick in das Herstellen einfacher Entwässerungsleitungen, Überblick über die Arten künstlicher Bausteine und Platten, Kenntnisse über Mörtel und Betonherstellung, Kenntnisse zu Betonarten, Betonstähle sowie Einblick in das Zusammenwirken,Kenntnisse über Holzarten, Überblick über Verbindungsmittel, Kenntnisse über die im Bau verwendeten Metalle. Diese Lernziele stellen nur eine Auswahl zu den jeweiligen Kernpunkten dar.

Für den fachpraktischen Bereich der Ausbildung sind die Lerngebiete Steinbau und Ausbau, Beton und Holzbau sowie Tief- und Straßenbau vorgesehen. Hier soll in den Kernpunkten folgendes vermittelt werden: Fertigkeit der grundlegenden Arbeitstechniken des Mauerns, das Verlegen von Fliesen, das Verlegen von Asbestplatten und Dachziegeln, die fachgerechte Herstellung von Wandputz, Herstellung von Holzverbindungen, Herstellung eines Dachprofils und Fachwerkteilen, Herstellung von verschiedenen Betonschalungen, Betonherstellung, Zuschneiden, Biegen und Verlegen von Betonstählen, Herstellung von Drainage- und Entwässerungsleitungen sowie Verarbeitung von Kunststoffen und bituminösen Stoffen.

Die angegebenen Lernziele reichen aus, daß nach dem BGJ-Jahr der Auszubildende als angelernte „Fachkraft" beim Mauern, im Betonbau, im Holzbau sowie im Tiefbau eingesetzt werden kann. Er wird dann sicherlich als Fachwerker, drei Lohnstufen unter dem Spezialfacharbeiter eingestuft werden, von Qualifizierung kann im BGJ nicht die Rede sein, sondern von Vermittlung von Allgemeinkenntnissen, die zwar nützlich sind, aber hier abgebrochen den Kapitalisten ermöglicht, die Arbeitskraft in breiten Arbeitsbereichen billig zu vernutzen. Die Gewerkschaften fordern die Garantie einer dreijährigen qualifizierten Ausbildung, die mit einem Facharbeiterbrief abschließt, bei Anerkennung des BGJ als erstes Lehrjahr, im Anschluß an das BGJ.

b.ros. Wo immer sich die bürgerlichen Politiker zum BGJ äußern, halten sie mit ihren wahren Absichten nach Zur-Verfügung-Stellung von mobilen und vielseitig einsetzbaren jugendlichen Hilfsarbeitern hinter'm Berg. Während der DGB detaillierte Forderungen im Interesse einer Facharbeiterausbildung erhebt, begnügen sie sich mit platten Absichtserklärungen. Nur bzgl. des 2. Berufsschultages konnte bis in die Reihen der bürgerlichen Politiker ein Durchbruch erreicht werden.

Bundesjugendkonferenz des DGB: „Die Teilnahme im BGJ ist grundsätzlich in voller Höhe auf die Ausbildungszeit anzurechnen. Da das BGJ das erste Jahr der Berufsausbildung darstellt, darf kein besonderer Abschluß der Teilnehmer erteilt werden. – Vor Besuch des BGJ muß gesetzlich oder vertraglich die Weiterausbildung mit qualifiziertem Abschluß der Teilnehmer gesichert sein."

CDU: „Die aufnehmende Wirtschaft kann durch ihre Mitarbeit – sich zum Beispiel rechtzeitig Nachwuchs zu sichern – über den Ausbau mitentscheiden. Soweit die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in kooperativer Form vorgesehen ist, kann sich die Wirtschaft sogar beträchtlich am Ausbau beteiligen". (Plenarprotokoll des Schl.-Holst. Landtages 9/4, S. 125)

„Die Frage nach einem zweiten Berufsschultag erwiderte Bendixen mit der Notwendigkeit einer praxisbezogenen Ausbildung und dem damit verbundenen Lehrzeitverlust in den Betrieben." (KN, 6.3.80)

FDP: „Das Berufsgrundbildungsjahr, für dessen zügigen Ausbau wir uns nach wie vor einsetzen, sehen wir zur Zeit als eine mögliche Form des 10. Schuljahres an, wollen es aber mittel- oder längerfristig zum 11. Schuljahr entwickeln." (Pressemitteilung der FDP)

SPD: „Wir sind für das schulische Berufsgrundbildungsjahr ... Wenn Sie hier erklären, es solle zu 80% in der Schule und zu 20% in überbetrieblichen Ausbildungsstätten stattfinden, wären wir damit nicht einverstanden..."(Plenarprotokoll 9/4, S. 131)

„Die Einwände von Kultusminister Bendixen gegen den 2. Unterrichtstag pro Woche in den Berufsschulen sind völlig unhaltbar. Berufspädagogen und verantwortliche Bildungspolitiker sind sich seit langem darin einig, daß ein 2. Berufsschultag die Qualität der Ausbildung nur verbessern kann." (Pressemitteilung der SPD).



Mai-Demonstration 1979 in Bremen.



Schülerdemonstration in Kiel.



Aktionstag der Schüler in Bielefeld gegen SV-Erlaß (Januar).



Schülerdemonstration in Gütersloh gegen die Allgemeine Schulordnung.
Schülerdemonstration in Gütersloh gegen die Allgemeine Schulordnung.



Schülerprotest gegen NRW-Kultusminister Girgensohn.



Basisgruppe des Schulzentrums Holter Feld in Bremen.

Unter Führung der Gewerkschaft kann die Jugend den Kampf um ihre Rechte entscheiden

r.kav. In Schleswig-Holstein entwickelt sich der Kampf der Jugend gegen die Verschlechterung der beruflichen und schulischen Ausbildung. Die Gewerkschaften unterstützen im wesentlichen die Forderungen nach: ,,Zweimal 6 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen; Ausreichende Schulräume und Einstellung von Lehrern; BGJ nur in Verbindung mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung!" Darüber hinaus haben die SVen die Forderung nach dem Kontroll- und Inspektionsrecht der Gewerkschaften an den Berufsschulen aufgestellt. Geklärt werden muß die Taktik gegenüber der Stufenausbildung. Für die Lage an den Gymnasien und zu der Ende Januar verabschiedeten Studienstufenreform des Kultusministeriums erheben die Schüler die Forderungen nach: ,,Nicht mehr als 28 Unterrichtsstunden in der Woche; Weg mit der Studienstufenverordnung; Weg mit dem Zensurensystem; 700 DM BAFöG für jeden Schüler!"

An den Gewerblichen Berufsschulen Flensburg, Kiel und Lübeck sowie am Fachgymnasium Kiel wurden im Dezember Fragebogenaktionen zur Situation der Schüler und Auszubildenden durchgeführt.

Am *1. Dezember* demonstrierten 700 Schüler in Flensburg gegen den Studienstufenentwurf. Unterstützt wurde diese Demonstration vom DGB-KJA und einer GEW-Lehrergruppe.

Am *8. Dezember* demonstrierten 500 Lübecker Schüler gegen den Studienstufenentwurf.

Am *15. Dezember* führten die beiden LSVen eine landesweite Demonstration gegen den Studienstufenentwurf in Kiel durch. Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht und politischem Mandat werden mitgetragen.

Am *24. Januar* findet in Flensburg ein Treffen zwischen Mitgliedern des KJA und Schülervertretungen statt. Es wird über Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert. Bei gleichem Treffen in Kiel und Husum werden weitere Fragebogenaktionen zur Situation an den Berufsschulen vorbereitet.

Am *11. Februar* boykottieren 800 Schüler am Schwarzenbeker und Geesthachter Gymnasium für einen Tag den Unterricht und führen unter der Forderung ,,Weg mit dem Studienstufenerlaß" Aktionen durch.

Für den *22. März* rufen die beiden LSVen zu einer landesweiten Demonstration auf. Die Hauptforderungen lauten: ,,Weg mit dem Studienstufenerlaß; 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen; Weg mit dem Schulgesetz!" Unterstützt wird die Demonstration vom Landesbezirksjugendausschuß des DGB und dem AStA der Kieler Universität.

Bei seiner jüngsten Rundreise durch Schleswig-Holstein wurde der Kultusminister Bendixen in Husum von einer Demonstration von 250 Jugendlichen empfangen. Aufgerufen hatte dazu die Kreis-MV Nordfriesland.

Schüler und Eltern fordern Einspruchs- und Eingriffsrechte in das Bildungswesen

r.mis. Die Kämpfe der Schüler und Eltern gegen die Schulpolitik des Bremer Senats haben sich immer mehr entwickelt. Ausgehend davon stellen Schüler und Eltern die Forderung nach Einspruchs- und Eingriffsrechten in das Bildungswesen bzw. setzen diese Forderung durch oder nehmen ihre Rechte vollständig wahr. So fordert der Gesamtelternbeirat: Keine Disziplinierungen gegen Schüler, die sich am Streik beteiligt haben. Und daß weitere Maßnahmen wie die Sequentialität nur mit Zustimmung der Eltern eingeführt werden dürfen.

Das Recht der Eltern mitzuentscheiden, wie ihre Kinder nach Durchlauf der Orientierungsstufe (OS) eingestuft werden, wird genutzt. Von 236 Schülern wurden nach dem Willen der Eltern des Schulverbundes Lesum 60 Höherstufungen in den Differenzierungsfächern Deutsch, Englisch und Mathematik vorgenommen. Desgleichen haben die Eltern und Schüler derselben Schule durchgesetzt, daß zwei Arbeiten nicht geschrieben bzw. nicht gewertet werden, weil der Notenschnitt zu schlecht und der Stoff nicht genügend behandelt war. Der Ausschuß Gymnasien des Elternrates kritisiert die Lerninhalte der OS. Die OS wäre mit Stoff überfrachtet, wobei gleichzeitig Grundlagen in Grammatik, Rechtschreibung, Englisch und Mathematik fehlten. An der Schroeterschule in Lilienthal wehren sich Eltern und Schüler gegen die wahllose Zusammenwürfelung in der OS. Es wird die Zusammensetzung der Klassen nach den Wünschen der Eltern und Schüler gefordert. Gegen die Auffassung, daß die Schüler kein Streikrecht haben dürften, setzten sie dies in vier Streiks gegen die Oberstufenreform durch.

An den Schulen gibt es eine Bewegung für größere Eingriffsmöglichkeiten der Schüler. So beschlossen 150 Schüler vom Holter Feld, einen Schüler, der zur Behörde zwecks Disziplinierung geladen ist, zu begleiten. Zwei Schülervertretungen beschlossen, daß Fehlzeitkonferenzen öffentlich durchgeführt werden sollen. Am SZ Alwin-Lonke-Straße wurde versucht, dies mit mehreren Schülern durchzusetzen, was vorerst noch mißlang. Mit dem Schulverwaltungsgesetz (SVG) versucht der Senat, die Forderung nach beschlußfähigen Vollversammlungen aus den Satzungen zu streichen. Der Streit ist alt, die Schüler haben beschlußfähige VV's schon jahrelang durchgesetzt. Gegen das SVG wird u.a. von der Gesamtschülervertretung die Forderung nach Satzungsautonomie erhoben.

Nachdem an der Pestalozzistraße der 2. Bauabschnitt sich immer weiter verzögerte, schickte die Elternvertretung einen Brief an den Senator sowie an Weser-Kurier und SPD, CDU und FDP. Sie bekam daraufhin einen Brief der Schulaufsicht, daß ihr Verhalten, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, exakt dem SVG widerspreche. Mitarbeit in Gremien und Zusammenarbeit mit der Behörde sind die Vorstellungen des Senats. Die Interessen und Forderungen der Schüler und Eltern sind auf die umfassende Kontrolle des Bildungswesens gerichtet.

Gewerkschaftliche und politische Freiheiten,

Gewerkschaftliche und politische Freiheiten, uneingeschränkte Pressefreiheit

r.bem. ,,Die Schule ist ... kein Ort zur Agitation für gesellschaftliche Veränderungen". (KMK1973) Damit man nichts verändern soll, sind die politischen Rechte vom Bildungsauftrag bestimmt. Gestaltet wird das durch den Direktor einer Schule, der alles verbieten kann. Die Vertetungsrechte werden praktisch wahrgenommen, wo dann die Schulgewalt offen zu Tage tritt. Der Direktor der ,,Großen Schule" in Wolfenbüttel hat eine Wandzeitung vom SV-Brett abgenommen. Sie enthielt Forderungen gegen das NSG. Er sagte: ,,An das SV-Brett gehören nur schulinterne Sachen". In Delmenhorst am Gymnasium Wilmsstraße sollte die SV-Sitzung 10 Tage vorher beim Direktor angemeldet werden. Außerdem will er die Tagesordnung vorher und das Protokoll nachher zugestellt bekommen. Früher sei das immer so gewesen. Er habe gar keinen Durchblick mehr, eigentliche dürften minderjährige Schüler gar nicht ohne Aufsicht auf einer SV-Sitzung sein. Wenn die Schuljugend sich in Kämpfen ihrer Mittel bedient, z.B. Schülerzeitung, wird verboten oder sich beleidigt gefühlt. Der Verantwortliche für die Schülerzeitung an der ,,Großen Schule" erhielt von der Bezirksregierung Braunschweig einen Brief. Auch wenn die Schülerzeitung vor der Schule verteilt würde, müßte er mit strafrechtlichen Verfolgungen rechnen. Die Zeitung wurde verteilt, nachdem der Schulleiter Stelle ein Gedicht über den NDR Herrn Albrecht gegenüber als beleidigend empfand.

In einem andern Fall wurde in Hannover der Schülerzeitung ,,Spektrum" die Veröffentlicheung einer Carstens-Karikatur verboten. Gegenüber der Redaktion hatte Jörgens, Schulleiter der Tellkampfschule, bei Vorlage der Manuskripte den ,,routinierten Hosen-

träger" sowie ein Gedicht über Park-

träger" sowie ein Gedicht über Parkverbote untersagt. Letzters würde zur Gewalt aufrufen.

Am Freitag, den 5.10.79 demonstrierten 1700 Schüler der Berufsschulen in Springe gegen Schulleiter Poziaomka. dieser hatte zuvor die Schülerratssitung am 21. Sept. 1979 verboten. Zu dieser Sitzung waren 70 Klassensprecher erschienen. Ohne Angabe von Gründen forderte er sie zum Verlassen des Raumes auf. Später begründete er das mit Nichtbenachrichtigung von Schülervertretern. In Braunschweig an der NO-Schule schrie Direktor Strebe auf einer Vollversammlung am 12.3.80.: ,,Streik ist verboten. die Vollversammlung ist aufgelöst". Die Schüler hatten diskutiert, ob sie gegen die Neuauflage des NSG streiken sollten. Sie haben die Vollversammlung vor der Schule zu Ende gebracht und auch gestreikt.

Die Schülervertretungen bekämpfen in ihren Programmen die Rechtlosigkeit.

Zeittafel: Ein halbes Jahr Schülerkämpfe

28.8.79 Bielefeld. Streik am Westfalenkolleg gegen einen Lehrer, der die Schüler unterdrückt.

13.9.79 Hannover. Zweitägiger Warnstreik an der IGS Roderbruch gegen einen KM-Erlaß, der Schülern des 2. Bildungsweges das BAFöG streichen will.

16.9.79 Hamburg. Schülerrat der Berufsschule (G 5) führt Fragebogenaktion durch, um Mißstände in Schulen und Betrieben zu erheben.

21.9.79 Bremen. Warnstreik am Schulzentrum Holter Feld gegen das Verbot einer Veranstaltung durch den Rektor.

21.9.79 Bremen. 50 Klassensprecher fordern u.a. Satzungshoheit der Schülervertretung, politisches Mandat, jederzeitiges Vollversammlungsrecht. Für den 5.10. wird von der Gesamtschülervertretung Bremen eine Demonstration beschlossen, u.a. mit den weiteren Forderungen wie: Uneingeschränktes Vollversammlungs- und Streikrecht, Weg mit dem Notensystem, Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen, Satzungshoheit der Schülervertretung.

27.9.79 Hannover. Schüler mehrerer hannoverscher Schulen geben Flugblatt heraus, worin gegen die geplante Abschaffung des 2. Bildungsweges durch Kultusminister Remmers Stellung genommen wird.

Okt. 79 Braunschweig. Aktionswoche des Stadtschülerrates gegen die Schulgesetznovelle.

1.10.79 Bremen. Schüler der 11. – 13. Klasse des Gerhard-Rohlfs-Schulzentrums fordern Aufenthaltsraum mit Kochmöglichkeiten.

5.10.79 Hannover. 1700 Schüler der Berufs- und Berufsfachschulen in Springe demonstrieren gegen Verbot und Unterdrückung von Schülerratssitzungen.

25.10.79 Bremen. Am Schulzentrum Holter Feld bildet sich eine Schülerinitiative, die eine Kantine fordert und die hohen Automatenpreise bekämpft *Braunschweig.* In der Gewerblichen Berufsschule setzen die Schülersprecher eine Senkung der Milchpreise durch.

25.10.79 Peine. 300 – 400 Schüler beteiligen sich an einer Aktionswoche gegen die Schulgesetznovelle und führen eine Fahrraddemonstration durch.

12.11.79. Aktionen des Landesschülerrats Niedersachsen gegen die Schulgesetznovelle.

21.11.79 Witten. Vollversammlung der gewerblichen Brufsschüler fordert Abschaffung des Blockunterrichts, stattdessen 2 mal 6 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen.

15.11.79 Westberlin. 1000 Schüler demonstrieren gegen die geplante Nichtanerkennung der an Westberliner Gesamtschulen gemachten Abschlüsse in den CDU-regierten Ländern.

8.11.79 Münster. Mehr als 200 Büro- und Rechtsanwalts- und Notargehilfinnen-Lehrlinge der Hansaschule erheben Forderungen gegen Prüfungsbedingungen und Durchfallquoten.

Okt./Nov. 79. Zahllose Solidaritätsadressen von Schülern und ihren Vertretungen mit dem Kampf der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung.

19.11.79 Mölln. Klassensprechervollversammlung im Kreisberufsschulzentrum fordert die 5-Tage-Woche.

26./27.11.79 Westberlin. 400 Schüler führen Streik und Demonstration gegen drei Lehrer durch, die die Schüler durch Zensurenterror und verschärfte Anwesenheitskontrollen unterdrücken.

Dez. 79. Zahlreiche Proteste von Schülern und Eltern gegen geplante Schulschließungen und Schulzusammenlegungen.

28.11.79 Münster. Schüler-Bezirksdelegiertenkonferenz fordert, daß nach 5 Zeitstunden Berufsschule arbeitsfrei ist. Unterschriftensammlung und Flugblattverteilung für diese Forderung.

12.12.79 Bremen. Schülerbeirat des Schulzentrums Holter Feld protestiert gegen Disziplinierungen von Schülern und fordert u.a.: Freie politische Betätigung in der Schule, Die Anschlagtafel darf nicht zensiert werden.

28.12.79 Bremen. Am Schulzentrum Lerchenstraße wird Schulstreik gegen Unterrichtsausfall vorbereitet. Ultimatum an Bildungssenator.

Jan. 80 Verden. Schülerzeitung ,,Maulwurf" erscheint trotz versuchten Verbots und Zensur.

16.1.80 Bremen. Schülerbeirat im Schulzentrum Holter Feld organisiert Automatenboykott gegen Preissteigerungen.

17.1.80 Bremen. Gesamtschülervertreter-Parlament fordert Rücknahme des Erlasses zur Neuregelung der gymnasialen Oberstufe (,,Sequentialität" = Zwangsvorschriften über die Kursfolgeordnung).

18.1.80 Krummhörn. Eltern und Schüler bereiten 2 Tage Warnstreik für Erhalt und Ausbau der Sonderschule vor.

24.1.80 Bielefeld. Aktionstag, Demonstration und Kundgebung von 1500 Schülern gegen Schülervertretungserlaß des NRW-Kultusministers. GEW, KJA und AStA unterstützen die Schüler.

30.1.80 Hannover. 1300 Schüler, Eltern, Lehrer und Studenten führen eine Demonstration gegen die Schulpolitik der Landesregierung durch. Parolen und Transparente richten sich gegen die geplante Schulgesetznovelle, gegen hohen Unterrichtsausfall, für Einstellung aller Lehrer.

5.2.80 Bremen. Demonstration zum Bildungssenator mit Forderungen gegen die ,,Sequentialität" in der gymnasialen Oberstufe.

5.2.80 Hamburg. 3000 Jugendliche beteiligen sich an einer DGB-Demonstration. Die IGM-Jugend fordert u.a.: Keine Auslese durch das BGJ – Mindestens 3jährige Ausbildung – Anerkennung des BGJ als 1. Lehrjahr – Anerkennung der Berufsschulen als Ganztagsschulen – Kostenloses warmes Mittagessen – Weg mit der Stufenausbildung – Ausbilder statt Antreiber.

11.2.80 Mölln. 800 Schüler boykottieren den Unterricht, um gegen den vom Kieler Kultusministerium beschlossenen Studienstufenerlaß zu demonstrieren.

13.2.80 Bremen. 300 – 400 Schüler fordern auf einer Veranstaltung vom Bildungssenator die Rücknahme des Erlasses zur ,,Sequentialität". Durchführung einer Demonstration.

23./24.2.80 Peine. 2. Niedersächsischer Schülerkongreß. Forderungen gegen die niedersächsische Schulgesetznovelle.

26.2.80 Bremen. Streik von 8 – 10000 Schülern der Sekundarstufen I und II gegen die Neuregelung der gymnasialen Oberstufe. U.a. werden auch Forderungen nach Streikrecht für Schüler und Lehrlinge vertreten. Tags zuvor noch hatte der Bremer Senat in einem Drohbrief an die Schüler erklärt, ,,daß das Recht, den Unterricht zu ,bestreiken', nicht besteht".

1.3.80 Husum. 250 Schüler demonstrieren gegen die schleswig-holsteinische Oberstufenreform. Landesweiter Streik und Demonstration wird vorbereitet.

Quelle: KVZ-Spezialnachrichtendienste 08 Ausbildung, Schulen, Schüler.

Bundesforschungsinstitut für Kleintierzucht in Celle. Forschung für Agrarkapitalisten

r.hes. Mit 6,594 Mrd. D nimmt das Ministerium Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den fünftgrößten Posten im Bundeshaushalt 1980 ein. Die staatlich finanzierte Forschung und Entwicklung von landwirtschaftlicher Produktivität und Technologie umfaßt davon etwa 5%, also knapp 300 Mio. DM. Die Bundesanstalt für Kleintierzucht, Braunschweig-Völkenrode in Celle, mit 93 Wissenschaftlern, landwirtschaftstechnischen Assistenten, Laboranten, Tierwirten und Arbeitern, ist eine aus diesen Mitteln finanzierte Einrichtung. Die wissenschaftliche Betreibung der Tierzucht, namentlich der „speziellen Tierzuchtpflege", reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück.

Im Königreich Hannover erfolgte 1771 die Gründung des ersten Hochschulinstituts mit einer landwirtschaftlichen Disziplin, des Tierärztlichen Instituts in Göttingen. In der Industrialisierung der Landwirtschaft fand die moderne landwirtschaftliche Wissenschaft ihren Ursprung und wirkte auf sie zurück. So gründete der Chemiker Achard kurz nach der Entdeckung des Rübenzuckers unter Finanzierung des Königs von Preußen 1802 die erste Rübenzuckerfabrik. Der Institutsteil Celle wurde 1938 als Forschungsanstalt für Seidenbau errichtet, 1949 als Institutsteil einer Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft angegliedert und seit 1966 neben 14 anderen Instituten direkt dem Bund unterstellt. Die Anstalt berät die Bundesregierung und untersteht dem Ministerium Ertl.

Mit der Verdrängung der bäuerlichen Geflügelproduktion sind die heutigen Agrarkapitalisten auf vielfältige Produktionsprobleme gestoßen. Nicht zufällig fällt die Zentralisation der verschiedenen Versuchsstätten 1966 mit der Revolutionierung der Geflügelproduktion zusammen. Für die Agrarkapitalisten wird zentralisiert geforscht. Ein Arbeitsgebiet des Instituts ist die Fütterung: Daß die Hähnchen vor einigen Jahren nach Fisch schmeckten, lag nicht zuletzt an den steigenden Getreidepreisen. Die Agrarkapitalisten waren auf Fischmehl umgestiegen. Das ging nicht lange gut. Nun werden im Institut schon lange Futtermittel erprobt, die aus Raps, Kleie, Luzernschrot und Bohnenkraut bestehen. Auch andere Mischungen, die nicht zum großen Teil aus Mais und Weizenmehl stammen, werden auf ihre Wirkung getestet. In geringen Mengen werden Blei, Quecksilber, Thalium und andere Giftstoffe gefüttert, um zu erforschen, wieweit die Stoffe auf die Produkte übergehen. Da die Futterkosten ⅔ der Kosten in der Geflügelwirtschaft stellen, kommt diesem Gebiet erhebliche Bedeutung zu. Ein zweites Arbeitsgebiet ist Haltung und Verhalten: Das Zusammenbringen von mehr als 1 Millionen Hühnern auf einer Farm hat den Produktionspreis durch Kostenersparnis derart gedrückt, daß die Investitionen großer Kapitalsummen in Farmen den baldigen Ruin vieler Geflügelbauern und Kapitalisten nach sich zogen. Gerade die Hühnerhaltung ist geändert worden. Es gibt drei Arten von Haltung: Die Auslaufhaltung, die Bodenhaltung (die Hühner sind bereits überdacht, können aber noch herumlaufen) und die Käfighaltung. Die letztere hat die arbeitsintensiven anderen abgelöst. Für ein Huhn wird z.B. 10 cm Käfiglänge berechnet, so bekommt man die Hühner eng zusammen und kann den Eiertransport, das Misten usw. zentralisieren. Doch die Hühner sind durch die Enge aggressiv geworden, ziehen sich gegenseitig die Federn aus und sind angriffslustig. Durch ständiges Beobachten wird im Institut erprobt, ob Änderungen in der Konstruktion, in den Trögen und Tränken anderes Verhalten bewirken und die Käfighaltung beibehalten werden kann. Die genauen Daten sind nicht veröffentlicht.

In der Untersuchung von Hygiene und Krankheiten besteht das dritte Arbeitsgebiet. Die großen Käfigställe haben ein Mehr an Krankheiten und größere Infektionsgefahr mit sich gebracht. Cocidien, Mareksche Lähmung, Gicht, Eierfressen und Lungenwürmer sind häufig. Die Hühner hören schon bei geringer Mangelerscheinung und Krankheit auf zu legen und fangen erst Wochen nach Gesundung wieder an. Im Institut werden diese Kranheiten untersucht und neue Medikamente und Impfstoffe erprobt, die diesen Krankheiten vorbeugen und sie beheben sollen.

Das letzte der vier wissenschaftlichen Arbeitsgebiete ist die Züchtung und Reproduktion. Die Forschungsversuche zielen auf schnelleren Wuchs und höhere Erträge der Legeperioden. So werden neue Hühnerrassen gezüchtet, die in etwa 20 Wochen legereif sind und im Jahr 290 bis 300 Eier legen statt früher ca. 170 Eier. Mastbroiler (Masthähnchen) werden selektiert, die schon nach sechs Wochen schlachtfertig sind.

Alles in allem sind doch schon ziemliche Ergebnisse erzielt worden, die im wesentlichen von den großen Agrarkapitalisten wie Lohmann in Lehrte und Wiesenhof sofort übernommen werden können, da sie reichlich erprobt sind. Die kleineren Farmen hingegen werden gerade auf Grund dieser Ergebnisse niederkonkurriert, bevor sie überhaupt die finanzielle Möglichkeit haben, den Produktionsfortschritt für sich selbst zu nutzen.

10000 belgische Bauern demonstrieren gegen das Erzeugerpreissenkungsprogramm der EG



z.elb.Brüssel. 10000 wallonische Bauern demonstrierten am 11.3., vorneweg mit ca. 1000 Traktoren, in Ciney gegen die von der EG-Kommission vorgesehene 2,4%-„Erhöhung" der Richtpreise. Sämtliche Läden in Ciney blieben aus Solidarität mit dem Kampf der Bauern geschlossen. Am gleichen Tag zogen einige hundert Bauern aus Flandern in Brüssel zur EG und zum Sitz der belgischen Regierung. Sie alle fordern eine Anhebung der Erzeugerpreise um 7,9%. Die belgischen Bourgeois versichern den Bauern ihre „Unterstützung" gegen die britische Regierung, die wesentlich die EG-Preisvorstellungen zu verantworten habe: Um 5–5,5% sollten die Richtpreise „erhöht" werden. Ob Chauvinismus und 5,5% etwa die 4,3 Mrd. DM Wechselverbindlichkeiten der belgischen Bauern vermindern helfen?

60 Rinder und Schafe am Bleisand der Preussag AG eingegangen

z.maw. 60 Rinder und Schafe sind seit 1978 in der Umgebung von Euskirchen und Erftstadt im Rheinischen Braunkohlegebiet zwischen Aachen und Bonn an Bleivergiftungen eingegangen oder mußten notgeschlachtet werden. 1978 waren es 26, 1979 dann 25 Fälle, in diesem Jahr sind bis Anfang März schon 9 Fälle aufgetreten. Der Stadtdirektor von Erftstadt in der Hauptausschußsitzung vom 10.3.80: „Es handelt sich um ein naturbedingtes Problem, ein permanentes Problem, was nicht aus der Welt zu schaffen ist." Bis 1957 hatte die „Gewerkschaft Mechernicher Werke", eine Tochtergesellschaft der Preussag AG, deren Hauptaktionär die Westdeutsche Landesbank ist, in Mechernich Bleierzbergbau betrieben. Hinterlassen haben sie Bleisandhalden. Der Rotbach und der Bleibach tragen das Blei bis in die Erft. Die Preussag AG Goßlar hat noch heute die Schürfrechte. Bis zu 6,3 Milligramm Blei pro Kilogramm Fleisch ist bei den Rindern festgestellt worden. Die 1957 gegründete Bleischadenshilfskasse hat 1978 18454 DM und 20778 DM im letzten Jahr gezahlt. Sie ersetzt den Bauern aber nur bis zu 80% des Werts ihres Viehs. Der Stadtdirektor von Erftstadt auf die Frage, ob Menschen gefährdet sind: „Menschen werden nicht gefährdet, wenn sie sich adäquat benehmen, also nicht mit Kaffeelöffeln die rote Erde essen."

Italien: Tabakbauern kämpfen für höhere Aufkaufpreise

z.ulg.Rom. Die Tabakbauern aus der Gegend um Caserta (nördlich Neapel) haben eine Erhöhung der Aufkaufpreise für die Sorte „Burley" um 5,5% erkämpft. Zuvor hatten die Bauern zahlreiche örtliche Kundgebungen und schließlich eine Treckerdemonstration in die Provinzhauptstadt durchgeführt. Fast alle der 33 Aufkäufer der Region, die über Lager und Maschinerie für die ersten Bearbeitungsstufen verfügen, sind direkt mit den großen Tabakkonzernen verbunden. Im letzten Jahr hatten die Bauernverbände erstmals einen Vertrag über Mindestpreise und Aufkaufbedingungen abschließen können. Für den „Burley" war darin ein Mindestpreis 10% über dem EG-Interventionspreis festgesetzt. Kaum war die letzte, reichliche Ernte eingebracht, versuchten die Aufkäufer, bei 20prozentiger Inflation den Preis einzufrieren. Mit ihren Kampfmaßnahmen haben die Bauern jetzt die weitere Senkung der Aufkaufpreise in Richtung der niedrigen Interventionspreise zwar nicht verhindern, aber doch immerhin bremsen können. Die niedrigen Preise zwingen die Kleinbauern, sich immer tiefer bei den Banken zu verschulden. Aus einem anderen Anbaugebiet in Apulien wird gemeldet, daß ein Sechstel der Erlöse aus dem Verkauf der letzten Ernte als Zinsen an die Banken gegangen sind. Die Bauern fordern verbilligten Agrarkredit.

13000 österreichische Bauern will der Sozialminister legen

z.anb.Wien. Die Ausrichtung der österreichischen Landwirtschaft auf EG-Konkurrenzstandard hat mittlerweile zur Folge, daß sich Landwirtschaftsminister Haiden nicht mehr bei Bauern blicken lassen kann. Die bürgerlichen Parteien haben alle Hände voll zu tun, die anschwellende Protestwelle auf die Mühlen von Parlamentsquerelen, Gerichten, „Beschwerdekommissionen" abzulenken. Um Haiden aus dem Schußfeld zu nehmen, hatte im Mai vorigen Jahres der *Finanz*minister die Erhöhung der Einheitswerte für bäuerliches Vermögen um 30% verordnet (siehe KVZ 29/79, S.9). Weil damit auch automatisch das fiktive spätere Ausgedinge höher veranschlagt wird, dieses aber bei der Berechnung des „Einkommens" des Bauernrentners hinzugezogen wird, droht nun 13000 von 77000 Bauern, die weniger als die Mindestrente aus der Pensionsversicherung beziehen, die Kürzung der staatlichen *Ausgleichszulage* um bis zu 10%. 100 Mio. S werden im Durchschnitt pro Monat an solchen Almosen gezahlt, pro Rentner rund 1300 S (182 DM). 55,5% der 173000 Bauernrentner liegen unter der Mindestrente von rund 520 DM. Nach Haiden und Androsch soll jetzt Sozialminister Weißenberg die Hofabgabe zwangsvollstrecken. Sein Angebot, über „Härtefälle" zu verhandeln, haben die Bauern empört zurückgewiesen, keinen Schilling werde man rausrücken.

Iranischer Revolutionsrat beschließt Agrarreform

Zerschlagung des Feudaleigentums / Aufbau der Landwirtschaft / Lösung der Nationalitätenfrage dringlich

z.ans. Der iranische Revolutionsrat hat Anfang März ein „Gesetz zur Verteilung des Landes an die Bauern" verabschiedet. Als Ziel nennt das Gesetz die „Lösung des Selbstversorgungsproblems". Bis in die 50er Jahre konnte der Iran sich selbst mit Nahrungsmitteln versorgen. Unter der Herrschaft des Schah wurde die Landwirtschaft soweit zugrundegerichtet, daß schließlich ein Viertel der Nahrungsmittel eingeführt werden mußte. Die Lösung der Ernährungsfrage ist von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der antiimperialistischen Revolution im Iran: Die Imperialisten wollen den Iran wieder in ihre Klauen bekommen und lauern nur darauf, daß der Aufbau einer eigenen nationalen Wirtschaft, für die die Landwirtschaft grundlegend ist, scheitert.

Die Bauern, zusammen mit den Arbeitern die Hauptkraft der Revolution, hatten bereits vorher erreicht, daß der Revolutionsrat einige wichtige Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft getroffen hatte. Programme zum Ausbau des Bewässerungssystems, zum Straßenbau, zur Elektrifizierung und zur Entwicklung des Gesundheits- und Schulwesens auf dem Land sind in Angriff genommen worden. Die alten Schulden der Bauern wurden gestrichen. Für bestimmte Projekte, z.B. Ankauf von Jungvieh, werden den Bauern zinslose Kredite gewährt, ansonsten wurden die Zinssätze von 13 auf 3–4% gesenkt. Teilweise, z.B. beim erfolgreichen Brunnenbau, wird die Hälfte der Kreditschuld erlassen. Die Getreideankaufspreise wurden erhöht, für Weizen z.B. um 50%. Die unter dem Schahregime großenteils mit imperialistischem Kapital angelegten Agroindustriekomplexe wurden während der Revolution von den Landarbeitern besetzt. Die Regierung fördert den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern, um die vorhandenen modernen Produktionsmittel zweckmäßig einsetzen zu können. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, daß die Agrarproduktion 1979 im Landesdurchschnitt um 20%, in einzelnen Dörfern sogar auf das Vierfache gesteigert werden konnte.

Nach einem ersten Agrargesetz vom September 1979 war zunächst das Land geflohener und ausländischer Grundbesitzer den Bauern übergeben worden. Das jetzt erlassene Gesetz sieht vor, daß das Staatsland und das brachliegende Feudaleigentum an die Bauern verteilt werden. Grundbesitzer, die einen Teil ihres Landes persönlich bebauen, dürfen davon nicht mehr behalten, als die Kleinbauern derselben Gegend durchschnittlich besitzen.

Das Land wird an landlose und arme Bauern, Absolventen der Landwirtschaftsschulen und an Personen, die „in der Landwirtschaft arbeiten wollen", verteilt. Dadurch wird ermöglicht, daß z.B. auch ehemalige Bauern, die durch die Folgen der „weißen Revolution" des Schahregimes in die Städte getrieben wurden, wieder auf dem Land arbeiten können. Die Bestimmung, daß der vergebene Boden unverkäuflich ist, soll die erneute Konzentration des Grundbesitzes, z.B. in den Händen bürgerlicher Wucherer, verhindern.

Mit dem Gesetz kann das feudale Grundeigentum zerschlagen werden, ohne daß jedoch Kompromisse mit einzelnen Grundbesitzern ausgeschlossen würden. So erwähnt das Gesetz die Möglichkeit, daß der Grundbesitzer „eine Entschädigung" oder „Besitz in anderen Gegenden im Austausch gegen das beschlagnahmte Land" erhalten kann.

Noch keineswegs entschieden ist freilich die Frage, ob die landwirtschaftlichen Produktionsmittel wirklich an die Bauern übergehen und in ihren Händen bleiben oder ob sich staatskapitalistische Eigentumsverhältnisse entwickeln werden. Die nationale Bourgeoisie, die bislang die Führung der Revolution innehat, hat sich die Möglichkeit dazu in dem Gesetz offengehalten. Die Bauern müssen die Grenzen ihres Landes respektieren, weitere Landbesetzungen werden ausdrücklich verboten. Vor allem aber wird das Land nicht zu dauernder Nutzung übergeben, sondern nur für eine bestimmte Zeit (ca. fünf Jahre), die bei „guter Arbeit" verlängert werden kann. In den siebenköpfigen Kommissionen, die in den einzelnen Dörfern über die Landverteilung, Streitigkeiten und Kreditvergabe entscheiden sollen, werden im wesentlichen Regierungs- und Behördenvertreter sitzen; nur zwei der Mitglieder sind Vertreter der Dorfräte, wobei nicht gesagt ist, daß dies Bauern sein müssen.

Können die Bauernmassen die Landreform nutzen, um unter Führung der Arbeiterklasse die nationaldemokratische Revolution vorwärtszutreiben? Diese Frage ist nicht entschieden. Viel hängt davon ab, ob die fortgeschrittensten Kräfte unter den Bauern die Führung der Bauernorganisationen erlangen, die sich jetzt überall im Iran bilden. Augenblicklich sind es größtenteils islamische Geistliche, die diese Organisationen führen. Vielerorts haben die Bauern aber auch Mullahs, die ihre Kämpfe nicht unterstützten, kurzerhand davongejagt.

Zugleich kann die Agrarreform ein wichtiger Hebel zur Lösung der derzeitigen heftigen nationalen Widersprüche im Iran werden, die den Imperialisten Ansatzpunkte für Einmischung bieten. Die große Masse der Minderheiten, die zusammen die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind Bauern. Oft, so z.B. in Kurdistan, gehören sie zu den ärmsten des ganzen Landes. Im letzten Jahr ist eine Lage entstanden, in der sich entweder die örtlichen Feudalen zu nationalen Führern der Minderheiten aufschwingen konnten oder umgekehrt die Regierungsorgane persische Großgrundbesitzer gegen die Bauern der Minderheiten unterstützt haben. Der Revolutionsrat führt zur Zeit mit der Demokratischen Partei des Iranischen Kurdistan Verhandlungen über eine Autonomieregelung für Kurdistan.



Die bäuerliche Produktion ist noch weitgehend auf die eigene Selbstversorgung gerichtet. Angehörige der mongolischen Minderheit am Webstuhl

„Gesamtversorgung" in der Hinterbliebenenrente heißt in aller Regel: Rentenkürzung

z.mif. Die Hinterbliebenenrente wird bisher folgendermaßen berechnet: Stirbt zuerst der Mann und ist die Witwe über 45 Jahre alt, erhält sie Witwenrente in Höhe von 60% der Rentenansprüche ihres Mannes. Ihre Rente aufgrund eigener Arbeit erhält sie voll. Ist sie unter 45 Jahre alt, erhält sie ⅔ dieser 60%, also 39,6% (kleine Witwenrente). Stirbt als erste die Frau, so erhält der Witwer nur dann 60% der Rentenansprüche seiner Frau, wenn sie überwiegend den Lebensunterhalt der Familie bestritt. Sonst fallen die Rentenansprüche seiner Frau der Kapitalbildung der Versicherung anheim.

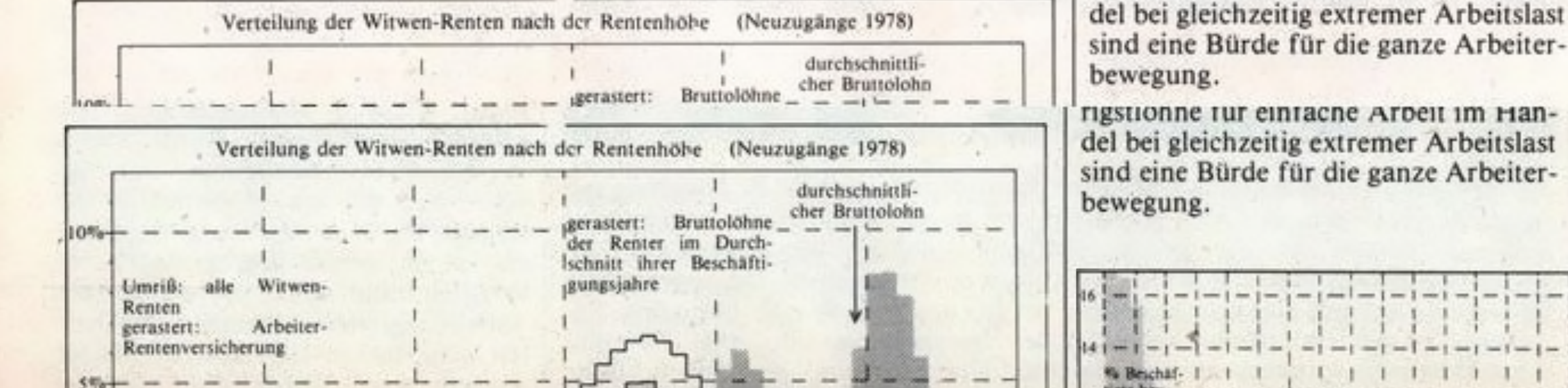
Ungerecht fand das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil 1975 daran *nur*, daß die Frau nach eigener Arbeit aus *zwei* Ansprüchen Rente bezieht. Eine Sachverständigenkommission der Regierung schlug daher im Mai 1979 (vgl. KVZ 46/79) vor: der vor der Ehe erworbene Rentenanspruch bleibt als persönliche Anwartschaft erhalten; der während der Ehe von beiden Eheleuten erworbene Anspruch wird addiert, davon 25% (oder 30%) gestrichen.

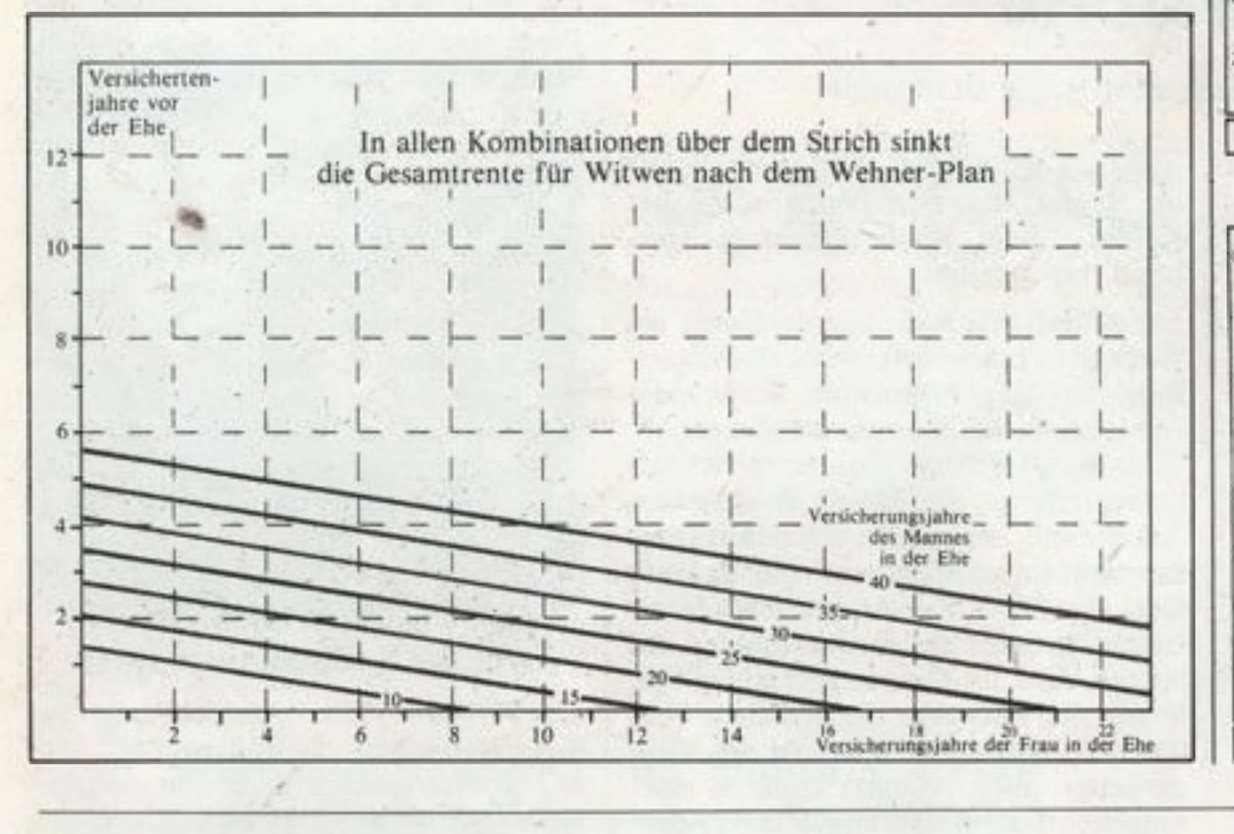
Der SPD ist das nicht genug an Rentensenkung. Die Beschlußvorlage der Wehner-Kommission für den Parteitag im Juni 1980 sieht folgendes vor: Der vor der Ehe selbst erworbene Anspruch wird gestrichen. 70% des von beiden Eheleuten während der Ehe erworbenen Anspruchs erhält der überlebende Teil. Stirbt also einer von zwei verheirateten Rentnern, so werden 30% von *beider* Rentenanspruch gestrichen. Ist der Rest weniger, als was der Überlebende insgesamt selbst erworben hat, so soll ihm dieser eigene Anspruch garantiert werden.

Die CDU hat sich noch nicht festgelegt, sie erwähnt mal 75%, mal 70%, will aber laut Geißler jedenfalls die Garantie der Mindestrente in Höhe des selbsterworbenen Anspruchs fallenlassen. So soll es laufen.

Rechtzeitig ehe die Millionenzahl der seit den 60er Jahren in die Fabriken gepreßten Frauen ins Rentenalter kommt, werden ihre Ansprüche auf Rente gekürzt. Im Schaubild haben wir den winzigen Ausschnitt von Bedingungen dargestellt, unter denen die arbeitende Frau geringe Vorteile durch die Reform hat – dann nämlich, wenn sie vor und in der Ehe nur sehr kurz gearbeitet hat. Die dabei gemachten Annahmen sind amtlich: nämlich daß der Arbeiter im Durchschnitt der Versicherungspflichtigen verdient hat, die Arbeiterin mit wenig Versicherungsjahren in Höhe von 50% dieses Durchschnitts. Dann verliert die Frau bereits bei 5 vor der Ehe gearbeiteten Jahren durch die Reform, selbst wenn sie während der Ehe nicht arbeitet. Bei 10 eigenen Arbeitsjahren und 35 Jahren des Mannes während der Ehe verlieren alle Frauen, die mehr als 3 Jahre vor der Ehe gearbeitet haben, und je höher der Lohn der Frau, desto höher die Reformeinbuße.

Aber wer außer einem schmalen Streifen am oberen Rand der Versicherungspflichtigen kann sich leisten, während der Ehe nicht zu arbeiten? Für alle anderen verstärkt die Senkung des Rentenanspruchs den Zwang zur Lohnarbeit. In die Geschlechterbeziehungen der Massen pflanzt die Bourgeoisie die Sorge um die Altersversorgung.





HBV vor schwierigen Aufgaben

Geballte Kapitalmacht – Zersplitterung der Beschäftigten

z.wom. Über 3,5 Mio. Lohnabhängige arbeiten im Organisationsbereich der Gewerkschaft HBV, zumeist in kleinen Arbeitsstätten mit wenig Beschäftigten. Diese Zersplitterung hat darin eine Ursache, daß die Verteilungs- und Sammelstellen für die Waren- und Kapitalzirkulation jeden Winkel der Gesellschaft erfassen müssen. Für die Lohnabhängigen im Handel und bei den Banken und Versicherungen bringt das erhebliche Schwierigkeiten für die Vereinheitlichung ihrer Interessen und die Organisierung des Kampfes. Der Gegner dagegen ist hochkonzentriert und zentralisiert: Wenige große Handelsmonopole, teilweise direkt von den Großbanken beherrscht, die wiederum aufs engste mit den privaten Versicherungen verzippt sind. Die noch existierenden kleinen Händler sind längst abhängig von den großen Handelsketten und Schuldner der Banken. Ganz zu Recht richtet die HBV ihre Taktik auf die großen Monopole, die Kaufhauskonzerne, die Großbanken.

Besonders im Einzelhandel haben die Monopole das Lohnniveau erheblich unter den gesellschaftlichen Durchschnitt gesenkt. Einführung der Selbstbedienung, Einsatz der Datenverarbeitung sind die Hebel, mit denen sie die Tätigkeiten auf einfache Arbeit reduziert haben und gnadenlos maximale Verausgabung von Arbeitskraft erzwingen. Die rasche Ausdehnung von Teilzeitarbeit und Arbeit unter Zeitverträgen liefern den Konzernen zusätzliche Mittel, die Arbeitslast zu steigern. In manchen Kaufhäusern wälzen die Kapitalisten im Jahr ein Drittel der Belegschaft um. Die Niedrigstlöhne für einfache Arbeit im Handel bei gleichzeitig extremer Arbeitslast sind eine Bürde für die ganze Arbeiterbewegung.

n. **Hannover, 6.3.80. Die HBV hat die Tarifforderung für die Versicherungsangestellten aufgestellt.** Sie fordert: 8,6% mehr Gehalt, Einbau der Haushaltszulage in die Gehaltstabelle (10 DM), Verkürzung der Berufsjahre in den TG II bis IV um ein Jahr und Angleichung der Abstände zwischen den Jahresstufen, Fortfall der TG I (1% der Versicherungsangestellten), Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 65 DM, Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf ein Monatsgehalt und des Urlaubsgeldes auf 50% eines Monatsgehaltes, mindestens 1350 DM, 6 Wochen Urlaub für alle und 6 Freischichten für Schichtarbeiter.

n. **Düsseldorf, 6.3.80. Die große Tarifkommission der HBV Fachgruppe Einzelhandel NRW hat als Tarifforderung beschlossen:** 170 DM auf das Endgehalt der Gehaltsgruppe 1 (Verkäuferin). Die anderen Gehalts- und Lohngruppen sollen um den Prozent-Betrag, den die 170 DM bei Gehaltsgruppe 1 ausmachen (ca. 10%), erhöht werden.

n. **Düsseldorf, 14.3.80. HBV und DAG haben mit den Einzelhandelskapitalisten neue Tarifvereinbarungen über Urlaubsgeld, Sparförderung und Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) getroffen.** Danach beträgt das tarifliche Urlaubsgeld von bisher einheitlich 650 DM künftig 45% des Monatsgehalts, ab 1982 50%. Die Sparförderung wird auf 26 DM erhöht. Die erstmals tariflich vereinbarte Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) beträgt 1980 und 1981 15% vom Monatsgehalt und steigt bis 1984 auf 40%.

n. **Bremen, 14.3.80. Etwa 500 Beschäftigte vor allem der großen Bremer Kaufhäuser beteiligten sich am 12.3. an einer Kundgebung der HBV gegen die Verlängerung der Ladenschlußzeiten.**

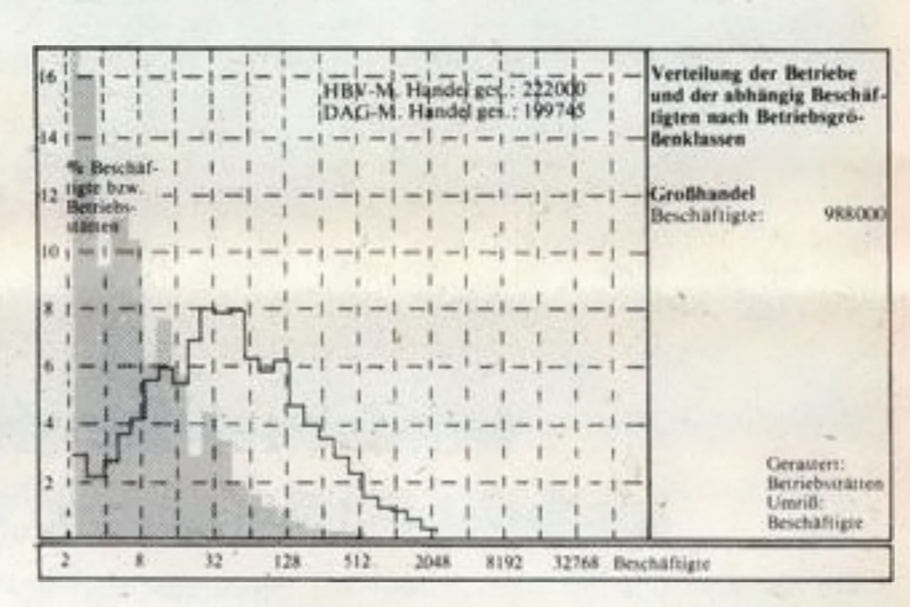
n. **Düsseldorf, 14.3.80. In den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Banken wurden Gehaltserhöhungen von 6,8% vereinbart.** Dazu ein Tag mehr Urlaub, zwei Freischichten mehr pro Jahr bei Arbeit in drei Schichten und 50 DM mehr Schichtzulage bei Arbeit in zwei Schichten sowie ein Abgruppierungsschutz.

Die geballte Kapitalmacht und die Zersplitterung der Belegschaften stellen die HBV vor erhebliche Schwierigkeiten. Nur so ist verständlich, daß die Kapitalisten es sich noch leisten können, in manchen Bezirken jede Tarifvereinbarung abzulehnen oder mit Hilfe des bürgerlichen Staates der Gewerkschaft ein Tarifdiktat aufzuzwingen. Hinzu kommt das leidige Problem mit der DAG, das nur durch eine kluge Aktionseinheitspolitik erledigt werden kann.

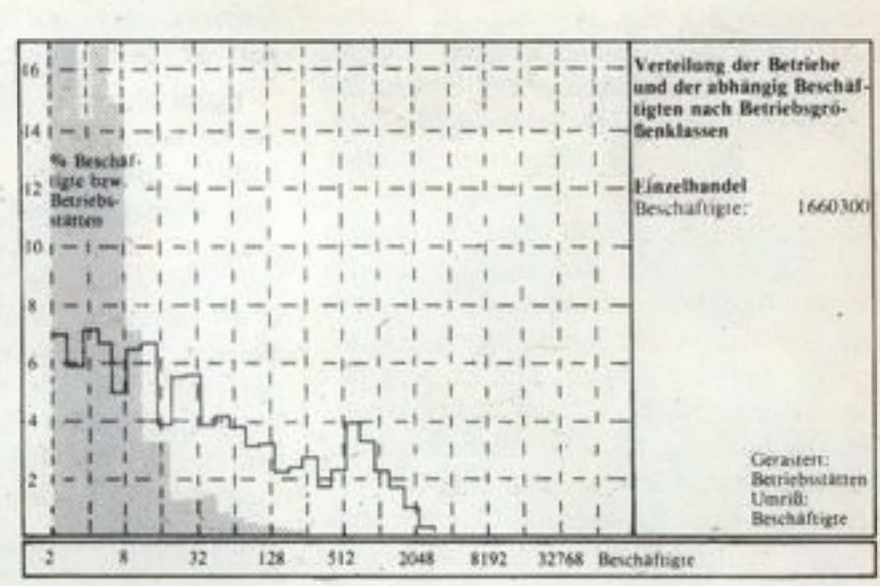
Seit Jahren arbeitet die HBV daran, daß die Löhne im Handel aufholen gegenüber der Industrie. In der diesjährigen Lohnbewegung hat die HBV verschiedentlich die besondere Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert. Alles, was dem Aufholen der Löhne im Handel und der Anhebung der Niedrigstlöhne dient, ist richtig. Die HBV steht dabei in einer Front mit den anderen Gewerkschaften.

rigstlöhne für einfache Arbeit im Handel bei gleichzeitig extremer Arbeitslast sind eine Bürde für die ganze Arbeiterbewegung.
werkschaft ein Tarifdiktat aufzuzwingen. Hinzu kommt das leidige Problem mit der DAG, das nur durch eine kluge Aktionseinheitspolitik erledigt werden
Handel und der Anhebung der Niedrigstlöhne dient, ist richtig. Die HBV steht dabei in einer Front mit den anderen Gewerkschaften.

Verteilung der Betriebe und der abhängig Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen
Versicherungen
Beschäftigte: 217500
HBV-Mitglieder: 32500
DAG-Mitglieder: 28000
% Beschäftigte bzw. Betriebsstätten
Gerastert: Betriebsstätten
Umriß: Beschäftigte
2 8 32 128 512 2048 8192 32768 Beschäftigte



Verteilung der Betriebe und der abhängig Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen
Banken
Beschäftigte: 504000
HBV-Mitglieder: 53000
DAG-Mitglieder: 43000
% Beschäftigte bzw. Betriebsstätten
Gerastert: Betriebsstätten
Umriß: Beschäftigte
2 8 32 128 512 2048 8192 32768 Beschäftigte



---

z.hef.London. **Nachdem die Kapitalisten sie drei Tage lang hingehalten und dann kein neues Angebot gemacht hatten, brachen die 13 Gewerkschaften der Stahlarbeiter am Donnerstag die jüngste Verhandlungsrunde mit BSC ab.** Die Stahlarbeiter antworteten auf das Nicht-Angebot der Kapitalisten mit der Ausdehnung der Streikposten, trotz großer Polizeiunterdrückung mit mehr als 40 Festnahmen bei einzelnen Einsätzen. 2 Mio. Produktionstonnen Stahl sind bisher wegen des Streiks nicht produziert worden, und die BSC-Kapitalisten befürchten jetzt sogar, daß sie nach dem Streik ihren Marktanteil nicht wieder erringen werden, weil die Konkurrenz vom Kontinent inzwischen nur noch liefert, wenn der britische Käufer langfristige Lieferverträge abschließt. Am Freitag beschlossen 70 Delegierte von allen Streikkomitees einstimmig, die Sicherheits- und Wartungsarbeiten in den Stahlwerken einzustellen, d.h. die Hochöfen stillzulegen. Die Gewerkschaftsvorstände müssen das noch billigen. Ein solcher Schritt würde die Kapitalisten noch sehr viel teurer kommen. Für die Arbeiter, die jetzt zwölf Wochen streiken, wird es täglich schwerer, die Einheit aufrechtzuerhalten. Bei einer brieflichen Urabstimmung der Kapitalisten mit der Frage, ob eine Urabstimmung über das Kapitalistenangebot stattfinden solle, stimmten 58000 mit Ja und 26000 mit Nein. Die Gewerkschaften hatten zum Boykott aufgerufen. 46000 Arbeiter beteiligten sich nicht. – Die Stahlarbeiter haben die aktive Unterstützung der anderen Sektionen der britischen Arbeiterklasse. Mehr als 100000 Arbeiter und Angestellte beteiligten sich am 9. März in London an der Demonstration des TUC gegen die Politik der Regierung Thatcher. Sie war gleichzeitig eine großartige Demonstration der Unterstützung für die Stahlarbeiter (unser Bild: Block der Stahlarbeitergewerkschaft ISTC).

z.inl.Paris. **Weg vom Tarif und hin zur Bindung der Löhne an den Preisindex – dies Angebot machte die Regierung am 14.3. bei den Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst Frankreichs.** Nach einem Nullangebot beim ersten Treffen im Januar und 9% übers Jahr verteilt (Inflation 1979 11,8%) beim zweiten sieht Staatssekretär Dominatis „neue Formel zur Erhaltung der Kaufkraft" auf den ersten Blick aus wie ein Erfolg. Wie funktioniert sie? Alle drei Monate werden die Löhne entsprechend den letzten beiden Preisindex' plus 1% für den noch nicht errechneten Vormonat angehoben. Selbst die amtlich ausgewiesene Inflation wird damit nicht ausgeglichen, 2% Kaufkraftverlust errechnet die CGT. Am 7.3. forderten Postler, Beschäftigte der Krankenhäuser und Gemeinden mit einer großen Demonstration in Paris auf Aufruf der CGT 400 FF mehr für alle und 3200 FF Mindestlohn; ein Teil der Müllwerker streikte für 48 Stunden. Das Manöver mit der „automatischen Anpassung" ist eine Reaktion auf diese Kämpfe. Möglich ist es, weil die Gewerkschaften gespalten sind: FEN und FO wollen diesen Mechanismus, die CFDT will vor den nächsten Verhandlungen am 25.3. nichts unternehmen. Die CGT ruft für diesen Tag zum Streik auf.

z.ulg.Rom. **Die Triester Hafenarbeiter haben in der vorletzten Woche mehrere Tage lang für die Erhöhung der Be- und Entladetarife gestreikt.** 1800 der insgesamt 3500 Arbeiter in dem hinter Genua zweitgrößten italienischen Hafen gehören drei „Compagnien" an, Genossenschaften, die direkt mit den Reedereien und Speditionsfirmen die Ladetarife aushandeln. Die übrigen Arbeiter sind Lohnabhängige bei der staatlichen Hafengesellschaft, die den Hafenbetrieb insgesamt organisiert und der die kostspieligeren Produktionsmittel wie Kräne usw. gehören. Anfang letzter Woche unterschrieben Gewerkschaft und „Compagnien" einen ersten Ladetarif, für Südfrüchte. Die Arbeiter lehnten den Abschluß auf einer Versammlung als unzureichend ab und streikten am Mittwoch erneut.

z.bag.Aarhus. **In der Nacht zum letzten Montag sperrten dänische Lastwagenfahrer den Grenzübergang Padborg/Flensburg.** Bis zum Mittwoch wuchs die Blockade auf 4000 Wagen aus ganz Nordeuropa an. Wegen des Sonntagsfahrverbots für Lastwagen in der BRD werden Transporte aus Skandinavien erst Sonntag ab 22 Uhr über die Grenze gelassen, die deutsche Zollkontrolle schloß bisher aber bereits um 24 Uhr. Weil außerdem die Kontrolle wegen der komplizierten Frachtpapiere lange dauert, mußten bisher immer wieder viele Fahrer bis zur Wiedereröffnung des Schalters um 6 Uhr an der Grenze warten oder sich schon am Sonntagnachmittag in die Warteschlange stellen. Diese Wartezeiten bedeuten für die festbezahlten Fahrer den Verlust eines großen Teils des Wochenendes, für die nach Prämiensystemen (Kilometer- und Tonnengeld) entlohnten Fahrer zusätzlich erheblichen Lohnverlust. Am Mittwoch abend setzte die dänische Chauffeur-Gewerkschaft gegen den westdeutschen Zoll die Forderung durch, daß der Abfertigungsschalter bei Padborg ab sofort am Sonntag bis 2 Uhr morgens geöffnet ist, und daß weitere Schalter an der deutsch-dänischen Grenze eingerichtet werden.

z.rua. **Für den 13. März hat die portugiesische Metallarbeitergewerkschaft die 65000 Automobilarbeiter zu einem**

Lohnkampf ÖTV: Kein neues Angebot von Baum

z.jük. Baum versucht, die ÖTV in die Enge zu treiben, damit sie bei den Verhandlungen auf den Mindestbetrag verzichtet, und winkt mit weiterm Prozent. Das ist nicht aufgegangen, die Verhandlungen sind auf Freitag dieser Woche vertagt. Im ZDF erklärte der oberste Dienstherr, daß ,,ein Mindestbetrag in seiner Wirkung zu neuen Ungerechtigkeiten führen" würde. Stoltenberg aus Schleswig-Holstein will ein Ergebnis im öffentlichen Dienst ,,deutlich unter den Ergebnissen der Metalltarifrunde" sehen.

Ununterbrochen betont Innenminister Baum in der Presse, ,,daß ein Mindestbetrag und andere einheitliche Komponenten in den Tarif- und Besoldungsrunden nivellierende und familienfeindliche Wirkungen hätten" und fordert ,,leistungsgerechte Bezahlung im öffentlichen Dienst". Das zielt u.a. auf die Beamten. Durch Gesetz sind 1,7 Mio. praktisch abgespalten während des Lohnkampfes. Die Beamten, insbesondere die höheren und ein Teil der mittleren Einkommen sollen aber auch ideologisch abgespalten werden. Würde im öffentlichen Dienst tatsächlich nach Leistung bezahlt, die sich u.a. im Verschleiß der Arbeitskraft ausdrückt, würde die Sache ganz anders aussehen. Die Sorte Gerechtigkeit, die Baum da im Auge hat, wonach eine Postarbeiterin angeblich weniger Leistung erbringt als ein Ministerialdirektor in seinem Sessel und deshalb immer tiefer gedrückt werden soll, wäre rasch geklärt.

Bezahlt wird aber im Kapitalismus nicht die Leistung, sondern die Ware Arbeitskraft, vielfach unter ihrem Wert und beim Ministerialdirektor weit darüber. Mit ,,leistungsgerechter Bezahlung" kann Baum ruhig kommen. Er müßte dort am meisten zahlen, wo jetzt die Mindestforderung der ÖTV bloß eine Schranke zieht: damit wachsender Verschleiß nicht auch noch mit schrumpfendem Konsum Hand in Hand geht. Das können spannende Verhandlungen werden, wenn der Baum beim Wort genommen wird. Noch im März sollen auch die Verhandlungen mit dem Deutschen Beamten-Bund fortgesetzt werden, wo 8% gefordert werden. Zum zweiten Verhandlungstag sind aus etlichen Betrieben und Gewerkschaftsgruppen Telegramme und Erklärungen an die Tarifkommission gegangen, gegen den Dienstherrn und für die Forderungen der ÖTV. Sicher wird die ÖTV zur nächsten Verhandlung zu Aktionen kommen, auf Betriebsebene oder in der Stadt, und Gewerkschaftsversammlungen Anfang der Woche einberufen, wo das Nötige beschlossen wird. Baum muß demonstriert werden, daß bei den nächsten Verhandlungen der Mindestbetrag auf den Tisch gehört.

Bundes- und Landesregierung NRW subventionieren Hoesch-Stahlwerk/Modell für Stahlmonopole

z.wig. Für den Bau eines neuen Oxygenstahlwerkes des Hoesch/Estel-Konzerns, das 550 Millionen DM kosten soll, stellen Bundes- und Landesregierung NRW 240 Millionen DM zur Verfügung. 120 Millionen, die die Bundesregierung aufbringen will, sollen aus dem Stahlforschungstitel und aus dem Titel zur Förderung der nichtnuklearen Energieforschung des Haushalts des Bundesforschungsministeriums kommen. Drei Jahre nach Baufertigstellung (die zwei Jahre dauern wird) soll die erste Rückzahlungsrate fällig werden und die Tilgung insgesamt auf zwölf Jahre verteilt werden, bei jährlich 4% Verzinsung der jeweils restlichen Summe. ,,Wenn es die wirtschaftliche Lage des Unternehmens nicht zuläßt", kann die Rückzahlungsfrist noch verlängert werden.

Weil Kredite zu solch günstigen Bedingungen, die letztlich ein Plus von über 30 Millionen DM für Hoesch/Estel bedeuten, nicht alle Tage vergeben werden, haben die übrigen Stahlkonzerne sich beunruhigt und einige Politiker haben Anfragen im Bundestag gestellt. Die Bundesregierung hat deutlich geantwortet: ,,Wenn ein anderes Werk einen derartigen Antrag stellt und das Projekt die Anforderungen des Stahlforschungsprogramms erfüllt, so kann es natürlich auch gefördert werden." Es geht also um ein Gesamtprogramm zur Verbesserung der Stellung der westdeutschen Stahlmonopole auf dem internationalen Stahlfertigprodukteabsatzmarkt.

Obwohl die westdeutschen Stahlkonzerne frühzeitig die Produktionsanlagen auf die modernen Verfahren umgestellt haben, die Produktivität der Arbeit sowie die Intensität der Arbeit erheblich steigern konnten, gibt es doch noch etliche Hindernisse. Es gibt noch veraltete Produktionsanlagen und die Bedingungen für eine Verbilligung der Produktion – für den Export entscheidend – sind nicht immer günstig. Der Hoesch Konzern z.B., der mit dem neuen Blasstahlwerk zwei veraltete Siemens-Martin Werke in Dortmund ersetzen will, braucht ein Verfahren, bei dem der Eisenanteil bei der Rohstahlerzeugung gering ist, weil die Transportkosten für die Erz- und Roheisenladungen hoch sind, und aus Großraumschiffen, die den Rhein befahren, umgeladen und nach Dortmund weitertransportiert werden müssen. Deshalb soll bei dem jetzt geplanten Blas-Stahlwerk der Schrottanteil bei der Rohstahlerzeugung auf 400 – 500 kg pro Tonne gegenüber 216 kg pro Tonne bei herkömmlichen Werken gesteigert werden, um den Roheisenanteil und die damit verbundenen Kosten zu senken.

Bis dahin sollen 4200 Arbeiter und Angestellte entlassen werden und ein neuer Schub in der Produktivität der Arbeit und Intensität der Arbeit erzielt werden. Sowohl in Hinsicht auf die Anlagen und Verfahren als auch in Hinblick auf die Folgen für die Produktivität der Arbeit und die Ausbeutungsgrad ist das Hoesch/Estel Subventionsmodell beispielhaft und wird schnell Nachfolger finden.

Gewerkschaftsbund Schwedens kündigt Tarifvertrag

Arbeitgeberverband verlangt Lohnstopp / ASEA-Arbeiter für Generalstreik

z.coi. Am 31.10.79 waren die Tarifverträge für über drei Millionen schwedische Lohnabhängige ausgelaufen. Am 11.3. endlich, über vier Monate später, hat der Gewerkschaftsbund LO den zentralen Tarifvertrag für 1,2 Mio. Arbeiter mit dem Arbeitgeberverband SAS gekündigt und seinen Mitgliedsgewerkschaften die Kündigung der Branchenverträge empfohlen. Eine Woche nach diesem Zeitpunkt herrscht tarifloser Zustand in der Privatindustrie einschließlich Dienstleistungsbereich, und mit einer Warnfrist von einer Woche können die Gewerkschaften Kampfmaßnahmen einleiten. Die Tarifverträge für die Angestellten sowie für den gesamten Öffentlichen Dienst sind dagegen noch nicht gekündigt.

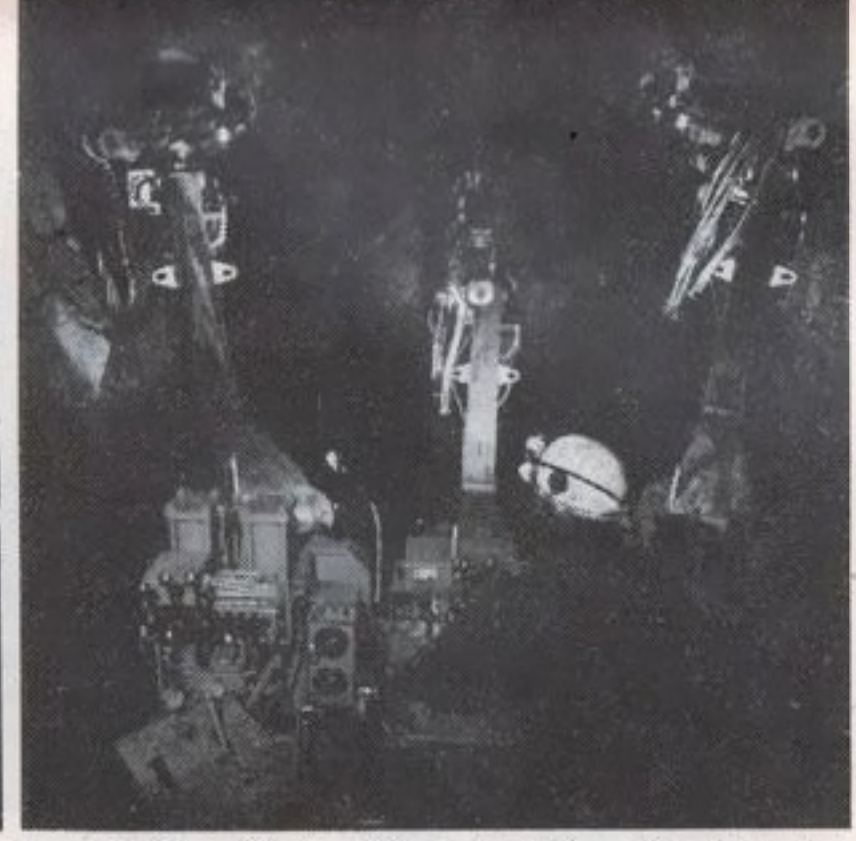
Die Forderungen von LO sind: 1,90 SKr. pro Stunde für jeden (1 SKr. gleich 0,42 DM); ein besonderer gestaffelter Zuschlag für alle Löhne unter 42 SKr.; 0,25 SKr. pro Arbeiter, über deren Verteilung von den Einzelgewerkschaften entschieden wird; 0,5% der Lohnsumme eines jeden Betriebes, über deren Verteilung die jeweiligen gewerkschaftlichen Betriebsgruppen bestimmen; sowie eine noch festzulegende ,,Lohngleitgarantie" (zur Übernahme außertariflicher Lohnbestandteile in den Tarif). Ferner fordert LO einen einheitlichen Mindestlohn von 4200 SKr. monatlich, entsprechend 25,1 SKr. pro Stunde. Für einen Arbeiterlohn unter 34 SKr. bedeutet diese Forderung nach Angaben von LO bis zu 3,70 SKr. mehr. Der Durchschnittslohn der LO-Mitglieder beträgt z.Z. 30,40 SKr. (5 166 SKr. monatlich). So verwirrend die Gesamtforderung in ihrem Aufbau auch ist, so stellt sie doch in ihrer Gesamthöhe von 11,3% sowie insbesondere durch die starke Gewichtung der unteren Lohngruppen, in denen vor allem junge, ausländische sowie weibliche Arbeiter sind, eine Grundlage dar, auf der sich die schwedische Arbeiterklasse für die Verteidigung ihres Lohnstandards zusammenschließen kann.

Noch bevor der Vorstand der LO seine Forderungen überhaupt beschlossen hatte, gab der Kapitalistenverband SAS in einem offiziellen Schreiben an LO bekannt, für Lohnerhöhungen sei kein Spielraum, die Inflations-Ausgleichszahlungen (Teil des alten Tarifvertrages) müßten als Lohnerhöhung für 1980 betrachtet werden, und im übrigen sei er für Verlängerung des geltenden Tarifvertrages bis Ende 1980. Seit 1976 ist es der Kapitalistenklasse gelungen, den Reallohn der Arbeiterklasse vor Steuer um ca. 6% zu senken. Der Rückgang des Lebensmittelverbrauches zwischen 1976 und 1978 um 3%, sowie der Konsumtion von Kleidung und Haushaltsgeräten um fast 2% zeigen, wie diese Lohnsenkungen auf die Reproduktion der Arbeiterbevölkerung durchschlagen. Den Kapitalisten sind aber vor allem die unteren Lohngruppen noch nicht tief genug gedrückt. Die Kapitalistenvertreter können sich nicht sattschwärmen an den Lohnunterschieden zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern in Westdeutschland. 1978 lagen die höchsten Lohngruppen in Schweden nur um 6% über, die unteren nur um 6,7% unter dem LO-Durchschnittslohn. Daß die Bourgeoisie bisher nicht vermochte, eine Schicht von Niedrigstlöhnern zu schaffen, ist ein Hindernis bei der Ausweitung der Schicht- und Nachtarbeit sowie des Akkordsystems. Stellen in Westdeutschland die 4 Millionen Lohnabhängigen in Schichtarbeit 20% der lohnabhängigen Bevölkerung dar, so entspricht der Anteil der Schichtarbeiter in Schweden von 190000 kaum 6%. Allerdings nutzen die Kapitalisten das auf fast eine Million angewachsene Heer von Teilzeitarbeitenden, hauptsächlich Frauen, zur Verrichtung von Arbeit bei Nacht und an Wochenenden. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen von 1909 ist von der sozialdemokratischen Regierung bereits 1962 abgeschafft worden. Die Akkordarbeit, in den 60iger Jahren noch Hauptausbeutungsform, ist jedoch durch große Kämpfe z.B. der Erzgrubenarbeiter 1969/70 und der Waldarbeiter 1975 in starkem Maße zurückgedrängt worden.

Die Kapitalistenklasse hofft jedoch auch diesmal auf die Sozialdemokratie. Der Vorsitzende der LO, Nielson, gleichzeitig Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokraten, sagte noch Anfang März vor dem Parlament: ,,Wir haben kein Interesse, das Kostenniveau der Unternehmen in die Höhe zu treiben. Aber wenn wir Zurückhaltung üben sollen, muß uns die Regierung etwas anbieten." Später wurde er konkreter: Senkung der Mehrwertsteuer, Preisstopp für Grundnahrungsmittel und Miete, sowie die Einrichtung von Investitionsfonds, in die die ,,Übergewinne" der Unternehmen abgeschöpft werden, und über deren Investitionstätigkeit die Gewerkschaften mitbestimmen sollen, dafür wären die Sozialdemokraten bereit, weiteren Lohnsenkungen zuzustimmen. Die Gewerkschaft der Privatangestellten BPK hat gar den von der bürgerlichen Presse begrüßten Vorschlag eines ,,Gesellschaftsvertrages" gemacht, in dem Gewerkschaften, SAS und die Regierung sich unter Ausschaltung des Tarifrechts einigen sollen. Die LO-Führung lehnte unter dem Druck nicht zuletzt aus den eigenen Parteireihen ab. Die Regierung lockt derweil. In einem an die Presse lancierten Vorschlag bietet der Wirtschaftsminister der LO 2%ige Mehrwertsteuersenkung sowie die Einrichtung von Investitionsfonds unter Obhut der Reichsbank an. Der Preis: Zurückhaltung beim Tarifabschluß und Kürzung der Staatsausgaben für die Volksmassen um drei Milliarden.

Ob die Bourgeoisie damit durchkommt, ist fraglich. Die Arbeiter haben voriges Jahr mit einer Vielzahl betrieblicher ,,illegaler" Streiks ihre Kampffähigkeit gezeigt, allerdings zersplittert. Jetzt haben die gewerkschaftlichen Vertreter der 20000 LO-Mitglieder des ASEA-Elektrokonzerns in einem Aufruf an die LO-Führung die Vorbereitung eines Generalstreiks gefordert. Günstig, daß auch der Gewerkschaftsverbund der 1,3 Mio. Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes jetzt die Forderung eines Festbetrags von 380 SKr. plus 2% mehr im Monat aufgestellt hat.





Links: Die Erzgrubenarbeiter in Nordschweden erkämpfen in einem 57tägigen Streik 1970 die Beseitigung des Akkordsystems. *Rechts:* Mit der Einführung von dreiköpfigen Bohrmaschinen wird die Ausbeutung verschärft.

Streik aufgerufen. Die Gewerkschaft will damit Druck auf die Automobilkapitalisten ausüben, Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag aufzunehmen. Portugal besitzt keine eigene Automobilindustrie. Alle Montagewerke sind im Besitz ausländischer Monopole; vor allem General Motors, Ford, British Leyland, Renault, Mercedes und VW. Ford ist dabei, ein weiteres Werk zu errichten. 1979 schloß die Regierung mit Renault ein Abkommen über ein ,,gemeinsames Unternehmen", in dem jährlich 85000 PKW produziert werden sollen. Zum 1.1. trat im Zuge der EG-Integration ein Erlaß in Kraft, nach dem die Teilefertigung weiter ausgedehnt werden soll. Die bestehenden 19 Montagewerke sollen zu 12 zusammengelegt werden, Massenentlassungen sind angekündigt. Am 7.3. streikten die 450 Arbeiter der Renault-Werke in Lissabon und Braga für die Neueinstellung von 550 Arbeitern.

z.scc. **Die Lohnsenkungsverfügung der niederländischen Regierung liegt auf dem Tisch.** Um gleichmäßig 26 hfl brutto/Monat sollen die Löhne zum 1.7. angehoben, die Lohnsteuern um 100 hfl jährlich gesenkt werden. Nach Angaben des FNV beträgt der Lohnverlust allein gegenüber den – beschleunigten – Preissteigerungen 1980 auf den Durchschnittslohn bezogen rund 1000 hfl, das sind 3,1%. Seit dem 24-Stunden-Streik am 4.3. sind die gewerkschaftlichen Kampfaktionen nicht abgerissen. In der Metall-, Chemie-, Bau- und Nahrungsmittelindustrie führen die Lohnabhängigen sogenannte Stafettenstreiks durch, in denen die Belegschaften nach zwei- bis dreitägigen Streiks die Streikparole an andere Betriebe weitergeben. Die Metallkapitalisten hatten vergeblich versucht, diese Aktionen unter Berufung auf die ,,Friedenspflicht" per Gericht zu stoppen. Für den Tag der Parlamentsdebatte über die Verfügung ruft der Gewerkschaftsbund zu einer Massendemonstration in Amsterdam auf. – Der FNV hat seine Arbeit in der ,,Organisation der Arbeit" und dem ,,Sozialökonomischen Rat", Organen ähnlich der ,,Konzertierten Aktion", bis auf weiteres eingestellt, ebenso wie die Einzelgewerkschaften sich aus den entsprechenden sektoralen Organen zurückgezogen haben. Die Baugewerkschaft fordert vollständigen Austritt.

z.elb.Brüssel. **Das Ultimatum der Kapitalisten des petrochemischen Werks Polysar in Antwerpen ,,Zwei Jahre (Laufzeit) oder kein Vertrag" beantworteten die 280 Arbeiter am 24.1. mit Streik.** Nach sechs Wochen wollen die Kapitalisten verhandeln; am 13.3. lehnten die Arbeiter ihr unzureichendes Angebot ab. Sie streiken weiter für 5 bfr Lohnerhöhung pro Stunde, die 37-Stundenwoche in Form von 12 zusätzlichen freien Tagen, die Einstellung von 14 Arbeitern und vor allem für einjährige Laufzeit des Tarifvertrages. In allen chemischen Betrieben hatten die Kapitalisten bei zumeist in mehreren Phasen ausgezahlten 7 bfr Lohnerhöhung eine zweijährige Laufzeit durchgesetzt. So auch gegenüber den ca. 400 Arbeitern von Petrochim, die 5½ Wochen streikten, um seit acht Jahren geforderte Höhergruppierungen durchzusetzen. Die Kapitalisten, durch den Streik in argen Lieferschwierigkeiten, sahen sich zu Zugeständnissen bei dieser Forderung gezwungen.

z.bag. **Am 5.3. riefen die Gewerkschaften auf den Färöern zu einem 24stündigen Generalstreik auf.** Er richtete sich gegen Eingriffe in den Preisindex, nach dem die Teuerungszuschläge auf den Lohn berechnet werden. Einer der Eingriffe soll eine erneute Null-Stellung der Index-Zahl sein. Von 1939 (100) stiegen die Preise bis 1969 auf 513; 1975 waren es 941, da wurde erneut ab 100 gerechnet. Seitdem stiegen die Preise für die Volksmassen weiterhin stark an: für Nahrungsmittel auf 126, für Kleidung und Schuhe 133, für Wohnung auf 140. Die in den letzten Jahren erkämpften Lohnerhöhungen liegen weit unter diesen Steigerungsraten.

z.bew. **,,Streik für die Rückerstattung!" Unter dieser Forderung zogen in Lima Mitte Februar die peruanischen Textilarbeiter in einem großen Demonstrationszug zum Arbeitsministerium.** Über 30000 Textilarbeiter, das sind nahezu 95% der Beschäftigten dieser Branche, befinden sich seit dem 7. Februar in einem unbefristeten Streik. Sie fordern die Wiederherstellung der automatischen Angleichung der Löhne an die steigenden Lebenshaltungskosten, wie es in der ,,Convenio Tripartido" festgelegt ist, die sich die Textilarbeiter 1945 in harten Auseinandersetzungen erkämpfen konnten. Im September 1976 hat die Militärregierung diesen Vertrag zeitweise außer Kraft gesetzt. Nach drei Jahren ohne Lohnangleichung, bei jährlicher Inflationsrate von ca. 70%, streiken die Textilarbeiter für die Nachzahlung des Inflationsausgleiches und die Wiederinkraftsetzung der automatischen Lohnangleichung.

z.bew. **Am 15.2. sind über 10000 Arbeiter der 13 Fabriken des Textilkonzerns Coltejer in Medellin (Kolumbien) in einen unbefristeten Streik für höhere Löhne getreten.** Sechs Tage später haben sich mehr als 3000 Arbeiter von Tejicondor-Textil ebenfalls in Medellin und Anfang März 1500 Arbeiter aus Medelliner Bekleidungsfabriken diesem Streik angeschlossen. Medellin, die zweitgrößte Stadt Kolumbiens, ist das Zentrum der Textil- und Bekleidungsindustrie. 76000 Beschäftigte arbeiten in der Textil- und Bekleidungsindustrie, nach Kaffee dem wichtigsten Exportfaktor Kolumbiens. Der Export konnte 1979 um 52% auf 219 Mio. Dollar gesteigert werden. Diese Steigerung ist Ergebnis der Verschärfung der Ausbeutung der kolumbianischen Textilarbeiter, die mit den modernsten Produktionsmitteln dieser Branche in Südamerika zu Niedrigstlöhnen arbeiten. Mit nicht zu verhehlendem Stolz verkünden die Textilkapitalisten, daß Kolumbien das erste Land Südamerikas war, in dem in drei Schichten rund um die Uhr gearbeitet wird.

IG Chemie Jugendkonferenz: Generelles Verbot der Nacht- und Akkordarbeit für Jugendliche

z.wig. Die 11. Bundesjugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik, die vom 21.–23. Februar in Augsburg stattfand, hat eine Neuordnung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit beraten. Die Jugendvertreter und die Jugendvertrauensleute sollen sich für eine Wiederbelebung der betrieblichen und örtlichen Jugendgruppen der Gewerkschaft einsetzen und gestützt auf diese Gruppen arbeiten. Dieser Kurs, den die IG Chemie bereits seit ca. einem Jahr verfolgt, hat sich bewährt und dazu beigetragen, daß die IG Chemie 1979 ca. 7000 neue Gewerkschaftsmitglieder unter 25 Jahren aufgenommen hat. Die Konferenz beschloß, für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes einzutreten mit dem Ziel, die bisherige Jugendvertretung zu ersetzen durch eine Jugend- und Ausbildungsvertretung, die auch die Interessen der wachsenden Zahl von Auszubildenden über 18 Jahren vertreten soll.

Den Schwerpunkt der Beratung und Beschlußfassung bildeten auf der Konferenz Fragen des Schutzes der jugendlichen Arbeitskraft. Die Bestrebungen der Kapitalisten, durch Beseitigung sogenannter ausbildungshemmender Vorschriften die jugendliche Arbeitskraft mehr und mehr in Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit auszubeuten, zielen auf eine weitere Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes. Dagegen wurde ein Antrag verabschiedet, der die Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes fordert durch die Aufnahme des generellen Verbots der Nacht- und Akkordarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren in dieses Gesetz. Das Mindestalter für die Beschäftigung von Jugendlichen soll auf 16 Jahre heraufgesetzt werden und ohne Ausnahme gelten.

In weiteren Anträgen, die auf der Konferenz verabschiedet wurden, wird ein Urlaubsgeld in Höhe des Betrages für erwachsene Arbeiter und Angestellte, Freistellung von der Arbeit an Berufsschultagen und Bezahlung der Fahrtkosten durch die Kapitalisten gefordert.

Scharfe Auseinandersetzungen gab es um den „Tarifvertrag für Jugendliche ohne Hauptschulabschluß" den die IG Chemie am 1. Juli 1979 mit dem Arbeitsring Chemie abgeschlossen hat. Der Vertrag sieht vor, daß Jugendliche unter 18 Jahren, die keinen Hauptschulabschluß oder Sonderschulabschluß haben (in Ausnahmen auch Jugendliche mit Hauptschulabschluß, die arbeitslos sind) in der Regel ein Jahr lang für 90% der Ausbildungsvergütung des ersten Ausbildungsjahres in der Produktion zur „Erlernung von Berufsfertigkeiten und Berufsfähigkeiten" mit einfachen Tätigkeiten beschäftigt werden können. Wenn die Jugendlichen öffentliche Förderungsmittel erhalten, müssen die Kapitalisten für deren Arbeitskraft keinen Pfennig zahlen. Die Jugendkonferenz hat beschlossen, den Vertrag zum nächstmöglichen Termin (1. Oktober 1981) ersatzlos aufzukündigen.

Protestaktionen der britischen Studenten für eine ausreichende Studienförderung

z.rül.London. Über 10000 Studenten beteiligten sich am 7.3. an einem nationalen Aktionstag, den die Studentengewerkschaft NUS aus Protest gegen die Hochschulpolitik der Regierung ausgerufen hatte. 6000 demonstrierten in London, weitere 4000 in Glasgow. In Edinburgh besetzten Studenten die Universitätsbibliothek.

In den letzten Wochen hatten sie bereits mehrfach Minister und Staatssekretäre der Regierung aus den Hochschulen geworfen bzw. am Reden gehindert, wenn diese sich in die Hochschulen wagten. Der Protest der Studenten richtet sich vor allem gegen die elende Studienförderung. Seit Jahren kämpfen sie für eine einheitliche und ausreichende Bezahlung ihrer Ausbildungskosten durch die Regierung und für die Abschaffung der schikanösen „Bedürftigkeitsprüfungen", die Voraussetzung für eine Förderung sind.

Die britische Studienförderung funktioniert ähnlich wie das Bafög. Nur ein Viertel der Studenten erhält den Höchstsatz von gegenwärtig 24,33 Pfund die Woche – ca. 420 DM im Monat – und auch das nur während der 30 Studienwochen im Jahr. 50% der Studenten, deren Eltern über 5500 Pfund im Jahr verdienen – ca. 1800 DM brutto im Monat –, bekommen keinen Pfennig.

Protestaktionen der britischen Studenten für eine ausreichende Studienförderung

z.rül.London. Über 10000 Studenten beteiligten sich am 7.3. an einem nationalen Aktionstag, den die Studentengewerkschaft NUS aus Protest gegen die Hochschulpolitik der Regierung ausgerufen hatte. 6000 demonstrierten in London, weitere 4000 in Glasgow. In Edinburgh besetzten Studenten die Universitätsbibliothek.

In den letzten Wochen hatten sie bereits mehrfach Minister und Staatssekretäre der Regierung aus den Hochschulen geworfen bzw. am Reden gehindert, wenn diese sich in die Hochschulen wagten. Der Protest der Studenten richtet sich vor allem gegen die elende Studienförderung. Seit Jahren kämpfen sie für eine einheitliche und ausreichende Bezahlung ihrer Ausbildungskosten durch die Regierung und für die Abschaffung der schikanösen „Bedürftigkeitsprüfungen", die Voraussetzung für eine Förderung sind.

Die britische Studienförderung funktioniert ähnlich wie das Bafög. Nur ein Viertel der Studenten erhält den Höchstsatz von gegenwärtig 24,33 Pfund die Woche – ca. 420 DM im Monat – und auch das nur während der 30 Studienwochen im Jahr. 50% der Studenten, deren Eltern über 5500 Pfund im Jahr verdienen – ca. 1800 DM brutto im Monat –, bekommen keinen Pfennig.



10000 Studenten demonstrierten am 7.3. in London (Bild) und Glasgow

Die Studentengewerkschaft NUS, die jedes Jahr mit dem Erziehungsministerium über die neuen Förderungssätze verhandelt, fordert eine Erhöhung der Förderung auf 39,30 Pfund die Woche – ca. 680 DM im Monat –, höhere Elternfreibeträge und die schrittweise Abschaffung der „Bedürftigkeitstests". Der TUC unterstützt diese Forderungen. Die Regierung dagegen plant, einen Teil der Förderung auf Darlehen umzustellen. Schließlich sei die Förderung „kein Lohn, sondern ein Zuschuß zur Lebenshaltung", wie ein Sprecher des Erziehungsministeriums erklärte.

Dänische Volksschüler demonstrierten gegen Rationalisierung an den Schulen

z.bag.Aarhus. In 18 Städten Dänemarks demonstrierten am 5.3. die Volksschüler gegen geplante Sparmaßnahmen, davon 30000 in Kopenhagen, 8000 in Odense und 4000 in Aarhus. Im nächsten Schuljahr sollen 300 Mio. Kronen eingespart werden, bis 1982 insgesamt 1,8 Mrd. Bisher waren die Schüler von den Kosten für Schulreisen befreit (Klassenfahrten, Fahrten zu sportlichen Wettkämpfen, Austauschreisen innerhalb der skandinavischen Länder); ab Sommer dieses Jahres sollen sie die Kosten selber tragen. Der Hauptteil der Einsparungen soll jedoch mit einer Reduzierung der Lehrerstunden erreicht werden, was zur Abschaffung von Spezialunterricht, zur Zusammenlegung kleiner Klassen und zur Erhöhung der Schülerzahl pro Klasse insgesamt führen wird. Augenblicklich sind an den dänischen Volksschulen nur 19,1 Schüler pro Klasse; nach Berechnungen des Schülerverbandes, der die Demonstrationen organisierte, können es durch die geplanten Rationalisierungen über 30 werden. Eltern und Lehrer unterstützten die Aktionen. Die Lehrergewerkschaft forderte gegen die geplante Stundenreduzierung die Schaffung von 4000 neuen Stellen. Auch aus den kommunalen Behörden, die die Einsparung administrieren sollen, wurden Proteste laut.



Die Stufenausbildung in der Elektroindustrie wird erbittert bekämpft

z.mis. Mit Einsatz neuer Maschinerie und Umwälzung der Produktionsanlagen verstärkt sich das Interesse der Kapitalisten, die Ausbildung der Jugend zu verringern. In einem Mikroprozessor drängen sich auf wenige Kubikmillimeter Schaltungen zusammen, die früher ganze Schränke umfaßten und nur von Facharbeitern montiert werden konnten. Heute kann dies die ungelernte Löterin fertigen, die fast 7 DM unter Facharbeiterlohn schafft. Ausbildung wird hier überflüssig, zu teuer. Plettner vom Siemens Konzern hat dies so formuliert: „Energisch alle Maßnahmen der Elektroindustrie nach differenzierter Arbeitskraft gerecht werden". Der Hamburger Senat hat die Interessen der Kapitalisten im Berufsbildungsbericht 1972, dem Jahr der Einführung der Stufenausbildung in der Elektroindustrie, nachgebetet: „Die heutige Form der Berufsausbildung ist durch folgende Hauptmerkmale gekennzeichnet:
– Sie sieht für jeden Auszubildenden die gleiche Abschlußqualifikation der Erstausbildung vor (Geselle, Gehilfe, Facharbeiter). Dies ist vom Ansatz her falsch, weil die beruflichen Tätigkeiten, auf die sie vorbereiten, in ihrem Anspruchsniveau ebenso wie die Lernvoraussetzungen der Jugendlichen in der Regel sehr unterschiedlich sind.
– Sie kennt keine beruflichen Teil- und Zwischenqualifikationen."

Die Stufenausbildung sollte für die Zerschlagung der Facharbeiterausbildung der erste entscheidende Schritt sein. Bisher konnte die Stufenausbildung nur in der Elektroindustrie durchgesetzt werden. Die Berufsbezeichnungen lassen deutlich die Interessen der Kapitalisten spüren: Die ehemaligen Berufe Elektromechaniker, Starkstrommechaniker und Fernmeldemonteur wurden ersetzt durch die Berufe der ersten Stufe Elektroanlageninstallateur, Elektrogerätemechaniker, Nachrichtengerätemechaniker und Fernmeldeinstallateur und die der zweiten Stufen: Energieanlagenelektroniker, Energiegeräteelektroniker und Fernmeldeelektroniker. Nur noch Verdrahten und einfachste Schaltungen sollen die Elektrogerätemechaniker lernen, keine Elektronik. Danach können diese Jugendlichen in die Profitproduktion gesteckt werden für billiges Geld.

Die Lehrverträge, geschlossen über 1½ bis 2 Jahre, stiegen in der Elektroindustrie ganz erheblich von 1973 rund 16000 auf knappe 30000 1977, während im gleichen Zeitraum die Verträge über eine 3- bis 3½jährige Ausbildung rapide sanken von über 40000 auf unter 5000. Berechnet auf die Elektrolehrlinge 1977 in Hamburg sparen die Kapitalisten 2020 Ausbildungsjahre gegenüber der 3½jährigen Ausbildung, wie sie vor 1972 bestand.

In der Lohndrückerei der Facharbeiterlöhne haben die Kapitalisten der Elektroindustrie erhebliche Fortschritte gemacht. Die folgende Tabelle stammt aus den Statistischen Jahrbücher der BRD:

Jahr	Elektro-industrie	KFZ-bau	Luft-fahrt
1978	12,67	14,60	13,55
1977	12,12	13,93	12,74
1976	11,25	12,89	11,79
1975	10,62	12,06	11,16

Immerhin vergrößerte sich der Abstand der Facharbeiterdurchschnittslöhne der Elektroindustrie zum Fahrzeugbau 1975 1,44 DM auf 1,93 DM 1978. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß in den Durchschnittslöhnen der Elektroindustrie auch noch viele Facharbeiter wie Werkzeugmacher, Schlosser, Maschinenbauer usw. enthalten sind. Würde eine Extraerfassung der Durchschnittslöhne der Elektroanlageninstallateure durchgeführt, der Abstand wäre sicher noch mal eine Mark, wenn nicht noch mehr, größer.

Diese Kämpfe haben eine solche Kraft entwickelt, daß die IG Metall in den neuen Manteltarifverträgen für die Auszubildenden der Metallindustrie Forderungen gegen die Wirkung der Stufenausbildung entweder schon durchsetzen konnte oder erheben konnte. So heißt es im Manteltarifvertrag im IG Metall Bezirksverband Stuttgart in §14 vom November 1978:

„Wird die Ausbildung in der Stufenausbildung durchgeführt, so ist dem Auszubildenden der Abschluß in der letzten Stufe der Ausbildung zu ermöglichen ..." Auch im Verhandlungsentwurf der IG Metall für die Manteltarifverhandlungen für Auszubildende im Nordverbund heißt es in §8 unter 4.:

„Bei Stufenausbildung ist dem Auszubildenden die Möglichkeit zu geben, alle Stufen zu durchlaufen."

Durch diese Bestimmungen und die erbitterten Kämpfe der Jugendlichen gegen die Stufenausbildung konnte die Stufenausbildung noch nicht in größerem Umfang eingeführt werden und haben die Kapitalisten etwa mit der jetzt in allen Bundesländern forcierten Einführung des BGJ erhebliche Schwierigkeiten.



Bild links: Lehrlinge beim Verdrahten einfacher Schaltungen. Bild rechts: Erheblich gewachsene Produktivität durch Einführung der Elektronik.

dung nur in der Elektroindustrie durchgesetzt werden. Die Berufsbezeichnungen lassen deutlich die Interessen der Kapitalisten spüren: Die ehemaligen Berufe Elektromechaniker, Starkstrommechaniker und Fernmeldemonteur wurden ersetzt durch die Berufe der ersten Stufe Elektroanlageninstallateur, Elektrogerätemechaniker, Nachrichtengerätemechaniker und Fernmeldeinstallateur und die der zweiten Stufen: Energieanlagenelektroniker, Energiegeräteelektroniker und Fernmeldeelektroniker. Nur noch Verdrahten und einfachste Schaltungen sollen die Elektrogerätemechaniker lernen, keine Elektronik. Danach können diese Jugendlichen in die Profitproduktion gesteckt werden für billiges Geld.

Die Lehrverträge, geschlossen über 1½ bis 2 Jahre, stiegen in der Elektroindustrie ganz erheblich von 1973



Bild links: Lehrlinge beim Verdrahten einfacher Schaltungen. Bild rechts: Erheblich gewachsene Produktivität durch Einführung der Elektronik.

„Semesterferien": zwieschlächtig für die Studentenschaft

Für die Studenten der Universität Würzburg und der FH Würzburg-Schweinfurt

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Nürnberg, Findelwiesenstr. 8, Tel. 49 20 95
Zelle Hochschule

Erlangen
3. März 1980
10j1z0650p

„Semesterferien" – 5 Monate davon im ganzen Jahr, als Freiraum zur Gestaltung individueller Ferienwünsche vielerorts propagiert, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als zwieschlächtig für die Studentenschaft. Während die einen tatsächlich über 5 Monate von der Anwesenheitspflicht in den Vorlesungen und Seminaren befreit sind und Gelegenheit haben, „die Welt kennenzulernen", ist die Bezeichnung „Ferien" für die anderen längst überholt.

Wir haben unter 45 Studenten in München – auf dem Arbeitsamt, in den Mensen und in einem Wohnheim – eine Befragung durchgeführt zu den jetzigen „Semesterferien". Gefragt wurde nach dem monatlichem Einkommen, der Aufteilung der „Semesterferien" nach arbeiten, studieren und Urlaub machen, wenn Arbeit, ob sie schon sicher und wie hoch der voraussichtliche Verdienst ist, wenn Urlaub, ob er in München, bei den Eltern oder sonst wo gemacht wird und wie teuer er kommen wird.

Das Ergebnis war, daß die 45 Studenten im Durchschnitt 592 DM/Monat regelmäßiges Einkommen haben, 2,7 Wochen arbeiten, 3,3 Wochen studieren und 2,0 Wochen Urlaub machen. 12 hatten schon sicher eine Arbeit, der voraussichtliche Verdienst lag bei 10,70 DM/Stunde. Den Urlaub in München machen 7, bei den Eltern ebenfalls 7, sonstwohin fahren 16. Die durchschnittlichen Kosten für den Urlaub betrugen 578 DM. 15 Studenten machen keinen Urlaub. Das höchste feste Einkommen waren 900 DM, das niedrigste 200 DM. Es gibt 1 Studenten, der nur arbeitet, 8 Studenten, die nur studieren und 1 Studenten (Austauschstudent aus den USA), der nur Urlaub macht.

Dies Ergebnis zeigt im wesentlichen die Lage der besitzlosen Studentenmassen und was für sie die „Semesterferien" bedeuten. Ein Aufwand von 6 Wochen Arbeit, Lohnarbeit plus Studium, ist notwendig, um 2 Wochen Urlaub machen zu können, wenn man nicht das Pech hat, eins der vielfältig geforderten Praktika in den „Semesterferien" machen zu müssen und somit zu Null Wochen Urlaub zu kommen. Geschuldet ist diese Tatsache dem, daß es keinen gesetzlich fixierten Urlaubsanspruch für die Studenten gibt, genausowenig ein Urlaubsgeld. Mit „Semesterferien" ist nur die „vorlesungsfreie Zeit" beschrieben, d.h. die Professoren sind für diese Zeit von ihrer Pflicht entbunden, Vorlesungen zu halten. Keineswegs ist damit in irgendeiner Weise Urlaub für die Studenten definiert.

Vielmehr hat es sich in der letzten Zeit immer mehr dahin entwickelt, daß bestimmte Teile der Ausbildung in die sogenannte „vorlesungsfreie Zeit" geschoben wurden und an Umfang zugenommen haben. Nach der „Studienordnung für die Lehramtsstudiengänge an der Universität München vom 31. Juli 1979", die auf Grundlage der LPO I erlassen wurde, müssen nun statt früher 1 Praktikum zu einem beliebigen Zeitpunkt vor dem Examen, 3 Praktika nachgewiesen werden und zwar:

„a) ein 12 Schultage umfassendes, zusammenhängendes schulpädagogisches Blockpraktikum in der vorlesungsfreien Zeit insbesondere in den Monaten März, April, September und Oktober im Umfang von etwa 40 Unterrichtsstunden ...

b) ein 12 Schultage umfassendes, zusammenhängendes fachdidaktisches Blockpraktikum in der vorlesungsfreien Zeit ..." dito.

„c) ein 4 Unterrichtsstunden umfassendes, fachdidaktisches studienbegleitendes Praktikum während der nicht vorlesungsfreien Zeit eines Semesters ..."

An der TU München sind z.B. im Studiengang Maschinenbau insgesamt 26 Wochen Industriepraktika nachzuweisen. 9 Wochen davon vor der Einschreibung, 17 bis Anfang des 4. Semesters und der Rest bis zum letzten Teil des Hauptdiploms. Die Praktikantenvergütung beträgt 250 DM/Monat. Das bedeutet, daß bis zum 4. Semester schon mal 2 Monate, bis zum Hauptdiplom noch mal 2 Monate und 1 Woche der „Semesterferien" weg sind für die Praktika. Rechnet man, daß im letzten Jahr vor dem Abschluß die „Semesterferien" sowieso draufgehen für das Lernen auf die Prüfungen, so verbleibt neben dem Lohnarbeiten für die besitzlosen Studenten recht wenig für tatsächlichen Urlaub im Jahr. Fraglich ist, ob die Masse der besitzlosen Studenten das an Erholungsurlaub erreicht, was z.B. über den „Bundes-Angestellten-Tarifvertrag" für Auszubildende im öffentlichen Dienst festgelegt ist. Darin wird die Dauer je nach Vergütungsgruppe auf 22 bis 24 Arbeitstage festgelegt und ein Urlaubsgeld von 200 DM bezahlt. Wir meinen, daß eine solche tarifliche Regelung des Urlaubs an Stelle von 5 Monaten „Semesterferien" für die Masse der Studenten eine spürbare Besserung ihrer Lage bringen würde. Eine tarifvertragliche Regelung der Ausbildung müßte also Urlaubsregelung und finanzielle Absicherung desselben einschließen.

Kampf um Normalarbeitstag in der Armee – Verbindung zur Gewerkschaftsbewegung hergestellt

z.reh. In der Flensburger Grenzlandkaserne gilt für die 1. Kompanie des FmBtl 60 seit Februar eine neue Dienstausgleichsregelung. Pauschal wird jeder zweite Freitag, für die Kompaniehälften im Wechsel, dienstfrei gegeben. Würde diese Regelung auf das ganze Bataillon übertragen, käme folgende Änderung dabei heraus:

(Tage pro Jahr)	Zusatzdienste	Dienstausgleich alt	Dienstausgleich neu
Mannschaften	28,4	4,6	22,0
Unteroffiziere	27,5	10,6	22,0

Überaus günstig bei dieser Regelung ist, daß die Mannschaften und Unteroffiziere nahezu denselben Ausgleich bekommen. Das ist eine gute Voraussetzung zur Verteidigung der 22 Tage. Die Soldaten arbeiten in der Kaserne daran, daß dieses Verfahren von allen Kompanien übernommen wird. Das würde die Spaltung unter den einfachen Soldaten einschränken, die Bataillonsführung wird sich deshalb schon einiges als Gegenmaßnahme überlegt haben. Etwa so ein fieses Manöver wie in der Eutiner Rettbergkaserne. Die Mannschaften der 1./PzAufklBtl 6 fordern dort u.a. ½ Tag Dienstausgleich für GvD und hatten sich dabei gestützt auf die Stabskompanie des Heimatschutzkommandos (HSK), in der diese Regelung gilt. Letzte Woche haben die Kommandeure des PzAufklBtl und des HSK sich darauf geeinigt, zwecks „Gerechtigkeit" über „Angleichung" den Dienstausgleich im HSK zu streichen.

Die beiden Beispiele zeigen, wie schwierig und zäh die Kämpfe der Soldaten in den Kasernen sind, daß es aber dennoch Erfolge gibt. Das verdeutlicht auch eine Erhebung von Dienstausgleichsregelungen in Kasernen Schleswig-Holsteins: So gibt es in der 2./ und 3./FmBtl 620 Dienstausgleich (DA) nach dem GvD, der von 12.00 bis 12.00 Uhr geht, ebenso für den UvD. In der 1./PzAufklBtl 6 gibt es für eine Wachwoche 1 Tag DA, für eine Bereitschaftswoche ebenfalls einen Tag. KvD ist von 12.00 bis 12.00 Uhr, danach DA, ebenso für den Unteroffiziersgrad. Bei Nachtausbildung bekommen die Kampfkompanien des Btl ½ Tag DA am Freitag. In der 3./6 bekommen die UvD DA nach einem Punktesystem: Für UvD unter der Woche einen Punkt, die Wochenend-UvD zwei Punkte, bei vier Punkten gibt es einen Tag DA pauschal im Monat. Diese errungenen Regelungen können nur gefestigt und zum Recht auf die 40-Stundenwoche und vollständigen Dienstausgleich weitergetrieben werden, wenn der Kampf gewerkschaftlich organisiert wird. Die Bedingungen dafür werden besser. Seit über einem Jahr arbeitet in Hamburg ein Arbeitskreis Wehrpflichtiger im DGB, auf dessen Antrag hat die Hamburger DGB-Kreisjugendkonferenz im November 1979 u.a. beschlossen:

– 40-Stundenwoche für Wehrpflichtige; für jeden Zusatzdienst muß ein ebenso langer Dienstausgleich gewährt werden. 6 Wochen Jahresurlaub.
– 70% des durchschnittlichen Facharbeiterlohns für Wehrpflichtige.

Gestützt auf diesen Beschluß haben die Eutiner Soldaten, die seit einem ¾ Jahr mit ständig steigendem Druck „Rheinländerwochenende! Freitag – 12 Uhr Feierabend! Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste!" fordern, im Februar einen DGB-Arbeitskreis Wehrpflichtiger in Ostholstein gegründet. 41 Kollegen haben in einem im „Ostholsteiner Tageblatt" veröffentlichten Leserbrief die Initiative der Gewerkschaft begrüßt.

Seit Februar verhandeln der DGB- und ÖTV-Kreisvorsitzende mit dem BtlKdr Otl Rath über die Erfüllung dieser Forderungen.

Daß gegenwärtig der Kampf gegen die grenzenlose Vernutzung der Arbeitskraft und für den Normalarbeitstag die Hauptfront der Soldatenbewegung gegen den bürgerlichen Staat bildet, mußte Apel im Weißbuch '79 zugeben. Durch diese Bewegung wurde der Bundeswehrverband Mitte '78 gezwungen, starke Worte zu gebrauchen: „Sollten bis Jahresende keine Abhilfemaßnahmen wirksam werden ... wird der DBwV ... erstmals außergewöhnliche Maßnahmen einleiten." Er schlug pauschale Ausgleichszahlungen vor, ein Angebot, das Apel passabel erschien. 90 DM für Zeit- und Berufssoldaten, 54 DM für Wehrpflichtige, sofern sie *dauernd* über 56 Stunden pro Woche im Dienst sind, bietet er seit Anfang '79 an. *Wer* das bekommt und *wann* das kommt (laut Bild: Herbst '80), steht weiter in den Sternen. Besser ist schon, man läßt sich nicht an das Wechselspiel des DBwV und Apels binden und organisiert den Kampf mit Hilfe der ÖTV, die seit Januar '79 vertritt:

„Eine Arbeitszeitregelung für alle Soldaten, die an die Entwicklung im öffentlichen Dienst angeglichen ist.
– Den besonderen Belastungen durch Schicht-, Wechselschicht- und Nachtarbeit oder durch andere unregelmäßige Arbeiten ist größere Bedeutung beizumessen. Vorrang hat der Gesundheitsschutz der Soldaten. Besondere Belastungen dürfen nicht durch Geld ausgeglichen werden."

„Fülle von Einsatzmöglichkeiten" für die Bundeswehr

r.rab. Hauptmann Borsch von der 4. Kompanie des Panzerbataillons 14 in Hildesheim hielt im Rahmen eines wehrpolitischen Seminars der Reservistenkameradschaft Holzminden einen Vortrag mit dem Thema: „Die rechtlichen Grundlagen für den Einsatz der Bunddeswehr". Es nahmen Reservistenkameradschaften aus Bodenwerder, Wangelnstedt, Stadtoldendorf, Höxter, Brevörde und Hildesheim teil. Im wesentlichen Teilnehmer mit Erfahrung im 2. imperialistischen Raubkrieg. Oberst Lochte, Inspizient für Reservisten aus Bonn und anderes hochdekoriertes Gesindel waren mit von der Partie. Als Vertreter der Stadtverwaltung erschien Stadtamtsrat Jürgens, Vorsteher des Ordnungsamtes Holzminden. Beunruhigt war diese Meute über die Frage, ob das Grundgesetz den schnellen Einsatz der Bundeswehr zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes im Innern wie gegen die imperialistischen Konkurrenten und die unterdrückten Völker sicherstellt. Borsch gab dann auch gleich einige Beispiele für Einsatzmöglichkeiten des Panzerbataillons 14 aus Hildesheim. Beispiel 1: Durch Unfall im KKW Stade sind sofort 57 Arbeiter und Angestellte infolge radioaktiver Strahlung tot, andere stark verseucht. Auch in der Umgebung werden viele getötet oder stark verletzt. Am nächsten Tag gibt es in fünf Bundesländern spontane Protestaktionen der Bevölkerung. Unter Führung bereits bestehender organisierter Gruppen, insbesondere KBW, KPD/ML, kommt es zu Gewaltaktionen. Teilweise gelingt es der Bevölkerung, Kernkraftwerke zu stürmen. Polizei und BGS ist nicht in der Lage, überall mit dem Ansturm fertig zu werden. Artikel 87a Absatz 4(GG) in Verbindung mit Art. 91a (GG) findet Anwendung. Das Panzerbataillion 14 wird zum „Objektschutz" und zur „Verkehrssicherung" eingesetzt.' Beispiel 2: Die Panzergrenadierbrigade 1 befindet sich auf einem Truppenübungsplatz in der Nähe Wolfsburgs. Aus einem Manöver sowjetischer Truppen bei Wittenberg an der Elbe heraus überschreiten 3 sowjetische Divisionen die Grenze. In Übereinstimmung mit Art. 115a Abs. 4 (GG) und §7 Soldatengesetz (Grundpflichten) befiehlt der Kommandeur der Panzergrenadierbrigade den Gegenangriff. Dabei handelt er auf eigene Faust – ohne Abwarten von Weisungen von höheren Dienststellen. Meldung über den Gegenangriff wird an die Division gemacht. Beispiel 3: Westdeutsche Fischereifahrzeuge haben in den Hoheitsgewässern der DDR gefischt. Alle Fischereifahrzeuge werden durch Einheiten des Warschauer Pakts mit Waffengewalt beschlagnahmt. In Anwendung des Art. 80a Abs. 1 (GG) wird das Panzerbataillon 14 aus Hildesheim eingesetzt. In Anwendung des Art. 12a Abs. 3 (GG) werden 30 ungediente männliche Wehrpflichtige über das Kreiswehrersatzamt Hildesheim zum Sanitätsdienst verpflichtet. Mit diesen 3 Beispielen – Versuch der Zerschlagung des bewaffneten Aufstands in der BRD – Beginn des 3. imperialistischen Raubkrieges durch SU – Beginn des 3. imperialistischen Raubkrieges durch BRD – hat der Hauptmann im wesentlichen klargestellt, daß die Bundeswehr eine in allen ihren Operationen gesetzlich abgesicherte imperialistische Armee ist. Entscheidend dafür, ob das Finanzkapital die Bundeswehr einsetzen kann oder nicht, sind jedoch nicht die Gesetze. Aus den Gesetzen wird nur die Absicht deutlich. Entscheidend ist, was die einfachen Soldaten und Reservisten tun werden. Das hat der Hauptmann Borsch und die ganze übrige dort versammelte Militärmafia „vergessen". Diese Sorte Vergeßlichkeit kann man aber in den Kasernen relativ jäh abstellen. Zum Beispiel indem dem Borsch schon jetzt klargestellt wird, daß er dann wohl allein zum „Objektschutz" gehen muß.

Die Uniform fürs Bundeswehrimage – verboten auf Veranstaltungen der Arbeiterbewegung

z.hev. Nicht der Zweckmäßigkeit der Uniform des Soldaten gilt die allererste Sorge der Bundeswehrführung bzw. des Bundespräsidenten, der für die Anzugsordnung verantwortlich ist. Im „Reibert", dem Handbuch für die wehrpflichtigen Soldaten, werden unter Punkt eins für die Notwendigkeit des tadellosen Sitzes und des einwandfreien Zustandes der Uniform „das Ansehen des Einzelnen und der Bundeswehr in der Öffentlichkeit" genannt. Dies ist der Ausgangspunkt für kleinliche Reglementierungen bis in die Unterhosen hinein und im Soldatenalltag ständiger Quell häßlichster und gemeinster Schikanierungen durch Vorgesetzte. Es geht um Zentimeter. Die Schalbestimmung z.B. eröffnet für gehässige Vorgesetzte ungeahnte Möglichkeiten: „Der Schal wird unter dem Mantel über Kreuz so getragen, daß Teile von Hemden und Binder sichtbar sind und der Schal nur wenig über den Mantelkragen hinausragt" – egal ob grimmig kalt oder nur kühl. Das Tragen von Fingerhandschuhen ist freigestellt – „sofern nicht für bestimmte Anzugsarten befohlen". Und beim Meldung machen in geschlossenen Räumen „sind Handschuhe abzulegen", was wenigstens noch der Logik menschlicher Temperaturregelung folgt. Im übrigen bestimmt der Dienstvorgesetzte, was zu tragen ist. Er befiehlt Helm ab oder Ärmel aufschlagen für alle, je nachdem ob ihm selbst zu warm ist oder nicht. Er kann auch befehlen, daß nach Dienst an bestimmten Orten und bei bestimmten Gelegenheiten Uniform zu tragen ist, nicht aber darüber, daß bei politischen Veranstaltungen eine Uniform nicht getragen werden darf und auch nicht bei Reisen nach Westberlin.

Das Uniformverbot bei politischen Veranstaltungen ist *gesetzlich* in §15 Abs. 3 des Soldatengesetzes geregelt, das alleine schon kennzeichnet seine politische Bedeutung. Soldaten, die demonstrativ in Uniform die Forderungen der Arbeiterbewegung erhoben, sind auf Grund dieses Gesetzes zumindest zu Disziplinarstrafen verurteilt worden. Die jüngste Entscheidung stammt vom Truppendienstgericht Mitte am 12. Februar. Es entschied gegen den Bundeswehrstabsarzt Carl-Christian Ebell auf vier Tage Arrest, weil er am 1. September des letzten Jahres in Uniform auf einer Veranstaltung des DGB aus Anlaß der 40. Wiederkehr des Kriegsausbruches teilgenommen hatte. Zahlreich sind die Verfahren gegen Soldaten in Uniform auf Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai. Ohne Uniform hätten diese Soldaten teilnehmen dürfen, wie in verschiedenen Urteilen immer wieder betont, mit Uniform aber handelt es sich um eine „Gefährdung des Ansehens der Bundeswehr", eine „Gefährdung der militärischen Ordnung", geeignet, „das Vertrauen der Bevölkerung in die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu untertergraben". Dabei handelt es sich aber einfach darum, daß ein Soldat, der sich als solcher deutlich erkennbar in die Arbeiterbewegung einreiht, damit bereits im Ansatz den Lauf der Dinge andeutet, der im bewaffneten Volksaufstand münden wird.



Hannover: Demonstration 14.6.75

Die Völker des Pazifik bekämpfen die Militärstützpunkte der US-Imperialisten

Verfassung von Belau verbietet ausländische Stützpunkte / Neues Abkommen für Kwajalein / USA müssen Enewetak säubern

z.mat.Sydney. Nach fast 150 Jahren kolonialer Expansion und mörderischer Aggression im pazifischen Ozean sehen sich die US-Imperialisten einer beständig fester werdenden Front der Völker Mikronesiens für nationale Unabhängigkeit gegenüber. Bis in die Jahre nach dem zweiten Weltkrieg hinein war es ihnen gelungen, den rivalisierenden Konkurrenten Kolonialbesitz abzujagen. Die unbewohnten Atolle Midway, Johnston und Wake, alle um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts in Besitz genommen und heute noch von der Luftwaffe bzw. Marine verwaltet, bildeten den Anfang. Guam, 3000 km östlich der Philippinen gelegen und größter Luftwaffen-und Marinestützpunkt der USA im Pazifik, wurde 1898 von der spanischen Kolonialmacht übernommen und wird heute vom Innenministerium als angegliedertes Territorium verwaltet. Ein Jahr später erreichten die USA in einem Abkommen mit Deutschland und Großbritannien die Teilung von Samoa, auf der südlichen Halbkugel 2000 km nordöstlich von Neuseeland gelegen, in (das ehemals „deutsche", heute unabhängige) Westsamoa und Amerikanisch-Samoa, das heute von einem Gouverneur ebenfalls als angegliedertes Territorium verwaltet wird. Mikronesien, eines der größten zusammenhängenden Inselgebiete des Pazifik, das sich von Guam bis 3000 km vor Hawai erstreckt, konnten die USA erst 1944 in Besitz nehmen, nachdem es vorher unmittelbar vor Kriegsende 1898 von Spanien an Deutschland verkauft, im ersten Weltkrieg von Japan besetzt und ab 1921 als Mandat des Völkerbundes von Japan eingenommen war. Mikronesien blieb unter militärischer Verwaltung, bis es 1947 den USA gelang, das Gebiet von den Vereinten Nationen als Treuhändergebiet zu erhalten.

Der Vertrag gab den USA das Recht, in Mikronesien militärische Anlagen zu errichten, nach eigenem Gutdünken Gesetze zu erlassen und bei allen Änderungen des Vertrages Veto einzulegen. Weiter bestimmte der Vertrag, daß die USA „den wirtschaftlichen Fortschritt und die Selbstversorgung der Einwohner fördern und zu diesem Zweck ... die Entwicklung der Fischerei, Landwirtschaft und Industrie unterstützen." Die US-Imperialisten betrachteten diese Bestimmungen als einen Fetzen Papier. 1967 stellte ein UNO-Bericht fest: „In den nächsten fünf Jahren wird es keine Mittel ... für wirtschaftliche Entwicklungsprojekte in Landwirtschaft, Meeresschätzen, Fischzucht und Tourismus geben ... 1981 wird Mikronesien wirtschaftlich abhängiger sein als heute".

Umso ungehemmter nutzten die USA das Recht auf militärische Anlagen und Versuche. Die Einwohner von Bikini und Enewetak wurden auf kleine unbewohnte Atolle ohne Lagunen umgesiedelt, wo die Brandung mehr als sechs Monate im Jahr jeden Fischfang unmöglich macht und die Inselbewohner fast verhungerten. Über 40 Atom- und H-Bombenversuche auf ihren Heimatinseln führten auf mehreren Nachbaratollen dazu, daß bis 1954 neun von zehn Kindern unter zwölf Jahren Tumore entwickelt hatten. Die Einwohner von Kwajalein wurden 1964 auf dem Nachbaratoll Ebeye zusammengepfercht, um Kwajalein als Zielgebiet für in Kalifornien gestartete Interkontinentalraketen freizubekommen. Auf Tinian wurde ⅓ der Insel für militärische Anlagen geräumt, der Flugplatz von Saipan wurde zum Luftwaffenstützpunkt ausgebaut.

Die ehemaligen Bewohner von Bikini waren die ersten, die den Kampf gegen die Ruinierung ihres Landes durch die US-Supermacht entschlossen aufnahmen. Nach 20 Jahren Kampf gegen die Zwangsevakuierung kehrten die ersten von ihnen ab 1970 auf ihre Inseln zurück. Die ehemaligen Bewohner von Enewetak erreichten Anfang 1979, daß die USA ein 100-Millionen-Dollarprojekt zur Reinigung der Insel von radioaktiven Rückständen und zur Vorbereitung ihrer Rückkehr einleiten mußten. Einen entscheidenden Aufschwung haben die Kämpfe der mikronesischen Völker in den letzten Monaten genommen. Der UNO-Vertrag über das Treuhandgebiet läuft 1981 aus, und die Mikronesier fordern die Beendigung der US-Herrschaft. Vier Staaten werden aus dem Treuhandgebiet hervorgehen. Die Nordmarianen mit Tinian und Saipan sind das einzige Gebiet, bei dem die USA eine Assoziierung erreichen konnten. Die Republik Belau (Palau-Inseln), die Marschall-Inseln und der Staatenbund von Mikronesien werden unabhängige Staaten sein. Alle Versuche der USA, Belau eine Verfassung aufzuzwingen, die den Betrieb ausländischer Stützpunkte ermöglicht, sind fehlgeschlagen, das Verbot von Stützpunkten ist Teil der Verfassung (wir berichteten in KVZ 3/80 darüber). Der Staatenbund von Mikronesien hat angekündigt, daß er dem südpazifischen Forum beitreten will, um durch die Teilnahme an den Tätigkeiten des Büros für wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Fischereiagentur den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft zu beschleunigen.

Auf den Marschall-Inseln haben die nach Ebeye umgesiedelten Einwohner von Kwajalein im Juli 1979 die Radareinrichtungen auf verschiedenen Atollen besetzt und den Abschuß mehrere MX-Raketen in Kalifornien verhindert. Sie forderten die Kündigung des Vertrages von 1964, der den USA gegen die Zahlung von 750000 Dollar die Nutzung von Kwajalein auf 99 Jahre zusicherte. Neben der Zahlung einer Entschädigung für die bisherige Umsiedlung verlangten sie die Neufestsetzung einer jährlichen Zahlung von mindestens 15 Millionen Dollar pro Jahr. Die US-Imperialisten, die durch ihren Unterhändler Rosenblatt im Juni vergangenen Jahres noch hatten verkünden lassen, nach dem Eintritt in die Unabhängigkeit der mikronesischen Staaten werde „eine neue Konstellation pazifischer Beziehungen" auf der soliden Grundlage fortgesetzter Verteidigungshoheit der USA errichtet werden, mußten jetzt der Ersetzung des Vertrages von 1964 durch einen Vertrag mit nur einjähriger Laufzeit zustimmen. Er sieht 2,2 Millionen Dollar rückwirkende Entschädigung und 7 Millionen für einjährige Nutzung von Kwajalein vor.



US-Raketenzielgebiet Kwajalein (im Hintergrund) und Siedlung auf Ebeye

Kanada: Seit 9 Wochen streiken 7400 Telefonarbeiterinnen – Streiks gegen Niedriglöhne

z.rül. ,,Die Anspannung ist so groß, daß eine enorme Anzahl von Telefonistinnen an Erschöpfungen und Depressionen leidet.'' So beschrieb eine Telefonistin aus Montreal die Arbeitsbedingungen bei Bell, dem größten Telefon- und Telexkapitalisten in Kanada. Seit 19. Januar streiken 7400 Telefonistinnen und Küchenarbeiterinnen. Die Bell-Kapitalisten zahlen ihnen Elendslöhne von 138 bis 195 Dollar die Woche, das sind etwa 920 bis 1300 DM brutto im Monat. Jetzt wollen sie Bildschirmgeräte einführen und einen Teil der Arbeiterinnen entlassen. Die Bell-Arbeiterinnen, die seit November 1977 keine Lohnerhöhung bekommen haben, fordern eine ,,beträchtliche'' Lohnerhöhung, Kündigungsschutz und Zuschläge für die enorm gesteigerte Arbeitshetze.

Seit 1975 haben große Teile der kanadischen Lohnabhängigen schwere Lohnsenkungen hinnehmen müssen, durch staatliche Lohnstopps und wilde Unterdrückungsmaßnahmen gegen Gewerkschaften. Der Führer der Postarbeitergewerkschaft Jean Claude Parrot sitzt seit dem 29. Januar wegen eines 1978 von der Regierung für illegal erklärten Streiks für drei Monate im Gefängnis.

Ein Erfolg der Bell-Arbeiterinnen würde dieser brutalen Lohndrückerei einen schweren Schlag versetzen. Entsprechend groß ist die Unterstützung für ihren Kampf unter den Arbeitern. Die Internationale Vereinigung der Postarbeitergewerkschaften unterstützt ihren Streik. Die Regierung Trudeau beriet gleich auf ihrer ersten Sitzung über Maßnahmen gegen den Streik, freilich ohne einen Beschluß. Auch gegen die Streiks von insgesamt 15000 Müll- und Reinigungsarbeitern in Toronto und Montreal, die für Lohnerhöhungen kämpfen, wagte sie noch nicht, eines der zahlreichen Antistreikgesetze einzusetzen. Stattdessen verschärfte sie die Polizeiüberfälle auf die Streikposten.



Demonstration von Bell-Arbeiterinnen

,,Landreform'' in El Salvador: Armee rückt gegen die Landarbeiter und Bauern vor

z.scc. Die Häupter der Großgrundbesitzer und Kompradoren El Salvadors drängen sich gegenwärtig in den Vorzimmern des Weißen Hauses in Washington. Sie warten. Zur gleichen Zeit verfügt die Militärjunta des zentralamerikanischen Staates die langangekündigte ,,Landreform''. 224000 ha, 60% des besten Bodens, Eigentum von 376 Großgrundbesitzerfamilien, würden an die Landarbeiter und landlosen Bauern verteilt.

Sollte es ursprünglich die Absicht gewesen sein, die Volksmassen zu beschwichtigen, so kann die ,,Landreform'' schon am Tage ihrer Verkündung als gescheitert angesehen werden. Nur wenige Minuten später verhängt die Junta einen 30tägigen Ausnahmezustand über das Land: Verbot von politischer Agitation, Versammlungen, Demonstrationen, uneingeschränkte Rechte für Polizei und Armee.

Seit Monaten reißt die Welle der Streiks, Massendemonstrationen, Landbesetzungen und bewaffneten Aktionen nicht ab. Der Terror der Staatsmacht und bewaffneter Privatbanden der Großgrundbesitzer v.a. gegen die organisierten Landarbeiter kann nicht verhindern, daß sich der revolutionäre Zusammenschluß des Volkes weiter festigt. Die christdemokratische Landarbeiterorganisation hat ihrer ,,Mutterpartei'' die Gefolgschaft aufgekündigt. Die Massen wollen die alte Ordnung nicht länger ertragen, und die herrschenden Klassen können sie *so* nicht länger halten, wovon der rasche Verschleiß der an der Regierung beteiligten Christdemokraten Zeugnis ablegt.

In dieser Lage ist die ,,Landreform'' selbst nichts weiteres als ein neuer Versuch, die revolutionäre Massenbewegung in ihrem Blut zu ertränken. Die Armee nämlich soll die ,,Landverteilung'' vornehmen; sie ist gleich aufs Land ausgerückt, aber nicht, um es zu verteilen, sondern um sengend und mordend gegen die Hauptstützpunkte der Landarbeiter und Bauern vorzugehen. Die Großgrundbesitzer warten derweil in Washington. Wird die Junta der Volksmassen nicht Herr, hält sich die US-Supermacht gegebenenfalls auch zu direkter Intervention bereit, ohnehin sind US-Marineinfanteristen in El Salvador bereits im Einsatz. Trotz der großen revolutionären Energien der Volksmassen ist die Lage gefährlich: Die Frage der Führung ist noch nicht entschieden, und die Revisionisten können inzwischen ihren Einfluß ausweiten.

dung als gescheitert angesehen werden. Nur wenige Minuten später verhängt die Junta einen 30tägigen Ausnahmezustand über das Land: Verbot von politischer Agitation, Versammlungen, Demonstrationen, uneingeschränkte Rechte für Polizei und Armee.

Seit Monaten reißt die Welle der Streiks, Massendemonstrationen, Landbesetzungen und bewaffneten Aktionen nicht ab. Der Terror der Staatsmacht und bewaffneter Privatbanden der Großgrundbesitzer v.a. gegen die organisierten Landarbeiter kann nicht verhindern, daß sich der revolutionäre Zusammenschluß des Vol-

verteilen, sondern um sengend und mordend gegen die Hauptstützpunkte der Landarbeiter und Bauern vorzugehen. Die Großgrundbesitzer warten derweil in Washington. Wird die Junta der Volksmassen nicht Herr, hält sich die US-Supermacht gegebenenfalls auch zu direkter Intervention bereit, ohnehin sind US-Marineinfanteristen in El Salvador bereits im Einsatz. Trotz der großen revolutionären Energien der Volksmassen ist die Lage gefährlich: Die Frage der Führung ist noch nicht entschieden, und die Revisionisten können inzwischen ihren Einfluß ausweiten.

EG sucht Handelsabkommen mit dem Andenpakt, Konkurrenzkampf gegen US-Kapital verstärkt

z.hef. Auf ihrer Sitzung am 17./18. März werden die Außenminister der EG-Staaten über Verhandlungen für einen Handelsvertrag mit dem Andenpakt in Lateinamerika beraten. Ziel sei es, die Meistbegünstigungsklausel durchzusetzen und den beiderseitigen Handel so weit wie möglich zu fördern, erklärte die EG-Kommission. Muster ist der in der letzten Woche mit ASEAN abgeschlossene Vertrag.

Der Andenpakt wurde 1969 als Unterorganisation der Lateinamerikanischen Freihandelszone gegründet. Zur Zeit gehören ihm Bolivien, Kolumbien, Peru, Ecuador und Venezuela an. Kolumbien ist der zweitgrößte Kaffeexporteur der Welt, Bolivien nach der Sowjetunion der größte Zinnproduzent, Peru ein führendes Kupferexportland.

Um die Ausbeutung dieser Reichtümer stehen die westeuropäischen Imperialisten (und die japanischen) in einem scharfen Konkurrenzkampf mit den führenden Räubern, den US-Imperialisten. Das US-Kapital hat die größten Marktanteile, Rohstofflieferungen und Kapitalanlagen. 1978 bezogen die US-Imperialisten z.B. 33,4% aller kolumbianischen Exporte, dicht gefolgt von den EG-Ländern mit zusammen 28,9% (die westdeutschen Imperialisten allein 18,4%). Das gleiche im Exportgeschäft nach Kolumbien: Die USA hatten 1978 38,4% des Marktes, alle EG-Staaten zusammen 23,4% (die BRD 7,7%). Und in den letzten drei Jahren haben die US-Imperialisten mit Hilfe niedriger Dollarkurse ihre Position wieder verbessert und Einbrüche der EG-Imperialisten zurückgeschlagen.

Die westeuropäischen Imperialisten versuchen, mit dem Handelsabkommen wieder in die Offensive zu kommen. Die Andenpaktländer ihrerseits hoffen, sich mit dem Vertrag etwas Luft gegen den übermächtigen Einfluß der US-Imperialisten zu verschaffen. Gleichzeitig bauen die EG-Imperialisten durch Warenexport geschaffene Stellungen durch Kapitalexport aus. VW z.B. verhandelt mit Peru und Ecuador über den Bau von Werken. Am Donnerstag interviewte die FAZ den VW-Vertriebschef Schmidt. ,,Der Marktanteil von Volkswagen in Brasilien liegt bei 46%, in Mexiko bei 22% und in allen übrigen lateinamerikanischen Ländern bei 4%. ,Letzteres', so Schmidt, ,muß anders werden.'''


VW-Exporte von Brasilien nach Peru

Zanussi: Mit Niedriglöhnen an die Spitze

Größter Haushaltsgerätekonzern Westeuropas / Arbeitsbedingungen und Kämpfe

z.ulg.Rom. Bei Pordenone, einem Städtchen mit kaum 50000 Einwohnern im äußersten Nordosten Italiens, liegt das Hauptwerk von Zanussi, dem größten Haushaltsgerätekonzern Westeuropas. Allein in diesem Werk werden 7800 Lohnabhängige ausgebeutet, im Gesamtkonzern sind es fast 33000. Ein Großteil der Belegschaften – auch die wichtigsten Zweigwerke liegen in dieser Region, Friaul – sind ehemalige Bauern, die von ihrem Flecken Land nicht mehr leben können. Viele versuchen noch, dem Boden nach Feierabend ein wenig für den Eigenbedarf abzuringen. Und 40% sind Frauen, oft die ersten, die von der ganzen Bauernfamilie in die Fabrik gehen mußten.

Zanussi hält in Westeuropa einen Marktanteil von 18%. Mehr als ein Viertel der gesamten italienischen Produktion der Branche, von der weit über die Hälfte exportiert wird, entfällt allein auf diesen Konzern. Die italienischen Imperialisten sind auf dem Haushaltsgerätemarkt führend. 1978 wurde die italienische Waschmaschinenproduktion nur noch von den beiden Supermächten und Japan übertroffen. Bei Kühlschränken hält Italien die absolute Weltspitze: 7,4 Mio. Stück im Jahr, gegenüber 6,1 Mio. in der Sowjetunion und 2,8 Mio. in der BRD.

Die Grundlage? ,,Eine Spitzenstellung in der Produktivkraft und Intensität der Arbeit'', erklärt uns der örtliche Gewerkschaftssekretär. ,,Die Automatisierung der vor den Fließbändern liegenden Produktionsabschnitte mit Industrierobotern usw. ist hier z.B. weiter fortgeschritten als in vergleichbaren westdeutschen Fabriken. Und die niedrigen Löhne natürlich.'' Niedrig nicht so sehr im italienischen Vergleich: Seit vielen Jahren entspricht der Durchschnittslohn in der Elektroindustrie fast genau dem der verarbeitenden Industrie insgesamt. Eine Fließbandarbeiterin verdient hier 430000 bis 440000 Lire, etwa 30000 Lire weniger als in den Turiner FIAT-Werken. Das sind knapp 1000 DM umgerechnet, zwar nicht der Kaufkraft nach – danach sind es rund ein Drittel mehr –, aber nach dem Wechselkurs, zu dem die italienischen Elektrokapitalisten exportieren. Bei Zanussi liegt der Exportanteil bei 60% des Gesamtumsatzes. Der größte Teil der Ausfuhr geht in die anderen EG-Länder, oft unter anderen Markenzeichen wie Stern, Hoover oder Electrolux, früher auch AEG. Darüber hinaus besitzt der Konzern Zweigwerke in Holland und vor allem in Spanien. In vielen Ländern der Dritten Welt werden Zanussi-Modelle in Lizenz nachgebaut.

Früher war ein großer Teil der Frauen in den beiden Niedriglohngruppen 1

nach sind es rund ein Drittel mehr –, aber nach dem Wechselkurs, zu dem die italienischen Elektrokapitalisten exportieren. Bei Zanussi liegt der Exportanteil bei 60% des Gesamtumsatzes. Der größte Teil der Ausfuhr geht in die anderen EG-Länder, oft unter anderen Markenzeichen wie Stern, Hoover oder Electrolux, früher auch AEG. Darüber hinaus besitzt der Konzern Zweigwerke in Holland und vor allem in Spanien. In vielen Ländern der Dritten Welt werden Zanussi-Modelle in Lizenz nachgebaut.

Früher war ein großer Teil der Frauen in den beiden Niedriglohngruppen 1
und 2 eingruppiert. Aber 1976 hat die Metallarbeitergewerkschaft einen Tarifvertrag durchgesetzt, nach dem die meisten in die Ecklohngruppe 3 aufgruppiert werden mußten. Der Anteil der beiden untersten Lohngruppen an den beschäftigten Arbeitern fiel in einem Jahr von 36,3 auf 8,6%, das ist weniger als z.B. im FIAT-Konzern. Auch der Anteil der Akkordzuschläge am Lohn ist mit 1,5% überraschend gering. Wie ist das gekommen? ,,1968 haben wir in harten Kämpfen eine Betriebsvereinbarung durchgesetzt, nach der der Einzelakkord abgeschafft und die Höhe der Akkordzuschläge zugunsten der tariflich gesicherten festen Lohnbestandteile eingefroren worden ist'', erklärt uns ein Vertrauensmann.

,,Damit war der Intensivierung der Ausbeutung eine gewisse Schranke gesetzt'', fährt er fort, ,,aber gereicht hat das nicht.'' Setzt man die theoretisch mögliche Höchstintensität der Arbeit gleich 100%, hat der Konzern den ,,Sättigungsgrad'' bei der Einsaugung von Mehrarbeit in fünf Jahren von 72–74% auf jetzt 84–85% steigern können. Wie geht das konkret vor sich, fragen wir. ,,Nimm z.B. das Fließband 4, wo die Waschmaschinentrommeln zusammenmontiert und eingebaut werden'', antwortet der Vertrauensmann. ,,Dort hat die Geschäftsleitung kürzlich die Norm von 130 auf 138 Trommeln pro Stunde hinaufschrauben wollen. In diesem Fall haben sich die Arbeiter durchsetzen können, indem sie einfach nicht mehr als 130 Trommeln gemacht haben. Aber in vielen Fällen haben diese zersplitterten Abwehraktionen in den Abteilungen mit Niederlagen geendet.''

In letzter Zeit greifen die Kapitalisten direkt die früher von der Gewerkschaft durchgesetzten Pausenzeiten an. Die Normalarbeitszeit beträgt 8 Stunden, einschließlich 45 Minuten bezahlte Pausen. Darüber hinaus gibt es für besonders anstrengende Arbeiten Extrapausen, bei den Pressen für die Waschmaschinentrommeln z.B. auf 45 Minuten Arbeit eine Viertelstunde Pause. Die Zanussi will dort die reine Arbeitszeit von jetzt 5 Stunden und 10 Minuten um eine halbe Stunde verlängern. Seit jeher wird im ganzen Werk im Zweischichtsystem gearbeitet. Nur in der Plastikabteilung (ca. 200 Arbeiter) gibt es Nachtschicht; aber seit einer 1974 erkämpften Betriebsvereinbarung müssen auch diese Arbeiter ,,nur'' noch alle neun Wochen nachts arbeiten.

Gegenwärtig bereitet die Gewerkschaft die Forderungsaufstellung für den betrieblichen Zusatztarif vor. Was werden die Hauptforderungen sein? Der Vertrauensmann, übrigens Mitglied der PCI-Zelle, antwortet ohne Zögern: ,,Lohnerhöhung und Schranken gegen die Steigerung der Arbeitsbelastung.'' Der Gewerkschaftssekretär faßt den derzeitigen Diskussionsstand zusammen: ,,Die Lohnforderung wird bei 45000 Lire liegen, das Gesamtvolumen der Forderungen bei 14%. Schon nach den bisherigen Betriebsvereinbarungen werden auf die genommenen Zeiten z.B. bei Fließbandarbeit bestimmte Prozentsätze aufgeschlagen. Wir werden gegen die andauernde Arbeitsintensivierung eine pauschale Erhöhung dieser Prozentsätze fordern.'' Nach Meinung des Funktionärs wird der Kampf um den Zusatztarif ziemlich entscheidend sein für das Gewicht der Gewerkschaft im Betrieb, das in den letzten Jahren durch die im Namen der ,,Diversifizierung'' der Konzernproduktion (Fernseher, Fertighäuser usw.) betriebene ,,Lohnmäßigung'' erheblich geschwächt worden ist. Zusätzlich hat der Konzern regelmäßig Kurzarbeitsperioden (gerade in der Fernseherproduktion) verfügt, während derer ein um 20% verminderter Lohn aus Versicherungsgeldern bezahlt wird.

Trotzdem und trotz der bäuerlich-katholischen Tradition der Gegend liegt der Organisationsgrad mit 75% weit über dem italienischen Durchschnitt. In den Turiner FIAT-Werken z.B. beträgt er nur 35%. Während des nationalen Tarifkampfes im letzten Jahr hat die Belegschaft drei Wochen lang ununterbrochen die Werkstore blockiert, um die Auslieferung fertiger Waren zu verhindern. Kein Lastwagen, ob beladen oder unbeladen, wurde mehr aus dem Werk herausgelassen, bis der Abschluß durchgesetzt war.

Die AEG hat bis 1978, als die italienischen Teilhaber das westdeutsche Elektromonopol auskaufen konnten, einen Anteil von 20% an der Zanussi gehalten. Gibt es praktische Zusammenarbeit mit den ausländischen Gewerkschaften, fragen wir den Gewerkschaftssekretär. ,,Bisher nicht.''




Anders als in Italien sind die Löhne für die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen der Elektroindustrie in Westdeutschland erheblich niedriger als in der übrigen Metallbranche.

Zimbabwe: Landverteilung eine der wichtigsten Aufgaben

z.hef. Der britische Gouverneur für Rhodesien Lord Soames und der künftige Premier Zimbabwes Robert Mugabe einigten sich am Freitag auf den 18. April als Termin für die Unabhängigkeit Zimbabwes. Dann wird die neue, in der letzten Woche gebildete Koalitionsregierung von ZANU und ZAPU die Verwaltung übernehmen. Der alte koloniale Staatsapparat ist bisher noch weitgehend intakt. Zwar wurden einzelne Söldnereinheiten aufgelöst und nach Südafrika geschickt, auch sind die höchsten Richter zurückgetreten, aber Armee und Verwaltung sind weiterhin in der Hand der Siedler. ZANU und ZAPU stehen vor der schwierigen Aufgabe, diesen Apparat stückweise zu zerbrechen. Als vordringliche Aufgabe nannte Mugabe am letzten Donnerstag auf einer Pressekonferenz die Neuorganisierung der Verwaltung und die Landverteilung an landlose Bauern und Flüchtlinge. Dafür wird sofort das unbebaute Land in den bisherigen ,,weißen'' Gebieten verwandt. Die bisherigen ,,geschützten Dörfer'', Internierungslager für die ländlichen Massen, sind geöffnet worden, die Sperrstunden und andere Ausgangsbeschränkungen wurden aufgehoben. Die Imperialisten setzen den Hebel gegen die neue Regierung schon an: Südafrika erklärte, sein Verhalten zur neuen Regierung hänge davon ab, ob sie die Staatsschulden des Smith-Regimes bezahle. Über südafrikanische Banken hatten die Imperialisten ihren Krieg gegen das Volk von Zimbabwe finanziert, von dem sie jetzt die Zahlung der Kriegskosten verlangen.

Für Selbstbestimmungsrecht? Nicht Worte, Taten zählen!

z.scc. Bisher pflegte das Königreich Niederlande sich ab und an damit hervorzutun, daß man das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes unterstütze. Weit her war es nie damit, zur Anerkennung der DARS jedenfalls hat diese Sorte ,,Unterstützung'' nie gereicht. In der vorletzten Woche nun brachte der niederländische Konzern Bos Kalis einen Auftrag *Marokkos* unter Dach und Fach, für 100 Mio. DM einen Hafen in der Hauptstadt der DARS El Aaiun zu bauen. Daß dieser Hafenbau die Ansprüche Marokkos auf die und seine Besatzerrolle in der Westsahara nur festigt – Geschäft ist Geschäft, kommentiert die bürgerliche Presse. Und im übrigen sei es der überraschten Regierung auch höchst unwillkommen. Von wegen! Diese hatte bereits 1978 eine Kreditgarantie über mehr als 70 Mio. DM für dieses ,,marokkanische Projekt'' zugesagt.

Streik der Kleinbus- und Taxifahrer in Sierra Leone

z.hef. Die Taxi- und Kleinbusfahrer in Sierra Leones Hauptstadt Freetown streiken seit dem 5. März. Die Regierung hatte am 1. März die Benzin- und Ölpreise um 30% erhöht. Am 4. März verbot sie die neuen Fahrpreise der Fahrer und legte ihrerseits Fahrpreise fest. Die Fahrer wurden mit Demonstrationen vor allem von Studenten unterstützt. Alle Geschäfte in Freetown waren geschlossen. Bewaffnete Polizei griff die Demonstranten mit Tränengas an. Taxis und die Podas, die Kleinbusse, sind wichtige Transportmittel für die 320000 Einwohner Freetowns und zwischen den Städten Sierra Leones. Die Eisenbahn liegt still, der letzte Per-

Das Soziale Netz der DDR

Finanziert aus indirekten Steuern / Äußerste Ökonomie des Lohnaufwandes

z.gek. In einigen Hinsichten kann die neue Bourgeoisie der DDR den Nachweis der Überlegenheit ihres Systems eines bürgerlichen Sozialismus gegenüber den alten Bourgeoisien des Westens tatsächlich antreten. Bis zum Jahr 1977 war es ihr z.B. gelungen, gut 82% aller Frauen zwischen 15 und 60 Jahren als „erwerbstätig" zu registrieren, nicht gerechnet Schülerinnen und Studentinnen, die die Gesamtzahl in die Nähe von 100% bringen dürften. Weiter: von insgesamt 3 Millionen Rentnern in der DDR arbeiten rund 400000 weiter, um ein Auskommen zu haben. Lehrlinge sind auch in reinen Lehrwerkstätten verpflichtet, „eine volkswirtschaftliche bedeutsame Lehrproduktion" zu liefern. In Lohnarbeiter verwandelt sind schließlich de facto auch die Masse der in Produktionsgenossenschaften zusammengefaßten Handwerker und Bauern. Kurzum, nahezu die *gesamte* gesellschaftlich verfügbare Arbeitskraft und Arbeitszeit lassen die Inhaber der staatlichen Macht und damit der Produktionsmittel für sich arbeiten.

Dieses System, wenngleich es noch nicht erlaubt, dieselbe intensive Arbeitsleistung zu erzielen, wie sie die westlichen Konkurrenten aus einem relativ kleineren, schärfer gesiebten Arbeitskörper herauspressen, hat doch von vornherein einen bedeutenden Vorteil: es erlaubt eine außerordentliche Ökonomie der Lohnzahlung wie überhaupt der Mittel, die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendig sind. Mit anderen Worten: die Löhne können sehr niedrig gehalten werden, ohne daß größere Teile der Arbeiterbevölkerung deshalb dem direkten Elend ausgeliefert werden.

Die Löhne in der DDR – man kann DM und Mark erfahrungsmäßig etwa 1:1 setzen – sind von vornherein so bemessen, daß sie nur in der Notgemeinschaft der Familie ein Auskommen ermöglichen. Der Durchschnittslohn der amtlichen Statistik von 985 DM im Jahr 1978 schrumpft wenige Seiten später zum statistisch durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 1670 Mark für einen 4-Personen-Haushalt.

Aber dazu kommt ja der „zweite Lohn", werden die Revisionisten einwenden, das „gesellschaftliche Einkommen"! Damit ist gemeint, daß tatsächlich die werktätigen Massen in der DDR erheblich mehr aus der Sozialversicherung, vor allem als Rentner sowie im Falle von Krankheit und Schwangerschaft, herausgezahlt erhalten, als sie an direkten Beiträgen aufzubringen haben. Ebensowenig deckt die Lohnsteuer die verschiedenen staatlichen Sozialleistungen.

Ganz anders sieht es allerdings aus, bezieht man die Hauptsteuern ein, woraus der Staatsapparat sich finanziert, die „produktgebundenen Abgaben", die in der Preiskalkulation der Betriebe dem Warenpreis zugeschlagen werden und tatsächlich eine indirekte Steuer sind, die gezielt auf den Konsum der Volksmassen gelegt ist (vgl. Schaubild links). Auch gegen die Subventionen für Grundnahrungsmittel oder Mieten aufgerechnet, bleiben – wie unsere Gesamtrechnung im Schema unten zeigt – 17,5 Mrd. Mark, d.h. ein rundes Fünftel der Gesamtlohnsumme, in dem sozialen Netz hängen.

Dieser in Kapital rückverwandelte Lohn findet sich in der weiteren Ausführung des Staatshaushalts – der zusammen mit dem Jahreswirtschaftsplan aufgestellt wird – dann durchaus in der Finanzierung notwendiger Einrichtungen zur Reproduktion der Arbeitskraft wieder angelegt, wie Schulen, Krankenhäuser, u.ä. Hier sieht sich die Bourgeoisie feststehenden Ansprüchen und Rechten der Arbeiterklasse gegenüber, die sie gegenwärtig nicht übergehen kann. Fast exakt zur Hälfte ist der Staatshaushalt aus Lohngeldern u.a. Arbeitseinkommen aufgebracht und finanziert damit die Reproduktion der Arbeitskraft; fast exakt die andere Hälfte stammt aus der Besteuerung des geschaffenen Mehrwerts und finanziert damit Investitionen zur Reproduktion des Gesellschaftskapitals sowie den staatlichen Unterdrückungsapparat.

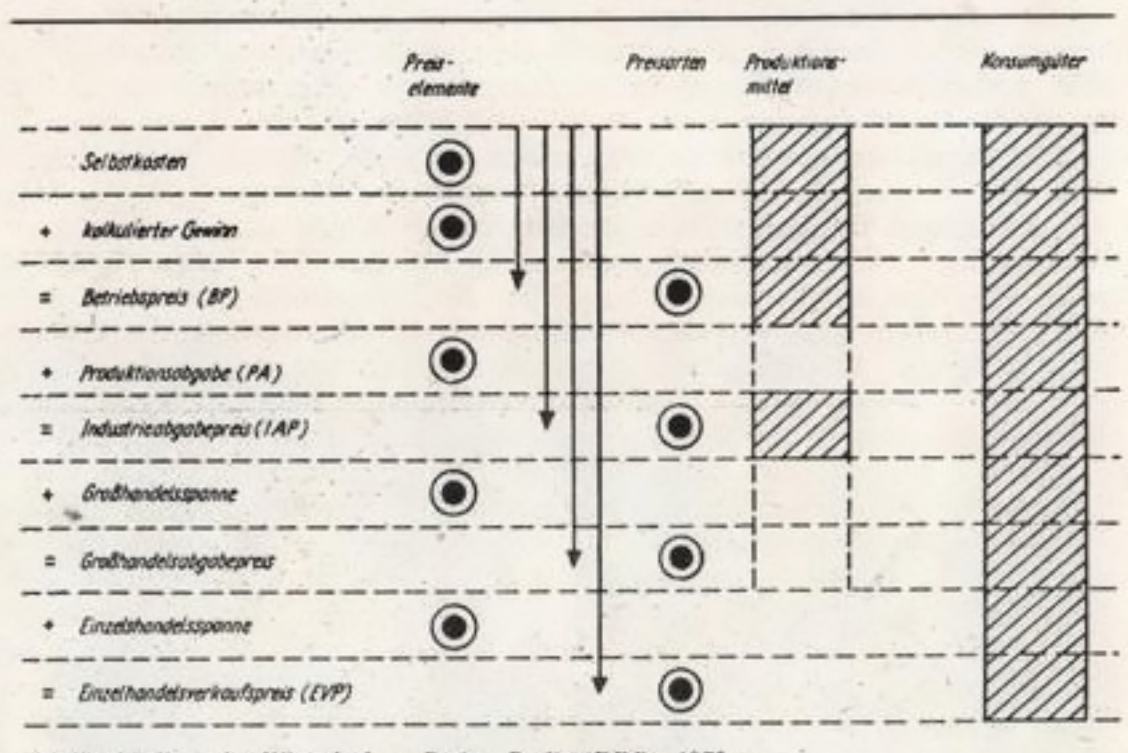
Aber die sachlichen Mittel zur Reproduktion der Arbeitskraft befinden sich eben in den Händen der neuen Ausbeuterklasse, wie das gesellschaftliche Produktivkapital. Sie dienen ihrerseits zur Rationalisierung der Kosten, die die Reproduktion der Arbeitskraft in der Folge der Generationen und unter wechselnden Lebensumständen macht. Ca. 25% der Gesamtlohnsumme werden dafür eingesetzt, gegenüber rund 30% einer erheblich höheren Lohnsumme in der BRD (wo allerdings auch der Verschleiß der Arbeitskraft mit Sicherheit höher ist).

Sparsamkeit ist nicht an und für sich schlecht. Vieles am Sozialversicherungssystem der DDR erinnert der Form nach an den proletarischen Staat, woher es ja auch stammt. Aber die Gehässigkeit der indirekten Besteuerung des Lohns, überhaupt sein niedriger Standard, verrät die Revisionisten. Die indirekten Steuern fressen trotz Preissubventionen unweigerlich gerade die niedrigen Löhne an (fast 30% der Arbeiterhaushalte haben unter 1200 M. netto im Monat), im schamlosen Kontrast zu den hohen Löhnen, für die der Steuer- und Versicherungssatz proportional sinkt.

Sozialversicherung. Kranken- und Rentenversicherung der DDR sind in einer einheitlichen Sozialversicherung organisiert, die einen direkten Teil des Staatshaushaltes bildet, aber durch den FDGB verwaltet wird. Der Pflichtbeitrag der Arbeiter und Angestellten beträgt 10% des Lohnes bis 600 Mark. (Durchschnittslohn 1978: 985 M.). Dazu kommen 12,5% (im Bergbau 22,5%) Beitrag der Betriebe. Die Hauptleistungen der Sozialversicherung sind das Krankengeld (90% des Netto-Lohns für 6 Wochen) und die Renten (Durchschnittsrente 1978: 304 M.). 80% der Versicherten zahlen inzwischen 10% vom Lohn *über* 600 M. (bis 1200 M. Obergrenze) in die Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR); die Durchschnittsrente plus Zusatzrente beträgt 437 M.

Lohnsteuer. Bei Steuerkl. I beginnt die Lohnsteuer bei 190 M./monatl. mit 10%. Bis 1260 M. steigt der Lohnsteuersatz progressiv auf 20% an. Für alle höheren Einkommen bleibt er dann konstant 20%! Schicht- und Mehrarbeitszuschläge sowie Prämien sind steuerfrei, Zuschläge für Feiertagsarbeit u.a. steuerbegünstigt.

Preiskalkulation für Kapital- und Konsumgüter



Quelle: Lexikon der Wirtschaft – Preise, Berlin (DDR), 1972

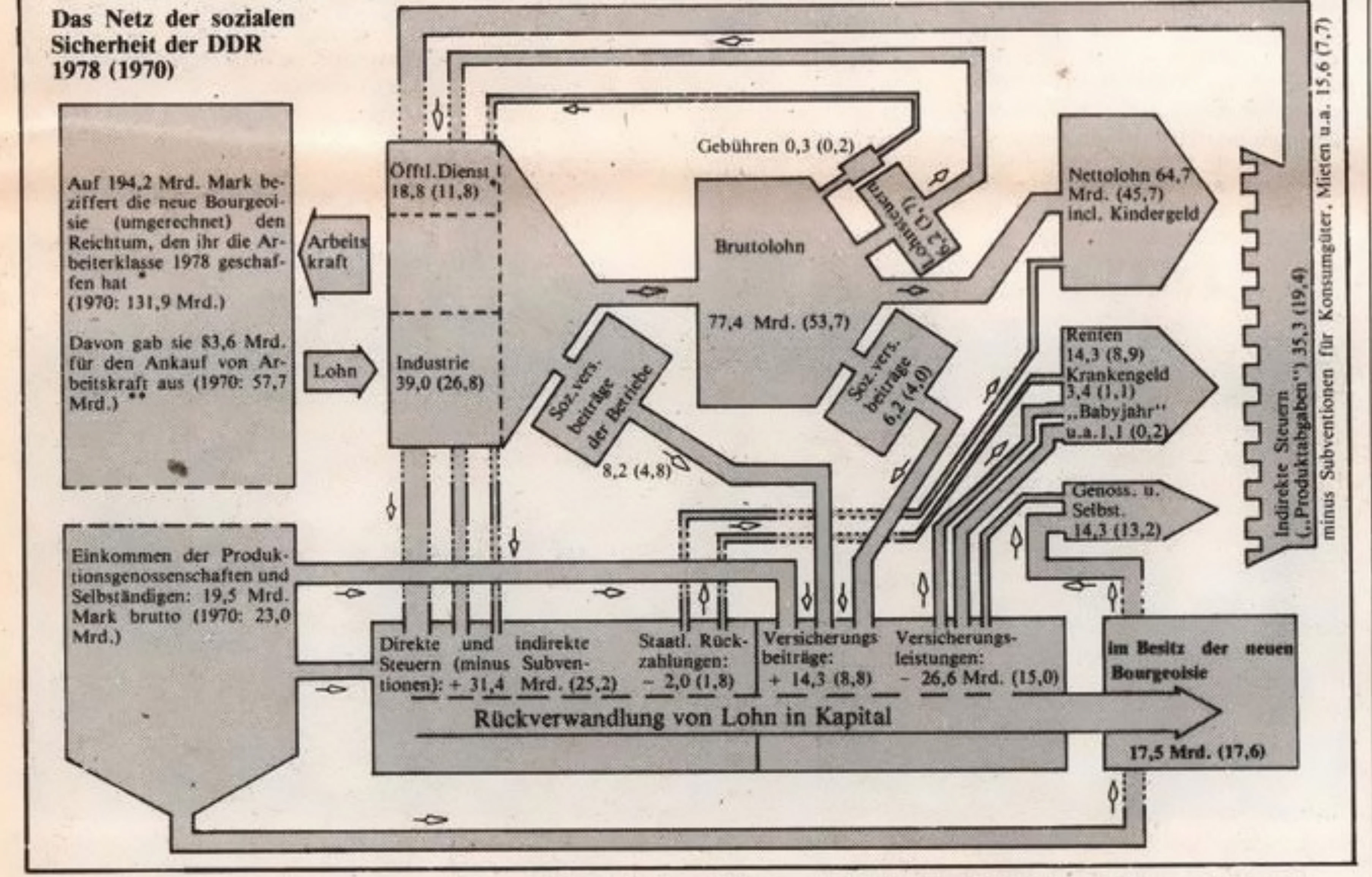
Der Staatshaushalt 1978 der DDR – Die Haupteinnahmen und -ausgaben –

(in Mrd. Mark)

I. EINNAHMEN	
Gesamteinnahmen	*132611*
Einnahmen von volkseigenen Betrieben, insg. davon	77317
– Produktionsfonds- und Handelsfondsabgaben	15996
– Abführungen Nettogewinn	26007
– Produktgebundene Abgaben	35314
Abführungen der Banken	4990
Abgaben der Landwirtschaft	1320
Einnahmen von Produktionsgenossenschaften	2695
Einnahmen von privaten Gewerbetreibenden, Handwerkern	2522
Lohnsteuern der Arbeiter und Angestellten	6174
Einnahmen der Sozialversicherung davon	14335
– aus dem Beitragsanteil der Betriebe, staatl. Organe und Genossenschaften	8171
– aus den Beitragsleistungen der Werktätigen	6147
Gebühren u.a. Verwaltungseinnahmen	263
Gemeindesteuern	536

II. AUSGABEN	
Gesamtausgaben	*132103*
Wissenschaft und Forschung	2174
Finanzierung von Investitionen	5708
Unterhaltung der Verkehrswege	3115
Preisstützung für Roh- und Grundstoffe, Preisausgleichsfonds für Industriebetriebe	6565
Investitionszuschüsse, Preisstützung für Produktionsmittel der Landwirtschaft	7018
Ausgaben für das Wohnungswesen	6216
– darunter zur Gewährleistung stabiler Mietpreise	1397
Preisstützungen zur Gewährleistung stabiler Verbraucherpreise und Tarife davon	14189
– Lebensmittel	7720
Ausgaben für das Bildungswesen	9539
Ausgaben für das Gesundheits- und Sozialwesen davon	8911
– staatliches Kindergeld	1402
Ausgaben der Sozialversicherung davon	26565
– Renten	14330
– Krankengeld	3403
– Schwangerschaftsgeld, bezahlte Freistellung („Babyjahr")	895
Ausgaben für den Staatsapparat und wirtschaftsleitende Organe	3610
Ausgaben für öffentl. Sicherheit, Justiz und Grenztruppen	3313
Ausgaben für nationale Verteidigung u. Zivilverteidigung	8378

Quelle: Neues Deutschland, 29.6.79



* *DDR-„Nationaleinkommen", umgerechnet auf „Brutto-Sozialprodukt"; zur Methode vgl. Handbuch der DDR-Wirtschaft, hrsg. vom DIW, 1977*
** *Eigene Berechnung – Quellen: Statistisches Jahrbuch der DDR, Jg.1972 und 1979 / Neues Deutschland, 29. Juni 1979 / Handbuch DDR-Wirtschaft, s.o.*

---

sonenzug fuhr 1974. Sie war ehemals von den britischen Kolonialisten sowieso nur für den Abtransport der Rohstoffe gebaut worden und bei der Unabhängigkeit 1961 völlig verrottet. Die höheren Benzin- und Ölpreise sind Teil des „Sparsamkeitsprogramms", dem die Regierung Ende 1979 nach langem Zögern zustimmte. Der IWF hatte es als Bedingung für einen dringend gebrauchten Währungskredit gefordert. Außerdem setzten die Imperialisten durch, daß ein IWF-Beauftragter im Finanzministerium sitzt und die Ausgaben kontrolliert. Z.B. darf Sierra Leone auf Beschluß des IWF für die Organisierung der OAU-Gipfelkonferenz im Juli nicht mehr als 100 Mio. Leone ausgeben.

Äthiopien: Zwangskollektivierung verschlechtert die Lage der Bauern

z. hot. In Äthiopien boykottieren die Bauern immer mehr den staatlichen Zwangsankauf. Im benachbarten Sudan erzielen sie für Kaffee über 200% mehr als in Äthiopien. Die im Rahmen der „internationalen Arbeitsteilung" der Sowjetunion vorgenommene Umstrukturierung der äthiopischen Landwirtschaft hat schon zu einem erheblichen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion des Landes für den Eigenbedarf geführt. So sanken von 1974–78 die Maisproduktion von ca. 1,9 Mio. t. auf 0,8 Mio. t und die Gersteproduktion von 1,4 auf 0,6 Mio. t. Die Produktion von Sorghum, einem traditionellen einheimischen Nahrungsmittel, sank von 1974–77 von 0,8 auf 0,6 Mio. t. Parallel dazu stiegen die Nahrungsmittelpreise noch schneller als die übrigen Preise. Von 1970 bis 77 war die durchschnittliche Teuerungsrate 78,4%, die der Nahrungsmittel 86,4%. – Die Produktion von Kaffee für den Verkauf an die Sozialimperialisten ja 15% unter dem Weltmarktpreis stieg dagegen von 1974–78 von 0,132 Mio. t auf 1,9 Mio. t. Um seinen Verpflichtungen gegenüber der SU nachzukommen treibt das Mengistu-Regime die Zusammenfassung der Bauern auf großen Plantagen voran, und die staatlichen Subventionen gehen fast ausschließlich an die Staatsfarmen, während die Erträge der Bauern oft niedriger sind als die drückenden Steuern, die die feudale Pacht abgelöst haben. Um den Widerstand der Bauern gegen diese Politik zu brechen, verschärft das Marionettenregime die Unterdrückung: seit Beginn des Jahres wurden mindestens neun Bauern von der Grenzpolizei erschossen.

Streikposten-Urteil: CGT muß Nichtstreikenden Lohn zahlen

z.inl.Paris. Die französischen Kapitalisten setzen gegenwärtig eifrig ihre Gerichte gegen einzelne Gewerkschafter ein, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. Am 7.3. gingen sie einen Schritt weiter: Die Gewerkschaft CGT wurde verurteilt, über 300000 FF Entschädigung für Lohnverluste an 155 Beschäftigte der Firma Tailor zu zahlen, die durch Streikposten am Betreten der Fabrik gehindert worden waren. In einem dreiwöchigen Streik letztes Frühjahr hatte die Belegschaft von Tailor in Lunéville (Produktion von Sattelschlepperanhängern, 1450 Beschäftigte, 80% in der CGT organisiert) eine 13–17%ige Lohnerhöhung erkämpft. Der Kapitalist sammelte Unterschriften unter eine Gemeinschaftsklage gegen die CGT. 259 Beschäftigte erklärten, teilweise unter Druck, daß sie ihr „Recht auf Arbeit" wegen der Streikposten nicht wahrnehmen konnten. 104 zogen während des Prozesses die Klage zurück. Das Gericht gab dem Rest recht und urteilte auf Grundlage von Art. 1382 des Bürgerlichen Gesetzbuches – wer einem anderen Schaden zufügt, muß ihn wiedergutmachen –, daß Streikpostenstehen ein „unerlaubtes Vergehen" sei, „das das Recht auf Arbeit in Frage stellt". Der zugefügte Schaden wurde zwischen 500 und 3400 FF pro Mann beziffert. Am Tag der Urteilsverkündung streikten die Arbeiter bei Tailor gegen diesen Angriff auf das Streikrecht.

Parlamentswahl in Euskadi – Sieg der baskischen Parteien

z.inl. Mit einer kompletten Niederlage der spanischen Bourgeoisie endeten die Wahlen zum ersten baskischen Parlament am 9.3. Weder die Serie von rechten Terroranschlägen vor den Wahlen noch Manipulationen zur günstigsten Mandatszuteilung auf die Provinzen hatten den gewünschten „zentralistischen" Effekt. Ganze 6 der 60 Sitze erhielt die Regierungspartei UCD, 9 die sozialdemokratische PSOE, 1 die Revisionisten. Gewonnen haben die drei baskischen Parteien PNV, Herri Batasuna und Euskadiko Ezkerra mit insgesamt 42 Sitzen. 53% der Stimmen erhielten sie in der Provinz Alava, 68% in Guipuzcoa und 64% in Vizcaya. Die Wahlbeteiligung lag im Durchschnitt der drei Provinzen knapp unter 60%. Verglichen mit den allgemeinen Wahlen 1977 verloren die bürgerlich-zentralistischen Parteien kräftig: die UCD 40%, die PSOE 52%. Die den beiden ETA-Flügeln militar und politico-militar nahestehenden Parteien Herri Batasuna und Euskadiko Ezkerra (EE), die entschieden am Kampf für nationale Unabhängigkeit festhalten, haben ihren politischen Einfluß vergrößert, der Stimmenzuwachs für EE betrug 40%. Das baskische Volk hat mit dieser Wahl demonstriert, daß es weiterhin für das nationale Selbstbestimmungsrecht kämpfen wird und dazu auch das „Autonomiestatut" samt Parlament und Regierung nutzen wird. Als nächsten Schritt fordern die Parteien Euskadis eine Volksabstimmung in Navarra, der vierten baskischen Provinz Spaniens, über die Eingliederung in die „Autonome Gemeinschaft Baskenland".

In Vietnam haben sich bereits Teile des Volkes gegen das Le-Duan-Regime erhoben

z.lup. Radio Hanoi hat in der vergangenen Woche mitgeteilt, daß das Volksgericht von Bin Thri Thien drei Führer einer „konterrevolutionären Bande" verurteilt habe, einen davon zum Tode. Sie hätten versucht, eine Rebellion zu organisieren, eine Volksfront zu bilden und Beziehungen mit „reaktionären Kräften im Ausland" herzustellen. Bin Thri Thien liegt in Zentralvietnam, in der Nähe des 17. Breitengrades. Ein Teil des Bezirks wird von Hochland bedeckt, in dem Bergstämme leben. Bereits im vergangenen Jahr gab es vereinzelte Berichte über Widerstand und Aufstände von den Bergstämmen. Das Informationsbulletin der Regierung des Demokratischen Kampuchea hatte über einen Brief der provisorischen Regierung von Fulro-Dage berichtet, der die Unterstützung des Kampfes des kampucheanischen Volkes gegen den „gemeinsamen Feind", den vietnamesischen Expansionismus, versicherte.

Die Zahl der Angehörigen der Bergstämme ist nicht genau bekannt, allgemein wird davon ausgegangen, daß sie eine Million nicht überschreitet. Für den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die koloniale und imperialistische Unterdrückung haben sie stets eine wichtige Rolle gespielt. Das von ihnen bewohnte Gebiet umfaßt fast ⅔ der Fläche Südvietnams und ist von entscheidender Bedeutung für die Verbindung des Nordens mit dem Süden. Zudem bewohnen sie direkt die Grenzgebiete sowohl mit Kampuchea und Laos wie auch im Norden mit China. Der Zugang des Ho-Chi-Minh-Pfades nach Südvietnam führte direkt durch die Gebiete der Bergstämme. Die französische Kolonialmacht, die von der Mündung des Mekong im Süden und von der Mündung des Roten Flusses im Norden her Vietnam unterworfen hatte, hat die Bergstämme und damit große Gebiete Zentralvietnams niemals vollständig unter Kontolle bekommen können. Ebensowenig die amerikanischen Imperialisten. Teile der Bergstämme hatten sich bereits frühzeitig mit der Vietminh-Bewegung verbündet und ihren Kampf unterstützt. Angehörige der Bergstämme waren später im ZK der FNL vertreten. Die FULRO, Einheitsfront für den Kampf der unterdrückten Völker, wurde 1958 gegründet. Ihre Forderungen waren zunächst das Recht auf eigene Sprache, eigene Verwaltung und Autonomie. Das Diem-Regime hat das ganze Land der Bergstämme zu Staatsland erklärt. Zugleich hat es versucht, die Bergstämme umzusiedeln und in strategischen Dörfern zu konzentrieren. Dagegen führten die Bergstämme 1964 einen großen bewaffneten Aufstand durch, der von der FULRO geführt wurde. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Ein Teil der Führung der FULRO ging nach Kampuchea, in die Provinz Mondulkiri. In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu großen Aufständen gegen das Diem-Regime.

Die US-Imperialisten haben wiederholt versucht, die Bergstämme vom Befreiungskampf abzuspalten. Sie haben die Erfüllung der Forderungen der FULRO zugesagt und 1968 Verhandlungen angeboten. Hauptzweck dieser Intrigen war, den Ho-Chi-Minh-Pfad unter Kontrolle zu bekommen. Sie waren begleitet von massiven Bombardierungen der Gebiete der Bergstämme. Angehörige der Bergstämme wurden in „zivilen irregulären Selbstverteidigungseinheiten" zwangsrekrutiert. Mitglieder der FULRO organisierten 1965 einen Aufstand von Teilen dieser Einheiten.

Trotzdem: Die Einheit der Bergstämme mit dem nationalen Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes war stets kompliziert. Bereits damals gab es in der KP Vietnams bürgerlichen Nationalismus und Chauvinismus, der die Mißachtung der nationalen Minderheiten in Vietnam beinhaltete. Zeitweilig ist den US-Imperialisten die Spaltung gelungen. Aber nicht dauerhaft. Die Zerschlagung der Positionen der amerikanischen Imperialisten in Zentralvietnam im Frühjahr 1975 war nur auf Grundlage des Aufstandes der Bergvölker möglich. Vor allem die Einnahme von Ban Me Thuot im März 1975, einer Schlüsselposition des Thieu-Regimes und der amerikanischen Imperialisten, wurde durch einen von der FULRO geführten Aufstand ermöglicht. Dieser Aufstand hat den Weg freigemacht für den raschen Vorstoß nach Saigon.

Nach dem Sieg über den US-Imperialismus und der Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam setzte das Hanoier Regime ziemlich rasch die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Vietnam fort. Im Frühjahr 1977 verkündete es den Plan, innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre insgesamt 10 Millionen Einwohner vor allem Nordvietnams umzusiedeln, vorwiegend in das Zentralhochland, außerdem in das nördliche Hochland und das Mekong-Delta. Diese innere Kolonisierung Südvietnams stand in der jahrhundertelangen Tradition der Kolonisierung des Südens durch nordvietnamesische Siedler. Bereits 1975 und 1976 waren vietnamesische Kader in großer Zahl in den Süden entsandt worden, damit sie dort – nicht die Kader der FNL – die Verwaltung aufbauen. Die Besiedelung des Hochlandes sollte die Herrschaft über die Bergstämme sichern. Sie diente auch direkt der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea wie auch – im Norden – der Vorbereitung der Grenzprovokationen gegen die VR China.

Die Kommunistische Partei Kampucheas, die den Kampf der nationalen Minderheiten in Kampuchea stets unterstützt und geführt hat, hat auch bei den vietnamesischen Bergstämmen große Sympathien. Vor den bewaffneten Angriffen auf Kampuchea wurden die Bewohner der Grenzgebiete mit Kampuchea umgesiedelt – unter dem Vorwand der Bedrohung durch Kampuchea. Unter dem Vorwand der Bedrohung durch China wurden auch die nationalen Minderheiten im nördlichen Hochland umgesiedelt.

So ist es kein Wunder, daß der bewaffnete Kampf gegen das Hanoier Regime bei den Bergstämmen seinen Ausgangspunkt nimmt. Aber die Flucht aus Vietnam und die massenhaften Desertationen aus der vietnamesischen Armee sind ebenfalls erste Formen des Widerstandes gegen die expansionistische Politik Vietnams. Dieser Widerstand wird sich um so besser entwickeln, je kräftigere Schläge das Demokratische Kampuchea den vietnamesischen Aggressoren versetzt. Die Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea nützt auch dem vietnamesischen Volk.

In der Tradition der Feudalklasse: Das Siedlungsprogramm Hanois

z.anb. Für ein Kilo Reis zahlt der vietnamesische Arbeiter auf dem Schwarzmarkt jetzt 10% seines Monatslohns von durchschnittlich 60 Dong, berichten Flüchtlinge in einem Auffanglager in Singapur. 98% der in den letzten Wochen dort Eintreffenden sind Vietnamesen, kleine Verwaltungsbeamte, Lehrer, Wissenschaftler, Studenten, die in westlichen imperialistischen Staaten studiert haben, Angehörige von in Umerziehungslagern deportierten Arbeitern und Bauern, „kapitalistische Elemente", nach Lesart der Clique Le Duans und Pham Van Dongs – die „den zielstrebigen sozialistischen Weg des Landes" sabotieren. In den Arbeitslagern der „Neuen Wirtschaftszonen", durchweg in den Grenzgebieten Vietnams, zugleich Gebieten der seit altersher unterdrückten nationalen Minderheiten gelegen, ist als „strategische Nahrung" inzwischen die steinharte Maniokwurzel üblich, die im Magen „wie tausend kleine Messer" wirkt.

Insgesamt 10 Mio. von 50 Mio. Einwohner Vietnams sind nach dem Siedlungsprogramm, das der IV. Parteitag der Partei der Werktätigen im Dezember 1976 verabschiedet hat, den Expansionsplänen der Hanoier Revisionisten unterworfen worden. „Die Umsiedlung von Arbeitern aus dem Delta des Roten Flusses in andere Gebiete, die vermutlich in jedem der kommenden Jahre durchschnittlich 300000 bis 500000 Personen betragen wird, soll nach folgendem Verfahren durchgeführt werden: Rekrutiert werden Personen zur Ausbildung für verschiedene staatliche Sektoren und Arbeiter für den Industrie- und den Bausektor sowie für die Staatsfarmen und Wälder in den neuen Wirtschaftsgebieten ... rekrutiert werden Personen im wehrpflichtigen Alter ..." schreibt die vietnamesische Monatszeitschrift „Tap Chi Cong San" im September 1977 über die „Umverteilung der Arbeitskräfte", die Umsetzung der von Parteichef Le Duan auf dem IV. Parteitag proklamierten „neuen sozialistischen Arbeitsteilung" in der gesamten Volkswirtschaft: „Es kommt darauf an, die Schwerindustrie vorrangig und rationell auf der Grundlage der Landwirtschaft und der Leichtindustrie voranzutreiben. Der Aufbau der Industrie ist mit dem Aufbau der Landwirtschaft *des ganzen Landes* zu verbinden ... Es gilt, die Entwicklung der Produktivkräfte mit der Herausbildung und Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse, die Wirtschaft mit der nationalen Verteidigung zu verbinden. " (Le Duan in seinem Politischen Bericht an das ZK).

10 Mio. Menschen, überwiegend Landbevölkerung, sind mit diesen Beschlüssen zur entscheidenden Expansionswaffe der Hanoier Revisionisten erklärt worden. Ihre Umsiedlung ist deshalb Deportation, weil deren *Zweck* alles andere ist, als die Sicherung der Nahrungsversorgung, die Zuteilung von Land an besitzlose Bauernfamilien, die im Süden Vietnams 1975 nach der Vertreibung der US-Imperialisten noch 82% der insgesamt 22 Mio. ausmachten.

Schon die Erste Session der Gesamtvietnamesischen Nationalversammlung, die ein halbes Jahr vor dem IV. Parteitag erste Beschlüsse zur „Form und Führung der Sozialistischen Republik Vietnam" faßte, trug die Handschrift der Unterordnung des Südens unter den Norden, worin sich die Unterordnung der sozialen Befreiung der produzierenden Klassen unter den Nationalismus und Expansionismus einer neuen Ausbeuterclique ausdrückte. Die Etappen bis zur Formulierung des neokolonialen Siedlungsprogramms, das die Ausrichtung der Wirtschaft auf den Hegemonialanspruch in Südostasien – durch die Aufblähung der Produktionsmittelindustrie, für die Rüstung wie die Handelsüberlegenheit – enthüllt, laufen parallel mit direkter Einmischung und Druck seitens des Sozialimperialismus.

Bereits im Oktober 1975, wenige Wochen nach der Befreiung, wurde Le Duan von Breschnew empfangen. Ein umfassendes Abkommen der Wirtschaftshilfe „im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder" belegte die zielstrebige Absicht des Sozialimperialismus, sich in die Schlüsselindustrie – Energieversorgung, Bergbau, Verhüttungsindustrie – einzunisten, die „Abstimmung" der Fünfjahrpläne beider Länder bereitete die Einzwängung der vietnamesischen Volkswirtschaft in den RGW vor. „Vollständige Übereinstimmung" erzielte man über die Weltlage, ihr Kern: die Befreiung des Südens Vietnams sei undenkbar ohne die „machtvolle, umfassende, enorme, wertvolle und effektive Hilfe der Sowjetunion" (Le Duan auf dem 25. Parteitag der KPdSU im März 1976). Zu solcher Verdrehung der Tatsachen verleitete die revisionistische Le-Duan-Clique der von ihr selbst beabsichtigte und verfolgte Verrat an den Zielen der national-demokratischen Revolution. Indem sie diese ihrem eigenen Nationalismus, der reaktionären Strategie der „Indochinesischen Föderation" unterordnete, wurde sie für die sowjetischen Imperialisten bündnisreif.

Für die besitzlosen Massen der Bauern, die unter Führung der Arbeiterklasse die nationale Befreiung erkämpften, war das soziale Interesse die Lösung der Agrarfrage, die Entwicklung der nationalen Wirtschaft ohne äußere Einmischung, das erste Ziel die Sicherung der Nahrungsversorgung.

Der aus Moskau zurückkehrende Le Duan hingegen erklärte diese Interessen für erledigt. Der zur strategischen Hauptaufgabe proklamierte „Aufbau des Sozialismus" war die Hülle, hinter der sich die Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Produktion eines Mehrprodukts für die Forcierung der Schwerindustrie versteckte. Schließlich verlangte die Sowjetunion für die notwendigen Ausrüstungslieferungen ab sofort „Kompensation". Von 1972 an hatte sie ihre finanzielle Hilfe an die Demokratische Volksrepublik Vietnam bis zur Endphase des Befreiungskrieges im Süden gesteigert: von 1 Mrd. Dollar auf 1,7 1974/75.



Reisanbau in den „neuen Wirtschaftszonen" – Die Zentren dieser Zonen der inneren Kolonisation liegen im Süden in der Grenzregion zu Kampuchea, im Norden in der Grenzregion zur VR China.

Auszüge aus Erklärungen und Artikeln Hoang Van Hoans

Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der vietnamesischen Nationalversammlung

Hoang Van Hoans Erklärung zu seinem Parteiausschluß

„... Auf dem IV. Parteitag von 1976 verbuchte Le Duan in seinem politischen Bericht alle ruhmreichen Siege, die das ganze Volk in den Widerstandskriegen errungen hatte und die es ungeheure Opfer gekostet hatte, auf sein Konto. Er stilisierte sich zum weisesten Marxisten hoch und indoktrinierte Kader und Massen mit Ideen des Großmacht-Chauvinismus.

... In bezug auf den Fünfjahresplan zählte er eine Reihe von günstigen Bedingungen auf, während er die Linienfehler in der Leitung der Wirtschaftsarbeit verschwieg. Er steckte sich absolut unerreichbare und übertriebene Ziele, um sich zu glorifizieren und das Volk hinters Licht zu führen.

Auf demselben Parteitag versperrten Le Duan und seine Anhänger einem Drittel der Mitglieder des alten Zentralkomitees den Eintritt in das neue ZK. Er hievte einige seiner Gefolgsleute in das ZK, darunter einige, deren politische Vergangenheit fraglich ist und deren Aufnahme in das ZK Präsident Ho Chi Minh während des III. Parteitags nicht genehmigt hatte.

Nach dem IV. Parteitag machte Le Duan sich zum Oberherrn der Partei. Er und seine Clique saßen der Partei und dem Volk im Nacken und begingen viele Untaten, die dem Willen des Volkes zuwiderliefen und gegen das Prinzip einer echten marxistisch-leninistischen Partei verstießen. Einige Untaten waren unvorstellbar. Trotzdem beharrte ich auf dem kommunistischen Standpunkt, kämpfte gegen Le Duan und tat, was ich konnte, um der Revolution und dem Volk zu dienen ..." (Beijing Rundschau 36/79, S. 25)

Hoang Van Hoan in einem Fernsehinterview in Beijing am 20.11.1979

„... Kürzlich hat die UNO-Vollversammlung die Kampuchea-Frage diskutiert und mit überwältigender Mehrheit eine Resolution angenommen, in der der sofortige Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea und die Rettung der kampucheanischen Flüchtlinge gefordert wurde. Das war eine sehr gute Resolution.

Ich hoffe ferner, daß alle Völker Aktivitäten gegen die Aggressionsakte von Le Duan und seinen Komplicen entfalten werden, wie z.B. die vor kurzem in Stockholm abgehaltene internationale Kampuchea-Konferenz; die Regierungen der verschiedenen Länder sollten am besten noch größeren Druck auf Vietnam ausüben und fordern, daß die Resolution so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt wird." (Beijing Rundschau 48/79, S. 12)

Die Tatsachen der militanten vietnamesisch-chinesischen Freundschaft lassen sich nicht entstellen

„... In ihrem Weißbuch schreiben Le Duan und seine Anhänger, China versuche, Kampuchea in einen ‚Vasallenstaat neuen Typs' zu verwandeln und es zum ‚Sprungbrett für seine Expansion nach Indochina und Südostasien' zu benutzen. Die ganze Welt weiß, daß niemand anders als Le Duan und seine Anhänger Kampuchea in einen Vasallenstaat neuen Typs verwandelt haben.

Es war schon lange ihre Absicht, Kampuchea zu kontrollieren, aber es gelang ihnen nicht. Daher stifteten sie an der vietnamesisch-kampucheanischen Grenze fortgesetzt Unruhe, dachten sich Vorwände aus und ließen Truppen in der Stärke von über hunderttausend Mann Kampuchea besetzen. Sie stellten ein Marionettenregime zusammen als Werkzeug für eine langfristige Besetzung Kampucheas. Kürzlich haben Le Duan und seine Leute Verstärkung geschickt für eine neue Trockensaisonoffensive und weitere Verbrechen gegen das kampucheanische Volk begangen. Sie haben auch Truppen an der kampucheanisch-thailändischen Grenze stationiert, wodurch die Sicherheit Thailands bedroht wird. Fortgesetzt versuchen sie, die ASEAN-Länder, die Thailand unterstützten und Vietnam verurteilen, einzuschüchtern. Während sie selbst Kampuchea besetzten, entfachten sie eine Hetzkampagne gegen China. Das ist der Trick des Diebs, der ‚Haltet den Dieb' schreit, um von sich selbst abzulenken." (Beijing Rundschau 49/79, S. 21f.)

Hoang Van Hoan: „Vietnam braucht eine weitere Revolution"

Rede bei einer Zusammenkunft mit Vietnamesen, die zur Zeit in der chinesischen Provinz Yunnan wohnen

„... Das vietnamesische Volk hat keinen Frieden. Le Duan und seine Anhänger haben die Politik der Freundschaft mit China, die Präsident Ho konsequent verfolgte, aufgegeben. Sie inszenieren militärische Provokationen gegen China, kontrollieren mit ihren Streitkräften Laos und haben einen Aggressionskrieg gegen Kampuchea vom Zaun gebrochen. Die Behauptung der Le Duan-Clique, China wolle in Vietnam einfallen und es annektieren, ist eine eindeutige Lüge ...

Hunderttausende von vietnamesischen Jugendlichen wurden gezwungen, ihren Arbeitsplatz oder ihre Schule zu verlassen und an den Kriegsvorbereitungen gegen China oder am Aggressionskrieg gegen Kampuchea teilzunehmen. Wie lang wird der Krieg dauern, und wann werden die Leiden des vietnamesischen Volkes ein Ende nehmen?

Vietnam ist nicht wirklich vereint. Das vietnamesische Volk hat lange und heldenhaft für die Vereinigung seines Landes gekämpft. Aber diese Vereinigung existiert in Vietnam heute nur der Form nach. Tatsächlich handelt es sich um einen feudal-separatistischen Staat. In den vergangenen zehn Jahren verfolgte Le Duan eine sektiererische Politik, was zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen im Staats-

Sogleich nach dem Sieg über den US-Imperialismus verbinden die Oberherren die „sozialistische Bruderhilfe“ mit der beständigen Ermunterung des Hanoier Hegemonialanspruchs. Die Unterdrückung der Revolution im Innern ist die Grundlage der Aggressionsakte nach außen. Schon wenige Monate später rentiert es sich für die Sowjetunion: im November 1975 schließt die thailändische Regierung die Grenze nach Laos wegen wiederholter Grenzzwischenfälle, in Laos befinden sich Tausende vietnamesischer Soldaten. Der gesamte Außenhandel von Laos ist, ohne Hafenzugang und Transitwege, blockiert. Die Sowjetunion tritt auf den Plan, gestützt auf die vietnamesische Besetzung des Landes errichtet sie eine Luftbrücke Hanoi – Vientiane. DDR-Flugzeuge übernehmen den Transport von Nahrungsmitteln. Die revisionistische Hanoier Clique schlägt großzügig die Abwicklung des Exports über ihre Häfen vor, allerdings unter der Bedingung, daß sie den Transport monopolisiert. 60000 t Fracht bringt sie unter ihre Verfügung, und läßt es sich teuer bezahlen. Im Februar 1976 baut ein Abkommen mit Laos den Expansionsplan aus: vietnamesische Kader sollen technisch-wissenschaftliche Hilfe leisten und die Verwaltung, den Staatsapparat infiltrieren. Es ist ein Pendant zum sowjetisch-vietnamesischen Abkommen vom Herbst 1975.

In derselben Zeit liefert das Demokratische Kampuchea an Laos 3000 t Reis, aus dem Mehrprodukt der ersten Reisernten nach der Befreiung Phnom Penhs. Die Regierung Pol Pot bietet Laos die kostenlose Nutzung des kampucheanischen Hafens Kompong Som und der Transitstraßen an. In dem Parteiorgan der Hanoier Revisionisten „Nhan Dan“ erscheint ein Aufruf an die „revolutionären Kräfte“ Südostasiens, die „reaktionären Regierungen“ zu stürzen. Thailand z.B. sei „eine Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Südostasien“ (März 1976).

Während die TASS vehement dementiert, daß die Sowjetunion an die Provisorische Revolutionsregierung des befreiten Südvietnams herangetreten sei zwecks Nutzung des von den USA geräumten Stützpunktes Cam Ranh, halten sich im Süden immer noch Zehntausende nordvietnamesischer Soldaten auf. Parteikader übernehmen die Posten im kommunalen Staatsapparat, für die Bauern und Arbeiter der koloniale Unterdrückungsapparat, den sie Jahrzehnte bekämpft haben.

Sie sollen gewährleisten, daß die südvietnamesischen Bauern ihren
südvietnamesischen Bauern ihren
„Beitrag zur raschen Steigerung der staatlichen Getreidereserven erhöhen, um gemeinsam mit dem ganzen Land den Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen für die Produktion für den einheimischen und den Exportmarkt zu erfüllen ... und der sozialistischen Industrie wirksam zu dienen“ – so Landwirtschaftsminister Vo Chi Cong zur Forcierung der Kollektivierung im Süden.

„Der Sozialismus ist die Lösung aller Probleme“, dieses revisionistische Zerrbild von der Gesellschaft als riesigem Arbeitshaus, erreichbar durch die „technische Revolution als Hauptkettenglied“, hat Le Duan auf dem IV. Parteitag 1976 ausgemalt. „In Anbetracht der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte, die wie bereits erwähnt rasch zunehmen, ist ein Haupterfordernis für den wirtschaftlichen Aufbau und die Entwicklung in unserem Land heute die Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeitskräfte im ganzen Land und die Schaffung einer neuen Arbeitskräftestruktur, die den Anforderungen der sozialistischen Industrialisierung und dem Aufbau einer sozialistischen Großproduktion entspricht ... Unser Land wird nicht auf den Abschluß der Mechanisierung warten, um zur Automatisierung überzugehen ...“.

Die Kapitalbasis für die Elemente der „technischen Revolution“, u.a. in stets wachsendem Umfang aus dem RGW importiert, soll aus dem landwirtschaftlichen Mehrprodukt von zusätzlichen 5 Mio. ha rekrutiert werden, genausoviel wie vor dem Siedlungsprogramm insgesamt genutzt. Pham Van Dong: „Für die Ernährung einer Bevölkerung von 50 Mio. Menschen stehen uns nur 5 Mio. ha Ackerland zur Verfügung. Wir müssen diese Tatsache im Auge behalten ...“ (Zu den Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung, Herbst 1977)

Die stoffliche Zusammensetzung des Handels mit den sowjetischen Oberherren allein straft jeden Begriff von Unabhängigkeit Lügen: aus der UdSSR importiert werden Traktoren, Baumaschinen, LKW, Walzwerkausrüstungen, Erdölprodukte, chemische Düngemittel, Baumwolle. Die „Kompensation“ der Bruderhilfe erfolgt in Tee, Kaffee, Bananen, Obst, Jute, Gewürzen, Holz. Die Exportseite ähnelt fast aufs Haar dem Warenhandel im 15. und 16. Jahrhundert, wo mit Eindringen der ersten Kolonialisten – aus Holland, Frankreich, Spanien, Portugal, England – die vietnamesischen Mandarine in Konkurrenz mit diesen um die Ausbeutung der südostasiatischen Völker treten. Die auf dem Territorium des von Norden nach Süden expandierenden Feudalstaats Vietnam errichteten Handelsstationen werden zu Umschlagplätzen des den einheimischen Bauern und Bergstämmen abgepreßten Tributs der Feudalherren: Tee, Kaffee, Elfenbein und Edelhölzer, Gewürze. Armeekader der feudalen Grundherrenklasse besiedeln den Süden „zur Sicherung der Grenzen“ und erhalten als Gegenleistung Besitztitel auf „freies Land“.

Für die sowjetischen Imperialisten hat die Befreiung Vietnams vom US-Imperialismus „für ganz Südostasien neue Horizonte eröffnet“, so Breschnew auf dem 25. Parteitag 1976 – den Horizont der Eroberung strate-
den Horizont der Eroberung strate-
gisch wichtiger Positionen, wie der Straße von Malakka, im Vorfeld des Krieges um Europa. Sofern die sowjetische Rivalität mit der anderen Supermacht der Hanoier Clique die Verfolgung ihrer eigenen territorialen Expansionspolitik in Südostasien begünstigt, handelt es sich um „gemeinsame“ Interessen. Allerdings haben die sowjetischen Oberherren bereits deutliche Rechnungen aufgemacht. Die Zeit, wie im Fall von Cam Ranh, wo sie drei Jahre zuwarten mußten, ehe sie die USA in der Verfügung über einen kombinierten Land- und Seestützpunkt beerben konnten, haben sie heute nicht mehr.

---

apparat von der Zentralregierung bis zu den Grundorganisationen führte. Seit der völligen Befreiung des Landes haben sich diese Auseinandersetzungen zu einem heftigen Kampf zwischen den Kadern aus dem Norden und denen aus dem Süden Vietnams entwickelt.

Vietnam hat heute seine Unabhängigkeit verloren. Le Duan und seine Anhänger möchten gerne China angreifen, aber dazu sind sie allein nicht in der Lage. Sie sind auf ein fremdes Land angewiesen, mit dem sie einen militärischen Bündnisvertrag abgeschlossen haben. China zu bekämpfen, das schadet Vietnam selbst. Aber sie halten daran fest, im Interesse eines fremden Landes. Um sich unter den gegenwärtigen Umständen an der Macht halten zu können, müssen Le Duan und seine Anhänger als Lakai für ein fremdes Land dienen. Auf diese Weise verlor Vietnam seine wirtschaftliche, politische, militärische und diplomatische Unabhängigkeit.

Es gibt in Vietnam weder Demokratie noch Freiheit. Keinem Volk in der Welt mangelt es heute so sehr an Kleidung und Nahrung wie dem vietnamesischen Volk; und kein Land in der Welt hat sein Volk derart jeglicher Freiheit und jeglicher demokratischer Rechte beraubt und ihm derart den Mund verboten wie Vietnam. Die Herrschaft von Le Duan und seinen Anhängern wird mit Hilfe von Sicherheitsagenten durchgesetzt. Wer mit ihrer Meinung nicht übereinstimmt, wird kaltgestellt, verfolgt oder benachteiligt. Das Volk hat kein Recht, seine Meinung über Staatsangelegenheiten oder seine persönlichen Interessen zu äußern.

Von Prosperität kann überhaupt keine Rede sein, ja das vietnamesische Volk hat kaum das Notwendigste für seine Existenz. Infolge nahezu unerschwinglicher Preise und erheblicher Nahrungsknappheit nach dem Sieg im Krieg gegen die USA lebt das vietnamesische Volk elender als je zuvor. Viele Werktätige und Intellektuelle wurden gezwungen, ihr Vaterland zu verlassen, oder gingen, weil sie keinen Ausweg mehr sahen. Die Vietnamesen sind heute das ärmste Volk in der Welt. Unter Arbeitern, Bauern, Werktätigen und mittleren und kleinen Kadern macht sich Hoffnungslosigkeit breit.

... Ich hoffe, daß sich die Vietnamesen, die im Ausland leben, zusammenschließen und beitragen zur Rettung ihres Landes und Volkes, genauso wie es ihre Landsleute im Inland tun.“ (Beijing Rundschau 7/80, S. 11 f.)

Bodenreformprogramm: Späte Maßnahme zur Befreiung der Bauern Vietnams

z.gkr. Am 12. April 1953 beschloß die Regierung Vietnams Dekrete über die stufenweise Durchführung einer Bodenreform, im Dezember 1953 erließ die Nationalversammlung auf ihrer III. Sitzungsperiode ein abschließendes Gesetz. Die Regierung mußte handeln, denn die Bauern stellten immer nachdrücklicher die Forderung nach Verteilung des Landes, und gleichzeitig trat der Widerstandskrieg gegen die französischen Okkupanten in eine entscheidende Phase, die Bündnispolitik mußte geklärt werden. Immerhin waren inzwischen acht Jahre seit der Proklamation der Unabhängigkeit Vietnams vergangen. 1945 waren 90% der Bevölkerung Vietnams Bauern, ihnen gehörten aber gerade 30% des bebaubaren Landes. 10% waren in den Händen der Kommunen, 1% besaß die katholische Kirche und 9% die französischen Imperialisten. 50% des Landes aber waren in den Händen der Großgrundbesitzer, die immer offener mit den französischen Kolonialherren paktierten. Dennoch war bis 1953 keine einschneidende Landreform durchgeführt außer Verteilung des Gemeindelandes, des Besitzes französischer Siedler und Senkung der Pacht um 25%. Ausdrücklich aber war der Privatbesitz an Grund und Boden garantiert. Hoang Hanh, ausgezeichnet mit dem Titel „Held der landwirtschaftlichen Arbeit“, erklärte im Mai 1953: „Die Bauernmassen sind noch nicht Herren der Fluren geworden. Die feudalen Kräfte halten mit tausenderlei Mitteln hinter den Bambushecken ihre Macht aufrecht.“

Das Bodenreformprogramm legte fest, daß alle Großgrundbesitzer enteignet wurden, die Feinde der Republik unter Einschluß ihres ganzen Vermögens, aber die Loyalen oder aktiv in der Widerstandsbewegung Tätigen wurden von der Regierung für Grund und Boden, Vieh und Gerät entschädigt. Sie sollten auch ihr gesamtes übriges Eigentum behalten. Tatsächlich stärkten diese Maßnahmen die Einheit der Bauernmassen mit der Arbeiterklasse und ermöglichten, den französischen Aggressoren entschiedener gegenübertreten zu können.

Nach der Genfer Konferenz 1954, die die Imperialisten zur sofortigen Räumung Nordvietnams zwang und die die Bildung der Demokratischen Republik Vietnam (DRV) ermöglichte, wurde die Agrarreform, jetzt für das gesamte befreite Gebiet, fortgeführt. Für die Landverteilung ergab sich so zum Ende des Jahres 1956 folgendes Bild: Kirche 0,1% (1953: 1,3%), Großgrundbesitzer 1,1% (18%), reiche Bauern 1,8% (4,7%), Mittelbauern 41,7% (39%) und arme Bauern 40% (25,4%). Verschiedene Schwierigkeiten bei der Enteignung, vor allem die unterschiedslose Unterdrückung aller reichen Bauern und auch fortschrittlicher Grundbesitzer und damit auch Unsicherheit und Unruhe bei der Masse der Bauern, veranlaßten die KP Vietnams 1956 zur Selbstkritik. Gleichzeitig beendete sie damit aber auch die Landreform, obwohl entscheidende Probleme wie die Besteuerung noch nicht gelöst waren. Ihren Kern hatten diese Schwierigkeiten der KP Vietnams in der Agrarfrage in der ständigen Tendenz, den sozialen Inhalt der Revolution dem nationalen unterzuordnen.



Dien Bien Phu 1954. Das vietnamesische Volk erringt dank richtiger Aktionseinheitspolitik einen entscheidenden Sieg über die französischen Aggressoren

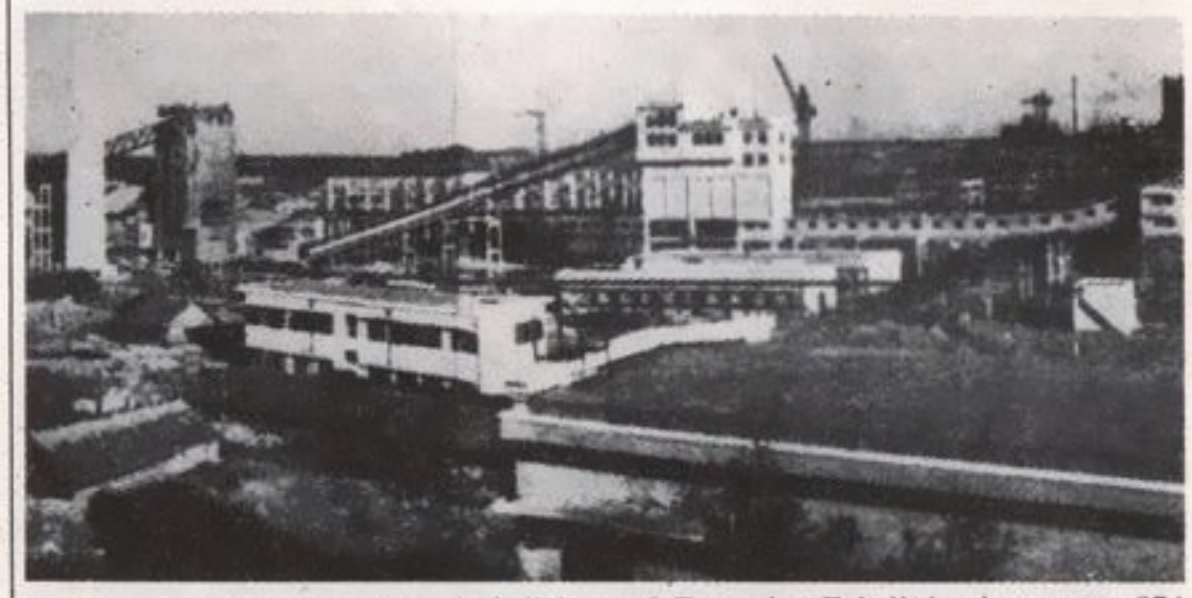
1960: Der erste Fünfjahrplan Nord-Vietnams Forcierte Industrialisierung, Schuldenaufnahme

z.ror. Im September 1960 wurde der erste Fünfjahrplan verabschiedet. Der Nationalkongreß der Partei der Werktätigen legte als Schwerpunkt den Aufbau der Schwerindustrie fest: „Aufbau einer ausgewogenen und modernen sozialistischen Wirtschaft mit der Schwerindustrie als Basis, rationelle Sicherung der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie, Bemühen, gleichzeitig Landwirtschaft und Leichtindustrie zu entwickeln, Bemühen, unser rückständiges Agrarland in ein Land mit moderner Industrie und Landwirtschaft zu verwandeln.“ Der Landwirtschaft wurde die Aufgabe zugeteilt, der sozialistischen Industrialisierung zu dienen, Lebensmittel zu liefern, die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen und Exportmittel bereitzustellen.
und Exportmittel bereitzustellen.

1960 lebten 16,1 Mio. Menschen in Nordvietnam, 14,6 Mio. in Dörfern. Nur 2,6 Mio. waren nicht in der Landwirtschaft beschäftigt, von ihnen arbeiteten nur 515000 in der Industrie, dem Kleinhandwerk und den genossenschaftlich-staatlichen Kooperativen. Noch immer waren die Folgen der imperialistischen Plünderung nicht beseitigt, es existierten lediglich 40 größere Industriebetriebe und die Landwirtschaft erzeugte 58,2% vom Gesamtwert der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. 1957 betrug ihr Anteil noch 68,6%.

Zur Durchführung des Plans, der die Errichtung von über 100 industriellen Großprojekten vorsah, wurden 25 Elektrifizierungsprojekte, der Bau von 2 Wärmekraftwerken und einem leistungsstarken Wasserkraftwerk verwirklicht, die Stromerzeugung konnte mehr als verdoppelt werden, auf 595 Mio. kWh. Kohle- und Chromerzförderung verdoppelten sich ebenfalls, die Baumwollstoffherstellung nahm um 30% zu, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Regierung erreichte dies durch ständige Steigerung ihrer Investitionen in den staatlichen Industriesektor. 1960 gingen 38,3% der Investitionen in die Industrie, 1964 schon 46,9%.

1965 erklärte Ministerpräsident Pham Van Dong: „Das Potential des sozialistischen Nordens hat eine deutliche Stärkung erfahren ... die ersten Betriebe der Schwerindustrie haben die Produktion aufgenommen.“ Die landwirtschaftliche Produktion hatte sich aber unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses (ca. 3%) kaum erhöht und die Einfuhr von Konsumgütern stieg von 1960 auf 63 um 92%, wobei die bedeutende und selbstlose Hilfe der VR China nicht berücksichtigt ist, die große Mengen Nahrungsmittel geliefert hat. Der Aufbau der Industrie war ausschließlich auf die Hilfe der SU ausgerichtet. Sie war an den wichtigsten Großprojekten beteiligt und nutzte dies, um sich in Nordvietnam festzusetzen. Vietnam importierte von der SU 1965 dreimal soviel, wie es exportierte. Schon Ende 1965 mußte Nordvietnam von der SU einen neuen Kredit nur zur Abdeckung des Schuldensaldos aufnehmen.



Von 1955 – 65 wurde durchschnittlich alle 3 Tage eine Fabrik hochgezogen. 974 Betriebe wurden fertiggestellt, darunter 200 Großbetriebe.

IV. Parteitag der KP Vietnams Beschluß über den Fünfjahrplan 1976 – 1980

z.hku. Der IV. Parteitag der KP Vietnams Dezember 1976, ein Jahr nach Vertreibung des US-Imperialismus, legte die strategische Linie der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung fest. Der Fünfjahrplan 1976 – 1980, der auf den dort gefaßten Beschlüssen beruht, gilt zum ersten Mal für das vereinigte Vietnam; er setzt in seinen Zielen bereits die Einverleibung der natürlichen und menschlichen Ressourcen des Südens Vietnams voraus.

Im Bericht Le Duans an den Parteitag heißt es: „Die Linie für den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der neuen Etappe unseres Landes ist: die sozialistische Industrialisierung ist zu beschleunigen. Es sind die materiell-technischen Grundlagen des Sozialismus zu schaffen. Die Wirtschaft unseres Landes ist aus der Kleinproduktion zur sozialistischen Großproduktion zu führen. Es kommt darauf an, die Schwerindustrie vorrangig und rationell auf der Grundlage der Landwirtschaft und der Leichtindustrie voranzutreiben.“ Mit dem Abschluß des „Hilfsabkommens“ mit der SU Ende 1975, das die Lieferung von 40 Großprojekten auf Kredit vorsah und als „Vertiefung der Arbeitsteilung“ gefeiert wurde, war dieser Kurs schon eingeleitet worden; er diente erklärtermaßen auch dem Aufbau einer schlagkräftigen Waffenproduktion. Die Industrieproduktion soll von 1976 auf 1980 um 85% steigen, bei Werkzeugmaschinen um 150%, Energie 135%, Stahl 400%.

Die Mittel für den schnellen Aufbau der Schwerindustrie soll die Landwirtschaft aufbringen, die gleichzeitig mit einer Produktion von 21 Mio. t Reis-Äquivalent bis 1980 die Ernährung der wachsenden Bevölkerung sichern soll. Das soll ermöglicht werden durch die Erschließung von 1,5 Mio. ha Land im Süden und in den Grenzgebieten durch Siedler aus dem Norden, die gleichzeitig – in Staatsfarmen arbeitend – Schrittmacher für die Kollektivierung der Landwirtschaft im Süden sein sollen. 1 Mio. ha Land sind für technische Kulturen vorgesehen, der Export soll jährlich um 40% steigen.



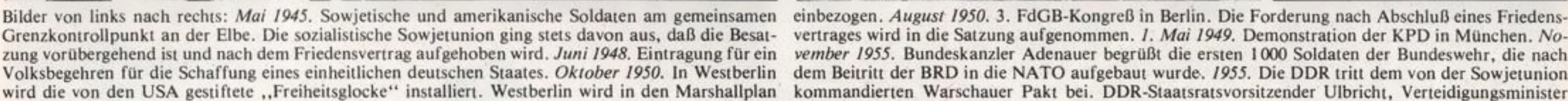
Breschnew, Le Duan und Pham Van Dong bei der Unterschrift unter den „Freundschaftsvertrag“, der Vietnam an Moskau bindet, 3. November 1978











Bilder von links nach rechts: *Mai 1945.* Sowjetische und amerikanische Soldaten am gemeinsamen Grenzkontrollpunkt an der Elbe. Die sozialistische Sowjetunion ging stets davon aus, daß die Besatzung vorübergehend ist und nach dem Friedensvertrag aufgehoben wird. *Juni 1948.* Eintragung für ein Volksbegehren für die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates. *Oktober 1950.* In Westberlin wird die von den USA gestiftete „Freiheitsglocke" installiert. Westberlin wird in den Marshallplan einbezogen. *August 1950.* 3. FdGB-Kongreß in Berlin. Die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages wird in die Satzung aufgenommen. *1. Mai 1949.* Demonstration der KPD in München. *November 1955.* Bundeskanzler Adenauer begrüßt die ersten 1000 Soldaten der Bundeswehr, die nach dem Beitritt der BRD in die NATO aufgebaut wurde. *1955.* Die DDR tritt dem von der Sowjetunion kommandierten Warschauer Pakt bei. DDR-Staatsratsvorsitzender Ulbricht, Verteidigungsminister

Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland vom 10. März 1952

Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen, jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag, es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden. Das entspricht dem Willen aller friedliebenden Völker ...

Die Notwendigkeit, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen, wird dadurch diktiert, daß die Gefahr einer Wiederherstellung des deutschen Militarismus, der zwei Weltkriege entfesselt hat, nicht beseitigt ist, weil die entsprechenden Beschlüsse der Potsdamer Konferenz immer noch nicht durchgeführt sind. Ein Friedensvertrag mit Deutschland soll gewährleisten, daß ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus und einer deutschen Aggression unmöglich wird ...

Grundlagen des Friedensvertrages mit Deutschland

Die Teilnehmer

Großbritannien, die Sowjetunion, die USA, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Holland und die anderen Staaten, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben.

Politische Leitsätze

1. Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln.

2. Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden. Gleichzeitig werden sämtliche ausländischen Militärstützpunkte auf dem Territorium Deutschlands liquidiert.

3. Dem deutschen Volk müssen die demokratischen Rechte gewährleistet sein, damit alle unter deutscher Rechtsprechung stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion die Menschenrechte und die Grundfreiheiten genießen, einschließlich der Redefreiheit, der Pressefreiheit, des Rechts der freien Religionsausübung, der Freiheit der politischen Überzeugung und der Versammlungsfreiheit.

4. In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährleistet sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.

5. Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen.

6. Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generäle, allen ehemaligen Nazis mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen büßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschland.

7. Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Das Territorium

Das Territorium Deutschlands ist durch die Grenzen bestimmt, die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt wurden.

Wirtschaftliche Leitsätze

Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen auferlegt. Deutschland werden auch keinerlei Beschränkungen in bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschiffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.

Militärische Leitsätze

1. Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

2. Deutschland wird die Erzeugung von Kriegsmaterial und Ausrüstung gestattet werden, deren Menge oder Typen nicht über die Grenzen dessen hinausgehen dürfen, was für die Streitkräfte erforderlich ist, die für Deutschland durch den Friedensvertrag festgesetzt sind.

Deutschland und die Organisation der Vereinten Nationen

Die Staaten, die den Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen haben, werden das Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen unterstützen.

Dokumente zur Deutschlandpolitik der SU, S. 290 ff.

Die US-Regierung bereitet die Spaltung Deutschlands vor

z.doj. Aus dem Bericht des US-Staatssekretärs Marshall über die Vierte Außenministerkonferenz am 28. April 1947 und die Fünfte Außenministerkonferenz am 19. Dezember 1947:

„Generalissimus Stalin ... dachte, daß eine Übereinkunft in allen wichtigen Fragen möglich wäre einschließlich Demilitarisierung, politische Gliederung in Deutschland, Reparationen und Wirtschaftsfragen ... Kohle wird gebraucht für die deutsche Warenproduktion, für ihren Export, damit Deutschland die nötigen Nahrungsmittelimporte usw. zahlen kann, von denen die USA jetzt viele zur Verfügung stellt ... Nahrungsmittel und andere Dinge zu bezahlen, von deren ausländischen Quellen es abhängig sein wird ... einige 700 Mio. (Dollar) im Jahr.

... Ein Deutschland, das in der Lage sein muß, Kohle und andere nötige Dinge für die Nachbarstaaten zu liefern, die schon immer von diesen Waren abhängig waren ... Drei Delegierte hatten schon ihre Vereinbarung bekanntgegeben, daß das Saargebiet von Deutschland getrennt und in die französische Wirtschaft integriert werden sollte. Mr. Molotow verweigerte die Zustimmung seiner Regierung zu diesem Punkt ... Welcher Art die Kontrolle über die Ruhr-Industrie-Zentren, der größten und konzentriertesten Kohlevorkommen und Schwerindustrie in Europa, sein soll, bleibt weiter ein strittiger Punkt. *Es kann nicht lediglich mit dem Ziel, Einigung zu erreichen, über ihn entschieden werden.*

Die sowjetische Delegation ... beharrte darauf, daß die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland Vorrang haben sollte vor den Fragen der wirtschaftlichen Einheit in Deutschland ... Mr. Molotow beharrte auf einem Übereinkommen der Vier Mächte über die sofortige Errichtung einer deutschen Zentralregierung. Aber ... es zeichnete sich ab, daß seit die Wunden der deutschen Zersplitterung heilten und die Bedingungen zur politischen und ökonomischen Einheit geschaffen waren, jede Zentralregierung eine Täuschung statt Wirklichkeit wäre. Diese Ansicht teilten die anderen westlichen Delegationen mit uns, aber Mr. Molotow war vollkommen uneinsichtig. Dies war der erste klare Beweis für sein Vorhaben, die (Londoner Außenminister-)Konferenz für Propaganda-Erklärungen zu benutzen, die den Deutschen gefallen sollten." „Aber ... wir müssen den Zeitfaktor hier berücksichtigen ... Zersetzende Kräfte treten auf." Im April 1947 streikten die Ruhrarbeiter für die Nationalisierung der Gruben, andere Teile der Arbeiterklasse schlossen sich an.

„Wir können zu diesem Zeitpunkt kein ungeteiltes Deutschland erwarten. Wir müssen unser Bestes tun in der Zone, die unsern Einfluß zu spüren bekommt."

Nicht Friedensvertrag mit Deutschland, sondern Kriegspakt mit Westdeutschland

z.gab. Ein Friedensvertrag mit Deutschland, wie ihn die Sowjetregierung mit ihrer Note vom 1.3.1952 an die Regierungen der Westmächte vorgeschlagen hatte, hätte die Wiedervereinigung Deutschlands in voller Unabhängigkeit und Souveränität sowie den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland bedeutet. Die US-Imperialisten und ihre Verbündeten verhinderten dies mit dem Generalvertrag zur Zementierung der Besatzung Westdeutschlands und der Eingliederung der BRD in das „europäische Verteidigungsbündnis". Mit einem Friedensvertrag hätten die US-Imperialisten eines ihrer Hauptaufmarschgebiete in Europa – Westdeutschland – verloren. Sie wollten keinen Friedensvertrag mit Deutschland, sondern einen Kriegspakt mit Westdeutschland und die Einverleibung der DDR. Die von den US-Imperialisten in Bonn installierte Adenauer-Regierung spurte:

Regierungserklärung Adenauers, 27.9.51: „Das oberste Ziel der Politik der Bundesregierung ist und bleibt Wiederherstellung der deutschen Einheit in einem freien und geeinten Europa ... Die Vereinigung des Gebietes der Sowjetzone mit der Bundesrepublik wird der erste Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands sein."

Adenauer, 3./4.4.52: „Aber, meine Damen und Herren, wenn die westalliierten drei Mächte auf Grund dieser Note der Sowjetunion sich mit der Sowjetunion an den Verhandlungstisch gesetzt hätten, wären die berechtigten Ansprüche, die unveräußerlichen Rechte Deutschlands in der gröbsten Weise gefährdet gewesen ... In Ziffer 7 soll Deutschland verpflichtet werden, keinerlei Koalitionen und Militärbündnissen einzugehen ... Ich möchte weiter betonen, daß Sowjetrußland in dieser Note unter völliger Verfälschung des Potsdamer Abkommens behauptet, daß die Grenzen des Territoriums Deutschlands im Potsdamer Abkommen festgelegt worden seien. Das ist nicht wahr."

Wehner, SPD, 3./4.4.52: „Uns wäre nicht damit geholfen, wenn man mit Formeln wie ‚Neutralisierung' oder ‚Potsdam', ‚Zurück zu Potsdam' arbeiten und argumentieren wollte. Potsdam ist ja heute schon ein Begriff, ich möchte sagen: ein sehr vieldeutiger Begriff auch bei jeder einzelnen der vier Besatzungsmächte."

Strauß, CSU, 10.7.52: „Neutralisierung Deutschlands im sowjetischen Sinn ... bedeutet eine endgültige Verhinderung der europäischen Einigung, bedeutet auf lange Sicht Rückzug der USA aus Europa, nicht nur mit ihren Truppen, sondern auch in ihrem außenpolitischen Verpflichtungen. Ein ... sich selbst überlassenes Europa, das keine militärische Kraft nennenswerten Umfangs mehr aufweisen kann, würde ... einem unausweichlichen Schicksal entgegensehen, ... der Bolschewisierung."

Gewerkschaftsdokumente zu Friedensvertrag, Abzug der Besatzungstruppen, Wiedervereinigung

z.rua. Der Kampf für den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzertruppen war eine der Hauptaufgaben des 1946 gegründeten Freien deutschen Gewerkschaftsbundes. Mit der revisionistischen Entartung der Sowjetunion und der DDR hat der FdGB diesen Kampf aufgegeben. In der Satzung von 1968 wird der Abzug der Besatzertruppen nicht mehr gefordert; die Forderung nach Friedensvertrag fehlt in den späteren Fassungen ganz. – 1948 wurde auf Betreiben der US-Imperialisten der Deutsche Gewerkschaftsbund gegründet. Er hat den Abzug der Besatzertruppen und Friedensvertrag nie gefordert; die Forderung nach Wiedervereinigung trägt Züge imperialistischer Expansionspolitik.

Telegramm des FdGB-Bundesvorstandes an den Zentralrat britischer Gewerkschaften. Absage an die Marshallplan-Konferenz, 1.3.1948: „FdGB kämpft für unbedingte wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands, schnellste Schaffung eines Friedensvertrages für ganz Deutschland ... und lehnt im Interesse des gesamten deutschen Volkes jede wirtschaftliche oder politische Bedingung bei Gewährung internationaler Hilfe ab, die die nationale Souveränität Deutschlands beseitigt. Marshallplan bedeutet Spaltung Deutschlands und verhindert die Demokratisierung Deutschlands, konsolidiert die Kräfte, die den Faschismus herbeiführten, unterstützt die Konzernherren und überläßt die Schlüsselindustrien den ausländischen Monopolkapitalisten zur Unterstützung ihrer imperialistischen Bestrebungen und gefährdet so den Frieden."

Satzung des FdGB, 1950: „8. Die Freien Gewerkschaften kämpfen in den vordersten Reihen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für ein einheitliches, unabhängiges, friedliebendes und demokratisches Deutschland, für einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen. Die geeinten Kräfte der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und der fortschrittlichen Intelligenz kämpfen für ein geeintes Deutschland, in dem die Monopolisten, die Junker und Militaristen entmachtet sind. Ein solches Deutschland sichert den schaffenden Menschen Frieden, materiellen Wohlstand und soziale Rechte und wird ‚ein Hort des Friedens in Europa' sein (Stalin). Daher richtet sich der Kampf der Freien Deutschen Gewerkschaften gegen den Hauptfeind des deutschen Volkes, gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter, die Deutschland gespalten haben und Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet für einen neuen Weltkrieg verwandeln."

Satzung des FdGB, 1968: „Der FdGB tritt konsequent für die Erhaltung und Sicherung des Friedens und für eine friedliche Lösung der nationalen Frage in Deutschland ein ... Der FdGB ist für eine Konförderation der beiden deutschen Staaten, weil sie die geeignetste Form der friedlichen Koexistenz der beiden deutschen Staaten ist. Der FdGB kämpft für den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und auf seiner Grundlage für die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt."

Grundsatzprogramm des DGB, 1963: „(Die Gewerkschaften) fordern die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas. Berlin bleibt die Hauptstadt Deutschlands."







Hoffman und der sowjetische Verteidigungsminister Gretschko bei der Manöverbeobachtung auf dem Territorium der DDR. – Mit der Einverleibung der beiden deutschen Staaten in die jeweiligen imperialistischen Militärbündnisse haben die beiden Supermächte ihre Besatzerherrschaft zementiert. Man muß die Tradition des Kampfes für einen Friedensvertrag kennen, einfach an ihr anknüpfen kann man heute nicht. Nicht die Einheit der Nation soll den Friedensvertrag sichern, die äußere Unterdrückung und die Abhängigkeit von den beiden Supermächten soll er beseitigen. Solange sie sich an der Elbe gegenüberstehen, droht Deutschland zum Hauptschlachtfeld ihrer Rivalität zu werden. Gegen den deutschen Imperialismus aber wird der Frieden am besten durch Garantie der Volkssouveränität verteidigt. Sich von der Ausbeutung zu befreien, solange die Besatzungstruppen im Land sind, geht nicht. Ohne Volksbewaffnung geht's auch nicht.

Der Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag ist notwendig und dringend

z.rua. Seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges sind 35 Jahre vergangen. Beide deutsche Staaten stehen noch immer unter Besatzungsherrschaft. Von der Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Friedensvertrages, der beiden deutschen Staaten die volle Souveränität garantiert, sind die beiden Supermächte so weit entfernt wie nie zuvor. Für sie ist die militärische Beherrschung des jeweiligen Besatzungsgebietes ein entscheidendes Faustpfand in ihrem Ringen um die Weltherrschaft.

Die US-Imperialisten haben in der BRD und Westberlin 240000 Mann Truppen stationiert; die Sozialimperialisten in der DDR 370000 Mann. Mit großem Getöse haben die Sozialimperialisten im November 1979 einige Tausend Mann Besatzer abgezogen. Gut einen Monat später sind sowjetische Truppen in Afghanistan eingefallen. Auch die US-Imperialisten lassen gelegentlich die Möglichkeit einer Truppenverminderung in Westeuropa anklingen, falls Soldaten in „Krisengebieten" wie etwa dem Nahen Osten gebraucht würden. Dabei stocken sie ihren Kriegshaushalt für den Ausbau der empfindlichen Nachschublinien nach Westeuropa und in die BRD auf. Die Entscheidungsschlacht im Krieg um die Weltherrschaft wird in Europa ausgetragen. Darauf rüsten sich die Supermächte.

Solange die Sowjetunion ein sozialistisches Land war, hielt sie an der Forderung nach Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages fest. Sie fand dabei die einhellige Unterstützung der deutschen Arbeiterklasse. Der 1946 gegründete Freie deutsche Gewerkschaftsbund hat diese Forderung in seiner Satzung verankert; sie wurde erst nach 1968 ersatzlos gestrichen. Unter maßgeblicher Führung der KPD wurden 1948 und 1951 Kampagnen für ein Volksbegehren über Friedensvertrag und Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates durchgeführt. Trotz Verbot durch die Besatzungsmächte in den westlichen Gebieten beteiligten sich Millionen an diesen Abstimmungen. Die Sowjetunion hat auch nach der von den US-Imperialisten vollzogenen Spaltung Deutschlands auf dem Abschluß eines Friedensvertrags, der Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates und dem Abzug der Besatzertruppen beharrt. 1952 und zuletzt 1959 legte sie den westlichen Besatzungsmächten Entwürfe für einen Friedensvertrag vor. Diese ließen sie ebenso beharrlich auflaufen.

Die US-Imperialisten waren nie ernsthaft am Abschluß eines Friedensvertrages interessiert. Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition unter hauptsächlicher Beteiligung der Sowjetunion über den deutschen Imperialismus suchten sie nach neuen Allianzen gegen die sozialistische Sowjetunion. Sie betrieben die Spaltung Deutschlands, um den von ihnen besetzten Teil als Bollwerk gegen die Sowjetunion auszubauen. Sie wurden umso hektischer, als mit der Niederschlagung des deutschen Imperialismus die Völker in den Ländern Ost- und Südosteuropas die Herrschaft der Bourgeoisie abschüttelten und Volksdemokratien aufbauten. In den von der Sowjetunion besetzten Teilen Deutschlands beschritt die Arbeiterklasse den Weg der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Dieser Kampf zeigte auch in den von den Westmächten besetzten Gebieten Wirkung. 1946 und 1947 streikten die Arbeiter im Ruhrgebiet für die Nationalisierung der Industrie; gegen den Willen der Besatzungsmächte wurde in Hessen eine Abstimmung über die Aufnahme des Artikels 41 (Gemeineigentumsartikel) in die Verfassung durchgeführt. 71,9% aller Wahlberechtigten stimmten dafür.

Am 12. März 1947, zwei Tage nach Beginn der Moskauer Konferenz der Außenminister der Besatzungsmächte über einen Friedensvertrag, verkündete US-Präsident Truman die „Truman-Doktrin", mit der die US-Imperialisten ihren Herrschaftsanspruch über den Mittelmeerraum geltend machten. Zwei Monate später kündigten sie den „Marshallplan für Westeuropa" an, mit dem sie sich in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands die wirtschaftliche Vormacht sicherten. Am 7.6.1948 beschlossen die drei westlichen Besatzungsmächte in den „Londoner Empfehlungen" die Gründung eines westdeutschen Separatstaates. Elf Tage später wurde in den Westzonen die Währungsreform durchgeführt, die die wirtschaftliche Spaltung Deutschlands besiegelte. Am 1.9.1948 tagte die verfassungsgebende Versammlung der Bundesrepublik Deutschland. Ab dato propagierten die westlichen Besatzungsmächte wie auch die Bundesregierung die Wiedervereinigung auf einer der westdeutschen Verfassung entsprechenden Grundlage. Diese Verfassung garantiert die Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft und fordert die Einverleibung der ehemaligen deutschen Gebiete in den Grenzen von 1937.

Die Monopolbourgeoisie in Westdeutschland konnte unter der Schirmherrschaft der US-Imperialisten ihre Ausbeuterherrschaft aufrechterhalten und ausbauen. Mit dem „Deutschlandvertrag" hoben die drei westlichen Besatzungsmächte 1952 formal das Besatzungsstatut auf; sie sicherten sich weiterhin die Oberhoheit über „Deutschland als Ganzes". 1954 wurde die BRD mit den „Pariser Verträgen" in die NATO integriert; 1955 folgte der Aufbau der Bundeswehr, 1956 die allgemeine Wehrpflicht. Gemessen an der Einwohnerzahl ist die Bundeswehr heute eine der größten Armeen der Welt. Sie untersteht dem Oberkommando der NATO, d.h. der USA.

Im Bündnis mit den US-Imperialisten konnten die BRD-Imperialisten ihre Stellung auf dem Weltmarkt erheblich ausbauen. Gleichzeitig schielen sie danach, ob an der Seite der Sowjetunion vielleicht doch mehr zu holen ist. Die Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges, der den Kriegsvorbereitungen der Supermächte entscheidende Schranken setzt, hat die westdeutsche Bourgeoisie stets bekämpft und wird sie von sich aus auch nie erheben. Man muß sie zwingen.

„Der geteilte Himmel", Roman von Christa Wolf

z.kam. „Die bittersüße Ballade vom Schicksal zweier Liebender wird zum ergreifenden Gleichnis der Spaltung Deutschlands. Der in Ost und West heftig diskutierte Roman wurde von Konrad Wolf eindrucksvoll verfilmt." – So der Kommentar auf dem Umschlag des rororo-Taschenbuches des 1968 in der BRD veröffentlichten Romans von Christa Wolf „Der geteilte Himmel".

Die Autorin – DDR-Schriftstellerin (geboren 1929), seit 1949 SED-Mitglied und später auch ZK-Kandidatin, von 1953 – 59 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Schriftstellerverbandes der DDR – schrieb diesen Roman 1963. Bis März 1964 war er in der DDR bereits in einer Auflagenhöhe von 131000 Exemplaren erschienen. Das war ungewöhnlich viel; ungewöhnlich (und das erklärt auch die hohe Auflage) war auch, daß zum ersten Mal in der DDR-Literatur das Thema der „Republikflucht" behandelt wurde, das bis dahin entweder verschwiegen oder als Schwarz-Weiß-Malerei (der Republikflüchtling als Klassenfeind und Verräter) abgehandelt wurde.

Die eigentliche Handlung dieses Romans ist schnell erzählt. Rita Seidel, ein 19 Jahre altes Mädchen aus einem Dorf in der DDR, arbeitet in einem Büro einer großen Versicherung. Man schreibt das Jahr 1960. „Das ganze Land war in Unruhe und Aufbruchstimmung", doch Rita merkte davon nichts.

Da begegnet ihr Manfred Herrfurth. Er ist Chemiker in einem Institut in der Stadt. In seinem Äußeren wirkt er etwas steif und mürrisch, anderen gegenüber leicht verletzend und hochmütig, „schwer zu fassen". Rita, in ihrer unbekümmerten und offenen Art, verliebt sich in Manfred.

Ein staatlicher Bevollmächtigter für Lehrerwerbung wirbt Rita und andere junge Leute aus ihrem Dorf für die Lehrerausbildung. Ritas Entschluß steht fest: sie geht in die Stadt, wohnt bei Manfred in dem Haus seiner Eltern und will Lehrerin werden. Während der Ferien („ein Lehrer muß heutzutage einen Großbetrieb kennen") arbeitet sie in einer Brigade in dem Waggonwerk, wo Fenster für die Eisenbahnwagen hergestellt werden. Anfangs noch unbeholfen und schüchtern, findet sie sich aber schnell in dem Betrieb zurecht und nimmt lebhaften Anteil an den Geschicken und Nöten der Brigade und ihrer Arbeitskollegen.

Manfred steht der Entscheidung Ritas skeptisch gegenüber: „Du wirst nicht durchhalten ... Glaub mir, du kennst das Leben nicht." Dann wird ein Projekt, eine verbesserte Vorrichtung zum Absaugen von Abgasen, an dem Manfred seit Monaten verbissen gearbeitet und in das er große Hoffnung gesetzt hatte, abgelehnt und einer anderen Maschine, die „deutliche Zeichen der Unreife trug", der Vorzug gegeben. Für Manfred ist damit eine Welt zusammengebrochen. Rita las „in seinen Augen den Entschluß: Auf nichts mehr bauen, in nichts mehr Hoffnung setzen. Und er las in ihrem Blick die Erwiderung: Nie und nimmer erkenn ich das an."

Manfred benutzt dann im Sommer 1961 die Gelegenheit eines wissenschaftlichen Vortrags in Westberlin, um ganz dort zu bleiben. Er rechtfertigt sich: „Man hält mich für einen Ankläger. Nichts liegt mir ferner! Ich bedaure nur die Unmasse von Illusion und Energie, die an Unmögliches verschwendet wird. Moral in diese Welt bringen! – Das wollt ihr doch, nicht wahr?" Er schreibt Rita, sie solle nachkommen, Rita fährt auch hin – kehrt aber am gleichen Tag wieder zurück aus der Überzeugung heraus, daß keiner das Recht hat, „einen Menschen ... vor solche Wahl zu stellen, die, wie immer er sich entschied, ein Stück von ihm forderte". Was bleibt nach ihrer Trennung? „ ‚Den Himmel wenigstens können sie nicht zerteilen', sagte Manfred spöttisch. Den Himmel? Dieses ganze Gewölbe von Hoffnung und Sehnsucht, von Liebe und Trauer? ‚Doch', sagte sie leise. ‚Der Himmel teilt sich zuallererst.' "

Eine Woche nach ihrem Zusammentreffen mit Manfred in Westberlin, am 13. August 1961, baut die DDR-Regierung die Mauer. Rita erleidet kurz darauf einen Nervenzusammenbruch und muß für Wochen ins Sanatorium, aber sie kehrt daraus gestärkt in „ihre neue Freiheit" zurück.

Das, was diesen Roman Anfang der sechziger Jahre in beiden deutschen Staaten so populär gemacht hat – die Behandlung der Probleme und Nöte, die sich in tausenden Einzelschicksalen durch die Teilung der deutschen Nation für viele tatsächlich stellten (1960 gab es 199188 Flüchtlinge aus der DDR, 1961 noch 159730, darunter viele Fachkräfte und Wissenschaftler) –, ist gleichzeitig der Mangel dieses Romans. Christa Wolf verhandelt die Spaltung Deutschlands, die bewußt durch die Politik der US-Imperialisten gewollt und betrieben wurde, als unwiderrufliches Schicksal und manifestiert damit die Unterwerfung unter die imperialistischen Besatzermächte. Die Spaltung Deutschlands wird zum persönlichen Verhängnis und zum Hauptproblem für die Volksmassen. Christa Wolf leugnet die Einverleibung und Beherrschung der DDR durch die Sozialimperialisten und den Unterdrückungscharakter des DDR-Staates. Die Befreiung der Arbeiterklasse von Unterdrückung und Ausbeutung und dadurch die Lösung der Frage der Einheit Deutschlands wird gar nicht behandelt.

Deshalb versteht man auch die wirklichen Beweggründe der handelnden Personen nicht recht: Warum bleibt Manfred in Westberlin – ist es die in Aussicht stehende Arbeit oder ist es nur die „Sehnsucht" nach dem Schwarzwald, Rhein und Bodensee, wie er es nennt? Warum kehrt Rita in die DDR zurück, was hält sie an ihrem Arbeitsplatz z.B. in der Brigade des Waggonwerkes, in der es viele Streitereien zwischen den Arbeitern um Arbeitsorganisation und Arieitsausfall gibt, um Planerfüllung? Ist es der r es viele Streitereien zwischen den Arbeitern um Arbeitsorganisation und Arbeitsausfall gibt, um Planerfüllung? Ist es der moralische Appell nach „Verpflichtung", „anstatt acht Rahmen täglich ... zehn Fensterrahmen pro Tag einzubauen"?

Die DDR war Anfang der sechziger Jahre bereits ein revisionistischer Staat, der keine positiven politischen Ziele für den Aufbau des Sozialismus angeben konnte, sondern mit moralischen Appellen (Pflichterfüllung, Produktionssteigerung) und Zwang (Bau der Mauer) versuchen mußte, die Arbeiterklasse in der DDR zusammenzuhalten. Das spiegelt sich in dem Roman von Christa Wolf wider.

Erste Blockfreien-Konferenz 1961 in Belgrad fordert Friedensvertrag

z.mav. Auf der ersten Konferenz blockfreier Länder in Belgrad im September 1961 haben die dort vertretenen Staats- und Regierungschefs der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages in Beziehung auf die beiden deutschen Staaten wichtige Bedeutung beigemessen. Ihre Besorgnis entsprach der bedrohlichen Lage, die sich bis 1961 entwickelt hatte: Die US-Imperialisten hatten 1949 die NATO gegründet, hielten Taiwan und Korea besetzt und bedrohten Kuba. Zusammen mit der Sowjetunion, die sich zur sozialimperialistischen Macht entwickelte, betrieben sie die Einkreisung Chinas. An der Berliner Grenze standen sich Truppen der NATO und des Warschauerpakts (1955 gegründet) gegenüber – im August 1961, direkt vor Beginn der Konferenz, ließen die Sozialimperialisten die Berliner Mauer errichten. – Bis 1955 hatten französische Truppen Vietnam besetzt gehalten, und 1956 hatten Frankreich und Großbritannien Truppen nach Ägypten entsandt. – Die BRD war schon 1954 der NATO beigetreten und hatte sich 1956 mit der Bundeswehr einen eigenen militärischen Apparat geschaffen.

In dieser Lage hielten die Staats- und Regierungschefs in der Deklaration der Belgrader Konferenz fest: „Die auf der Konferenz vertretenen Länder sind der Ansicht, daß das Deutschlandproblem nicht nur regionalen Charakter hat, sondern daß es auf die künftige Entwicklung der internationalen Beziehungen einen entscheidenden Einfluß ausüben kann. Die Teilnehmerländer sind wegen dieser Entwicklung, die zur gegenwärtigen akuten Verschlechterung der Situation hinsichtlich Deutschland und Berlin geführt hat, beunruhigt und rufen alle interessierten Länder auf, bei der Lösung der Deutschlandfrage oder des Berlinproblems weder Gewalt anzuwenden noch Gewalt anzudrohen."

Auszüge aus Reden auf der Konferenz.

Sirimavo Bandaranaike, Ceylon: Die Großmächte (müßten) dem Abzug sämtlicher fremder Truppen aus ihren deutschen Sektoren und der Entmilitarisierung Deutschlands zustimmen. Unerläßlich ist, daß an diesen Verhandlungen auch die beiden deutschen Staaten teilnehmen zwecks Schaffung eines einzigen Staates, der an keinen der bestehenden Machtblöcke gebunden ist.

Modibo Keita, Mali: Ein Friedensvertrag mit zwei deutschen Staaten?! Dieser Schritt würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur eine unheilverheißende Formalität darstellen, da die beiden deutschen Staaten von den beiden Machtblöcken wieder bewaffnet worden sind. Doch die Lösung dieses Problems könnte das deutsche Volk selbst leicht finden, und zwar unter folgenden Voraussetzungen: Verzicht auf jede weitere Beteiligung an irgendeinem Militärpakt; völlige Neutralisation durch allgemeine Entmilitarisierung.

Kwame Nkrumah, Ghana: Wenn jedoch dieses Problem von den Deutschen selbst ohne jede äußere Einmischung gelöst werden soll, dann (müßte) Westdeutschland sich aus der NATO zurückziehen und Ostdeutschland aus dem Warschauer Pakt. Die Großmächte sind aufzufordern, den Friedensvertrag mit Deutschland unverzüglich zu unterzeichnen.








Von links nach rechts: Maiplakate vor dem 1. Weltkrieg – Schichtarbeit in der Stahlindustrie – Arbeit von Frauen in der Elektroindustrie – Forderung nach Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler auf der Maidemonstration 1979 in Hamburg.

,,Neuregelung der Arbeitszeit'' – Anwendung der Arbeitszeitordnung gegen tarifliche Schranken

r.acl. 1977 hat die Bundesregierung die Überprüfung der Arbeitszeitordnung beschlossen. Ehrenberg kündigte Anfang 1979 die Neuregelung des Arbeitszeitrechts an. Diese ,,Neuregelung'' betreibt Ehrenberg, indem er die *tariflich* errichteten Schranken beseitigen will und die Anwendung der AZO erzwingt. Die 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes erklärt eine andere Dauer, Lage oder Verteilung der Arbeitszeit als bisher für zumutbar. Was ,,üblich'' ist, bestimmt die AZO, die keinen Normalarbeitstag festlegt. ,,Lebensarbeitszeitverkürzung'', wie sie in einigen tariflichen Regelungen zum Schutz älterer Arbeiter in der Zigaretten-, Bau-, Süßwaren-, Eisen- und Stahl- und Druckindustrie festgelegt wurden, tragen dem Verschleiß der Arbeitskraft Rechnung, schränken ihn aber nicht ein. Die Arbeiterklasse braucht das gesetzliche Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord-, Sonn- und Feiertagsarbeit und der Überstunden, sowie den 7-Stundentag an 5 Werktagen von Montag bis Freitag.

Auszüge aus der Arbeitszeitordnung mit Kommentar.

§3 Die regelmäßige werktägige Arbeitszeit darf die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten.

Der Wortlaut des §3 stammt aus der Arbeitszeitregelung der Demobilmachungsverordnungen, deren Ziel es war, die tägliche Arbeitszeit auf höchstens 8 Stunden als das für die Gesundheit und das Wohlbefinden des Arbeiters noch erträgliche Maß zu beschränken. Der 8-Stunden-Tag sollte also

beschränken. Der 8-Stunden-Tag sollte also

die gesetzliche Arbeitszeit sein. Indessen war infolge der durch die AZO 1923 eingeführten Auflockerungsbestimmungen, insbesondere durch die Zulassung der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Werktage, wie durch die tarifliche Übung, die Arbeitszeitregelungen auf die 48-Stundenwoche abzustellen, praktisch anstelle des 8-Stundentages die 48-Stundenwoche getreten, und damit zur regelmäßigen, gesetzlichen Arbeitszeit geworden. Das kann jedoch nicht für die tariflichen Verkürzungen der Arbeitszeit auf jetzt in der Regel 40 Stunden gelten. Sie haben nur arbeitsvertragliche, keine öffentlich-rechtliche, arbeitsschutzrechtliche Bedeutung. Denn nach dem TVG haben die Sozialpartner nur die Befugnis, Rechtsnormen über den Inhalt des Arbeitsverhältnisses zu setzen, d.h. die Rechte und Pflichten des Arbeitgebers und Arbeitnehmers untereinander zu regeln. ... Dagegen können sie die gesetzliche Arbeitszeit nicht verkürzen mit der Folge, daß nunmehr jede Überschreitung der tariflichen Arbeitszeit ... ordnungswidrig oder strafbar wäre.

§4 Wird die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen regelmäßig verkürzt, so kann die ausfallende Arbeitszeit auf die übrigen Werktage derselben sowie der vorhergehenden oder der folgenden Woche verteilt werden.

... §4 bringt nach wie vor auch bei der Geltung der 5-Tagewoche eine Auflockerung des starren 8-Stundentag-Prinzips... Aus welchen Gründen die Arbeitszeit ungleich verteilt werden soll, ist ohne Belang. Die Gründe können sowohl in den Verhältnissen des Betriebes (Kohlen- oder Stromeinsparungen) als auch in den persönlichen Verhältnissen des Arbeitnehmers liegen. Auch wenn garkeine besonderen Gründe vorliegen, sondern die Arbeitszeit nur anders verteilt werden soll, weil das für angenehmer gehalten wird, kann auf der einen Seite verkürzt und an anderen Tagen verlängert werden.

§6 Die Gefolgschaftsmitglieder eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung dürfen an 30 Tagen im Jahr über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu 2 Stunden täglich,

regelmäßige Arbeitszeit hinaus mit Mehrarbeit bis zu 2 Stunden täglich,

jedoch nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden.

Diese Bestimmung soll den Arbeitgeber in beschränktem Maße von gesetzlichen Bindungen befreien, ihm eine gewisse Bewegungsfreiheit geben, seine Erzeugung wechselnden und plötzlich auftretenden technischen oder wirtschaftlichen Bedürfnissen anzupassen, ohne erst das Einverständnis dritter öffentlich-rechtlicher Stellen herbeiführen zu müssen. ... Er darf nach seiner Wahl an 30 Tagen im Jahr (Kalenderjahr) die zulässige Arbeitszeit des §3, d.h. die 8-Stundengrenze, in gewissen Grenzen überschreiten, und zwar selbst dann, wenn diese Arbeitszeit bereits durch einen Tarifvertrag oder Bescheid des Gewerbeaufsichtsamtes über die regelmäßige 8-stündige Arbeitszeit hinaus verlängert war. Dagegen gibt der §6 dem Arbeitgeber nicht die Ermächtigung zur Überschreitung tariflich festgelegter kürzerer Arbeitszeiten, denn §6 befreit den Arbeitgeber nur von arbeitsschutzrechtlichen, nicht von arbeitsvertraglichen, tarifrechtlichen Bestimmungen und auch nicht von der Bindung an das soziale Mitbestimmungsrecht von Betriebs-und Personalrat, sondern hat nur öffentlich-rechtliche Bedeutung. Die Überschreitung der sonst geltenden Höchstarbeitszeiten sind in diesen Grenzen erlaubt und bleibt damit auch straffrei. Ob die Arbeitnehmer zur Leistung von Arbeit über die gesetzliche Arbeitszeit von 8 Stunden verpflichtet sind, richtet sich nur nach Tarifrecht oder Arbeitsvertrag. ... Ein besonderer Grund wird für die Arbeitszeitverlängerung nach §6 nicht gefordert.

Quelle: Becksche Kommentare zum Arbeitsrecht

Ehrenbergministerium für vermehrte Einführung von Schichtarbeit

r.doz. 1977 kündigte der Minister für Arbeit und Sozialordnung, Herbert Ehrenberg, auf einem Kongreß mit dem Thema ,,Mehr Humanität am Arbeitsplatz verwirklichen'' an: ,,Die Belastungen durch Schichtarbeit... sind in einem neuen Arbeitszeitgesetz zu berücksichtigen.'' 1978 ließ er in einem von seinem Ministerium in Auftrag gegebenen Forschungsbericht zur Schichtarbeit in der BRD eröffnen, wie das gedacht ist.

Die Berücksichtigung der Belastung durch Schichtarbeit findet statt, indem die eine oder andere Untersuchung über den Zusammenhang von Schichtarbeit und Krankheit, Unfall und Frühverrentung zur Kenntnis genommen wird. Wie berücksichtigen die Autoren des Berichts diese Tatsachen in ihren Vorschlägen zur ,,Humanisierung'' der Schichtarbeit? Durch Vorschläge wie: bessere gesundheitliche Aufklärung über Risiken, die im Schlafdefizit bei Nachtarbeit liegen (so

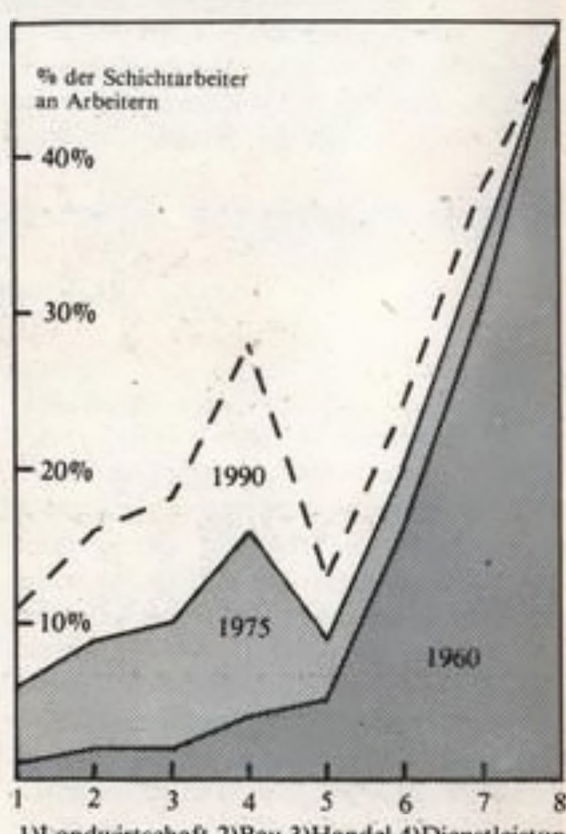
Schlafdefizit bei Nachtarbeit liegen (so

daß der Nachtarbeiter wenigstens aufgeklärt ist, wenn er schon nicht schlafen kann), kulturelle Vorstellungen auch am Tage, damit sich der Schichtarbeiter nicht so isoliert fühlt, ,,anregende Hintergrundsmusik'' am Arbeitsplatz des Nachts etc.pp. Alle Vorschläge zeichnen sich hauptsächlich dadurch aus, daß sie für die Kapitalisten ,,kostenneutral'' sind.

Die Segnungen der Ausdehnung der Schichtarbeit hält der Bericht folgendermaßen fest: ,,Durch Schichtarbeit kann die Auslastungsdauer des Kapitalstocks gesteigert werden, d.h. die Produktionskapazitäten werden in höherem Maße ausgenutzt. Damit wird das Produktionspotential eines gegebenen Kapitalstocks ausgedehnt, die Kapitalproduktivität nimmt zu.'' Dies festgestellt, kommt der Bericht dann auch endlich zur Sache und dem eigentlichen Anliegen, wie nämlich die Schichtarbeit weiter auszudehnen sei. Hat sie von 1960 bis 1975 um 40,2% zugenommen, soll sie bis 1990 um noch einmal soviel mindestens steigen. Zusammen mit der Tatsache, daß die Anzahl der Überstunden pro Arbeiter und Jahr in den letzten Jahren um 20 Stunden gestiegen und die Fehlzeiten um zwei Tage gefallen sind, ergibt sich die angenehme Tatsache, daß ,,die benötigte Anzahl der Arbeiter noch geringer wird.'' Immer weniger Arbeiter immer mehr ausbeuten, was steht dem noch im Wege?

Eine lästige Fessel sei das Übel, daß die Kapitalisten für Schichtarbeit zum Beispiel höheren Lohn zahlen müssen. Der Vorschlag ist gleich zur Hand, indem nämlich ,,die Kosten von Schichtarbeit durch entsprechende Subventionspolitik gesenkt werden. Zudem muß der Staat für eine ausreichende Zufuhr von Arbeitskräften sorgen, damit nicht über eintretende Arbeitskräfteknappheit die Lohnsätze in die Höhe getrieben werden.'' Zusätzlicher Urlaub für Schichtarbeiter soll auch vom Staat gezahlt werden. Und schließlich, im gleichen Zusammenhang, ganz ohne die Masche von der Gleichberechtigung: ,,Veränderung der restriktiven Bedingungen'' für Nachtarbeit von Frauen tut not, denn sie ,,stellen ein bedeutsames Potential für die Erhöhung des Arbeitsangebots für Schichtarbeit dar.''

arbeit dar.''



1)Landwirtschaft 2)Bau 3)Handel 4)Dienstleistungen 5)ÖD 6)verarbeitendes Gewerbe 7)Verkehr 8)Energie und Bergbau

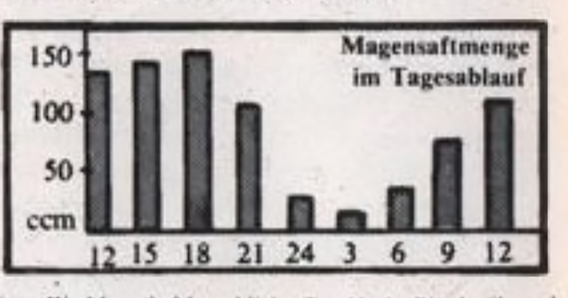
8)Energie und Bergbau

Nachtschicht: gegen die natürliche 24-Stunden-Rhythmik der Körperfunktionen

r.sar. Der Forschungsbericht aus dem Hause Ehrenberg kann nicht umhin, zuzugeben: ,,Der Nachtschichtarbeiter wird gezwungen, entgegen der natürlichen 24-Stunden-Rhythmik seiner Körperfunktionen zu leben und zu arbeiten. Eine Anpassung dieser Rhythmik findet entgegen früheren Annahmen auch bei längeren Nachtarbeitsperioden nicht statt.''

Ein Beispiel dafür ist die Bildung von Magensaft, die tagsüber ihren Höhepunkt hat und nachts fast vollständig zurückgeht. Dieser Verlauf entspricht den normalen Erfordernissen der Nahrungsaufnahme morgens, mittags und am frühen Abend und läßt sich nicht umkehren. Schichtarbeiter, die also gezwungen sind, zu den für die Verdauung ungünstigsten Zeiten zu essen, haben dementsprechend häufig Appetitlosigkeit (53% gegenüber 3% bei Arbeitern ohne Schichten), und Magenschleimhautentzündung (33,9% gegenüber 10,5%). Magengeschwüre treten bei Nacht- und Schichtarbeitern achtmal so häufig auf wie bei anderen. (aus ötv-magazin 10/78). Mit dem Vorschlag, die Verpflegung im Betrieb zu sichern, setzt sich die Forschungsgruppe kurzerhand über die Kenntnis dessen hinweg, daß der menschliche Verdauungsapparat nur für die Nahrungsaufnahme *am Tage* geeignet ist.

Um gangbare Wege zur Ausdehnung der Schichtarbeit aufzuzeigen (genannt ,,Humanisierung der Schichtarbeit'') hat die Forschungsgruppe eine Reihe von weiteren Vorschlägen gemacht. Vermeiden von zusätzlichen Belastungen wie Hitze, Lärm, starke Muskelbeanspruchung, anhaltende Konzentration oder Ausführung feinkoordinierter Tätigkeit – das legt nahe, Nachtarbeit gezielt bei solchen Tätigkeiten auszudehnen, wo der Produktivitätsrückgang im Vergleich zur Durchführung derselben Arbeit tagsüber gering ist, nämlich insbesondere bei monotonen, stumpfsinnigen Arbeiten. Weiter wird vorgeschlagen, ,,nur'' Arbeiter von 25-50 Jahren nach Bestehen von Eignungsuntersuchungen zu Schichtarbeit heranzuziehen – offensichtlich in der Hoffnung, auf diese Weise allzuviel Arbeitsausfall zu vermeiden.



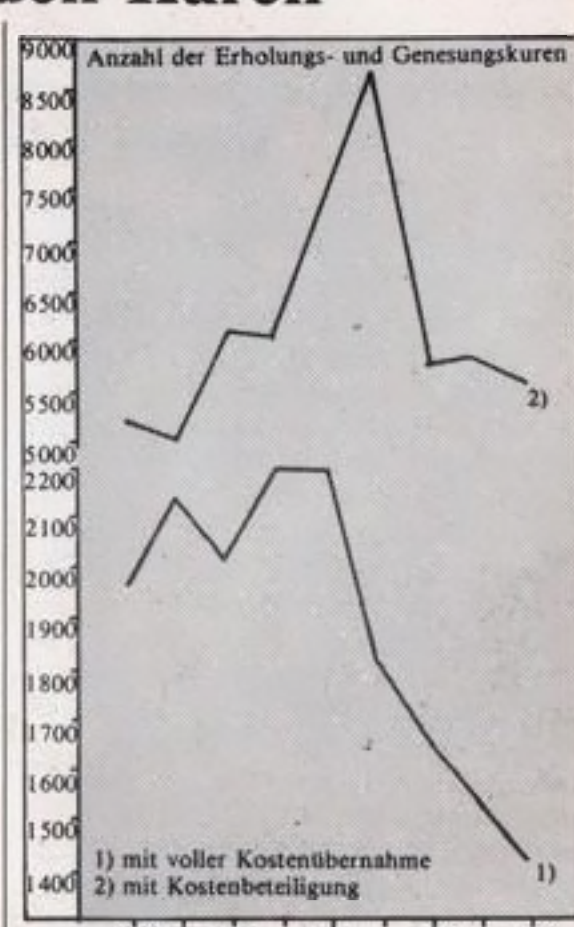
(aus W. Menzel, Menschliche Tag-Nacht-Rhythmik und Schichtarbeit, Verl. Schwabe u. Co 1962)

Ehrenbergscher Engpaß bei den Kuren

r.sul. In dem Schaubild ist die Zahl der von der AOK Hamburg bewilligten Kuren sowie der offenen Kuren (der Urlaub wird an einem Kur-Ort verbracht und für die medizinischen Bäder usw. zahlt die Krankenkasse täglich 44 DM Zuschuß) dargestellt. Der stetige Anstieg wird 1974 jäh unterbrochen. Das gleiche Bild erhält man, zeichnete man die Zahlen für die von der Rentenversicherung insgesamt getragenen Kuren auf: 1968: 615853; 1973: 798006; 1976: 671113. Keineswegs hatte sich der Gesundheitszustand der Arbeiter plötzlich verbessert. Rapide war die Zahl der Arbeitslosen angestiegen, und rapide hat Ehrenberg gekürzt. Am 14.3.80 wird berichtet, daß die Zahl der Kuranträge in diesem Jahr bisher um 20% höher liege, und die BfA München verweist auf ,,Engpässe''. Der Engpaß sind die Richtlinien für die Bewilligung von Kuren.

Eine Kur wird gewährt, wenn ,,zu erwarten ist, daß durch Maßnahmen ... bestimmten Umfangs voraussichtlich die Erwerbsfähigkeit erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt wird'' (Richtlinie der BfA, wie auch im folgenden). Es muß eine ,,nicht unwesentliche Einschränkung der vollen Erwerbsfähigkeit vorliegen'', die ,,noch keinen rentenanspruchsberechtigenden Grad erreicht hat.'' Der ,,Erfolg'' der Kur, nämlich Erwerbsfähigkeit, muß eingeschätzt werden, ,,nach den besonderen Umständen des Einzelfalls, insbesondere nach der Art des Leidens, den persönlichen Verhältnissen ... und seiner Bereitschaft zur Mitwirkung – insbesondere bei der Beseitigung besonderer Risikofaktoren''. Mit diesem Argument wurde einer Arbeiterin in Billstedt ihr Kurantrag zurückgeschickt. Sie müsse erst durch Abnahme von 9 kg im nächsten halben Jahr ihre ,,Bereitschaft zur Mitwirkung'' unter Beweis stellen und so den Erfolg der Kur sichern. Da ein Kurerfolg nur vorliegen kann, wenn der Arbeiter oder Angestellte anschließend wieder im kapitalistischen Produktionsprozeß ausgebeutet werden kann, heißt es ausdrücklich, daß dies nicht gegeben ist, ,,wenn nur eine Linderung des Leidens oder eine sonstige Erleichterung in den Lebensumständen erreicht werden kann.''

Ist die Kur bewilligt, entscheidet die Versicherung über Zeit und Ort der Behandlung. Widerspruch kann nicht eingelegt werden, sonst wird der Antrag hinfällig. Am Kurort ist der ,,Betreute'' einer kasernenmäßigen Hausordnung unterworfen und Verstöße werden bestraft mit Ausschluß auch von zukünftigen Kuren.



Quelle: Statistische Jahrbücher der AOK Hamburg

Die Arbeiter und Angestellten müssen diese Schikanen nur über sich ergehen lassen, weil sie nicht selber über ihre Versicherungsgelder verfügen.